

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

49. Woche für die Zeit vom 1. bis 7. Dezember 1905.

Posen, den 12. Dezember 1905.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 3. Dezember 1905
im Schützenhause zu Kosten abgehaltenen
öffentlichen Sokol-Versammlung.

Posen, den 4. Dezember 1905.

Der Vorsitzende des Kostener Sokolvereins, Redakteur Switala, eröffnete die von etwa 250 Personen besuchte Versammlung kurz nach 5 Uhr. Anwesend waren sämtliche Mitglieder des Kostener polnischen Turnvereins, viele Kaufleute und Handwerker der Stadt, sowie einige Bauern der Umgegend. Kurz vor Beginn der Versammlung erschien der Reichstagsabgeordnete, Dr. Alfred von Chlapowski-Bonikowo, welcher gebeten wurde, am Vorstandstische Platz zu nehmen.

Switala richtete an die Versammelten folgende kurze Ansprache:

Liebe Brüder, Landsleute! Ich danke euch, daß ihr so zahlreich erschienen seid. Es ist dies ein Beweis dafür, daß unser Auftreten im öffentlichen Leben großen Anklang gefunden hat, daß wir die Sympathie der polnischen Gesamtheit besitzen. Wir werden uns Mühe geben, diese Sympathie auch für die Zukunft zu erhalten. Ich danke insbesondere den Landsleuten, die aus der Umgegend zu uns gekommen sind, den Kameraden aus den benachbarten Städten. Ich danke dem Herrn Abgeordneten von Chlapowski für sein Erscheinen und freue mich insbesondere, daß er an unseren Bestrebungen Anteil nimmt; er wird sich von unserer Arbeit überzeugen und Gelegenheit finden, darüber in Berlin zu berichten, daß die Sokolvereine keine Gefahr für den preussischen Staat sind, wie fälschlich behauptet wird. Der Herr Abgeordnete wird dartun können, daß die polnische Nation nur bemüht ist, ihre heiligsten Güter zu wahren, daß sie bestrebt ist, mit Hammer und Senze zu arbeiten, um zum Wohlstande zu gelangen. Die Sokols haben es sich zur Aufgabe gemacht, für das Wohl der polnischen Gesamtheit tätig zu sein, sie sind Polen, fühlen polnisch und werden zum Volke halten in alle Zukunft!

von Chlapowski wurde hierauf zum Leiter der Versammlung gewählt. Er bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versprach, die Verhandlungen in gerechter Weise zu leiten.

Zu Beisitzern wurden berufen:

MacKowiak-Kröben,
Bobowski-Lissa,
Zak-Mcalaw,
Bont-Maclaw,

Gonsowski-Kosten,
Kolinski-Kosten,
Czaplicki-Kosten,
Sobkowiak-Punitz,
Bobowski-Wielichowo,
Piotrowski-Grätz,
Wojciechowski-Schrimm,
Razmierski-Schmiegel,
Szydlowski-Storchnest.

Das Wort erhielt zunächst Dr. Laurentowski-Kosten zu seinen Vorträge „Die Notwendigkeit des Turnens.“ Die Ausführungen des Redners waren rein sachlicher Natur. Die Politik wurde mit keinem Worte erwähnt. Zum Schlusse seiner Rede bemerkte Laurentowski folgendes:

Die Turnvereine seien eine gute Vorschule für das Militär. Die Soldatenzeit sei nicht leicht, er wisse das aus Erfahrung, weil er selbst seiner Militärpflicht genügt habe. Das Turnen kräftige den Körper und mache ihn fähig, die schweren Aufgaben, welche die militärische Dienstzeit an ihn stelle, zu erfüllen. Jeder Jüngling müsse es daher für seine Pflicht erachten, Sokol zu werden. In den Sokolvereinen werde zudem der Wille gestärkt, die Turner würden an Zucht und Ordnung gewöhnt, solches erfordere aber auch der Soldatenstand von ihnen. Für die Gesamtheit seien die Sokolvereine insofern von Bedeutung, als durch sie Aufklärung verbreitet werde. (Anhaltendes Bravo.)

Soborski-Kosten führte über das Thema „Von der Notwendigkeit der Zucht und Ordnung der Sokols“ etwa folgendes aus:

Das polnische Sokoltum lege sein Hauptgewicht auf eine straffe Zucht. Gute Disziplin sei dem polnischen Volke sehr nötig. Er erinnere hierbei nur an die Wahlen. Da werde manchmal ein Kandidat aufgestellt, der diesem und jenem nicht genehm sei. Man müsse aber entschieden für den in Vorschlag gebrachten Kandidaten eintreten, weil solches das nationale Interesse erfordere; anders sonst würde man dabei schlecht fahren. Wenn die Polen heutzutage dieselbe Praxis verfolgen wollten, wie das früher der Fall gewesen, dann müßten sie gar bald zu Falle kommen. Man wäre alsdann genötigt, ihnen ein Kreuz zu setzen und hinzudeuten, daß sich da ein großer Grabhügel befinde. Die Schuld daran trüge nur der Mangel an der nötigen Zucht und Ordnung.

So leicht Polen von der Karte der selbständigen Staaten auch gestrichen worden sei, so lasse sich doch die polnische Nation so leicht nicht aus der Welt schaffen. Das polnische Volk habe die ersten 100 Jahre unter preussischer Herrschaft

verbracht, es werde auch die zweiten 100 Jahre nicht untergehen und polnisch bleiben, wie es gewesen sei. Wenn die Polen nur eine gute Disziplin hätten, dann würden alle gegen sie in Anwendung gebrachten Mittel ihnen nichts schaden. Die Verteidigungsmaßregeln der Polen stünden in keinem Gesetzbuche, wohl aber in ihrer Brust, da allein werde ihnen gesagt, was ihnen not tue.

Die polnische Gesamtheit bemühe sich, ihren Kindern nationales Empfinden einzupflanzen; auch die Kleinen müsse man an eine straffe Zucht gewöhnen, das sei mit einer der ersten nationalen Pflichten der Alten. Die polnische Jugend müsse im polnischen Lesen und Schreiben unterrichtet werden.

Der polnische Bauer halte an seinem Grundbesitze mit Händen und Füßen fest, er lasse nicht eine Hand breit Erde in die Hände der Fremden übergehen, anders zeuge das von einer schlechten Zucht. Wer sich seines Besitzes entäußere, der sei oft gezwungen, von den Gnadenbrocken anderer zu leben, das aber sei ein niederdrückendes Gefühl, welches einem die Schamröte ins Gesicht treiben müsse.

Die nationale Zucht habe die breiten Massen des polnischen Volkes noch nicht völlig durchdrungen, der Sokolgeist habe noch nicht überall Eingang gefunden. Er fordere die Brüder Landsleute auf, sich in der strengen Zucht stets und ständig zu üben. (Stürmischer Beifall.)

von Chlapowski: Er statte dem Redner den besonderen Dank der Versammlung für die schönen Worte ab.

Gonsowski-Kosten sprach über das Thema „**Unser Sokolstum — und die nationalen Losungen**“ und führte hierzu folgendes aus:

Das Sokolstum leide unter dem Drucke der Polizei und der Regierung, seine Tätigkeit suche man auf alle mögliche Weise zu paralisieren. Man habe den Sokols zunächst das Tragen der Sokoltracht verboten, nunmehr verbiete man ihnen die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge. Die Vorstände der Sokolvereine habe man für die kleinsten Vergehen gegen das Vereinsgesetz mit hohen Strafen belegt; schließlich habe man den polnischen Turnern verboten, Zusammenkünfte abzuhalten; man gestatte ihnen selbst nicht einmal die unschuldigen Vergnügungen mit Damen. Mit Gewalt habe man die polnischen Turnvereine zu politischen Organisationen gemacht, man schränke ihr Leben nach außen hin ein. Und deshalb habe die letzte Versammlung der Delegierten des Sokolverbandes einstimmig beschlossen, daß sich die Sokolvereine mit der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten befassen sollten.

Man habe den Sokolvereinen die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und Vergnügungen verboten — deshalb sei von Vereinswegen beschlossen worden, Versammlungen zu veranstalten, welche man nicht verbieten könne. Die Behörden verböten den polnischen Turnern, sich zu vergnügen — sie würden daher agitieren, damit jeder Pole seine Nationalität bis zum äußersten verteidigte, damit er bei den Seinen kaufe, seine Kinder polnisch unterrichtete, damit er sein Land fest in seinen Händen hielt und keinen Landschacher treibe.

Um das durchzuführen, sei es vor allen Dingen nötig, **Aufklärung zu verbreiten**. Die preußische

Schule suche den polnischen Kindern das vorzuenthalten, was sie für das Leben nötig brauchten. Vater, Mutter, der ältere Bruder, die erwachsene Schwester, sie alle sollten die Lehrer der Kleinen sein. Keiner sei ein wahrer Pole, der nicht gut polnisch schreiben und lesen könne.

In der polnischen Geschichte und Literatur werde das polnische Kind auch nicht unterrichtet, denn das sei verboten. Die polnische Jugend habe dafür ins Gefängnis wandern müssen, daß sie polnische Geschichte und Literatur getrieben habe. Die polnische Nation habe ebenso ihre berühmten Könige, Dichter und Helden wie jedes andere Volk. Sein Land und Volk könne nur der lieben, der die Vergangenheit seines Vaterlandes kenne.

Wenn ein Pole mit einem Deutschen spreche, dann könne er oftmals hören, wie dieser seine Herrscher, Dichter und Kriegshelden preise. Der Pole solle diesem seinem deutschen Mitbürger erzählen von Johann Sobieski und ihm sagen, wie er vor Wien die Türken besiegt und die Christenheit vor Glaubensgefahren bewahrt habe. Man erzähle von Kosciuszko, Poniatowski und anderen berühmten polnischen Männern, wie Mickiewicz, Slowacki und Heinrich Sienkiewicz, dem größten Dichter, dessen Werke in so viele Sprachen übertragen worden seien und die am meisten von den Feinden des Polentums, den Deutschen, gelesen würden.

Jeder Pole achte mit der größten Genauigkeit auf die Reinheit seiner Sprache; seinen Kindern gebe er nur polnische Vornamen, für ihn dürften „Frisz“ und „Alberte“ nicht existieren. Bei den Anmeldungen auf den Standesämtern solle man dafür, daß die Tochter nicht etwa als „Jankowski“ eingetragen werde, denn ihrem Namen gebühre die Endsilbe „ska“. Am besten sei es, man setze den Namen auf einen Zettel und lasse ihn abschreiben, damit er nicht verunstaltet werde. Nicht der Beamte gebe dem Kinde den Namen, sondern der Vater.

Nächst der Losung von der Verbreitung der Aufklärung beachte man die: **„So viel Land in polnischen Händen, so viel Polen sei auf Erden“**. Niemand lasse sich durch die Judasgrößen verlocken. Wenn der Landschacher so weiter betrieben werde, dann werde es dem polnischen Volke dereinst an Erde mangeln, es werde nicht wissen, wo es seine Gebeine zur letzten Ruhe bestatten solle. Schande den Verrätern, die ihren Grund und Boden veräußerten! In der Presse werde so viel über den verderblichen Landschacher geschrieben, und immer wieder fänden sich Verräter. Es fehle eben noch an Aufklärung. Jeder Pole müsse Sokol werden, da werde ihm vor allen Dingen klar gemacht, wie er die polnische Erde lieben solle. Ein Sokol könne niemals zum Verräter seines Vaterlandes werden.

Die dritte wichtige Losung, für deren Verbreitung die Sokols sorgten, heiße **„Jeder zu dem Seinen“**. Die Polen würden von den Deutschen boykottiert. Die preußische Beamtenlaufbahn sei ihnen abgeschnitten, es bleibe für sie nur das Handwerk und der Handel übrig. Viele Landsleute sündigten noch häufig gegen die soeben angeführte Losung, sie trügen ihr Geld zu ihren schlimmsten Feinden. Das polnische Geld gehöre in die polnischen Taschen. Schon den Kindern müsse man einschärfen, daß sie die Pflicht hätten, nur die Ihrigen zu unterstützen. Man nehme sich in dieser Beziehung ein Beispiel an den Juden. Kein Jude gehe zum Polen. Man sehe doch nur die Tschechen an, wie sie sich gegenseitig unterstützten. Der Tscheche trage ein Kleidungsstück so lange, bis es zerrißen sei, er kaufe nicht eher wieder Strümpfe,

bis die tschechische Fabrik, welche das Feuer vernichtet habe, wieder aufgebaut worden sei und er seine Bedürfnisse in ihr befriedigen könne. — Wenn jeder Pole diese drei Lösungen befolgen werde, dann werde man gewiß sein, daß für das polnische Volk auch wieder bessere Zeiten eintreten würden. (Stürmischer Beifall.)

v. Chlapowski ersuchte die Versammlung, dem Redner für den Vortrag mit einem dreimaligen „Czolem“ zu danken.

Das Wort zum letzten Vortrage wurde dem Redakteur Switala erteilt. Sein Thema lautete: **„Von der Notwendigkeit der Sokolidée.“** S. führte aus:

Er, Redner, wolle noch einmal ganz kurz zusammenfassen, was die Vorredner gesagt hätten.

Warum solle die Gesamtheit um ihre Gesundheit besorgt sein? Nur die Nation habe eine Zukunft, die gesunde Mitglieder aufzuweisen habe. Das lasse sich leicht an Beispielen dartun. Die Bevölkerung Frankreichs habe in 15 Jahren nur um 2 Millionen Einwohner zugenommen, die Deutschlands dagegen um etwa 10—12 Millionen, und es scheine, daß es infolge seiner Macht die ganze Welt in Besitz nehmen könne. Als das polnische Reich geteilt worden sei, habe es nur 9 Millionen Einwohner gehabt, in etwa 100 Jahren habe sich das polnische Volk mehr als verdoppelt. Das sei ein Beweis dafür, daß es lebensfähig sei und daß an einen Untergang der Polen nicht gedacht werden könne.

Zucht und Ordnung seien unbedingt notwendig. Freiheit im Denken sei für den Fortschritt eines Volkes unentbehrlich. An der Existenz des Polentums dürfe nicht gezweifelt werden. Nicht nur bei den Wahlen sei es nötig, sich dem anzupassen, was der Gesamtheit zum Vorteile gereiche, sondern man müsse bei allem dem Verstande folgen, anders sonst komme man niemals zum Ziele.

Die zur Entwicklung des polnischen Elements erforderlichen Lösungen müsse man aufs strengste befolgen. Das Lernen der polnischen Geschichte sei unbedingt notwendig, denn nur der werde ein guter Pole sein, der polnisch denke und fühle. Der Landschacher sei gebrandmarkt worden. Die Erde sei der beste Stützpunkt des Polentums, sie biete die beste Garantie für seine Existenz. „Jeder zu dem Seinen!“ Die Sokols hätten die Pflicht, allen in dieser Beziehung als gutes Beispiel voranzugehen.

Die Sokolvereine bestünden noch nicht lange. In den 80er Jahren sei der erste polnische Turnverein in Hohenalza gegründet worden, ihm seien gefolgt die Sokolvereine in Posen, Gnesen, Ostrowo und schließlich der in Kosten. Wie seien aber die Sokolvereine anfänglich gewesen? Was hätten sie für Ziele gehabt? Die Turner hätten die Sokoltracht getragen, weil sie gefallen habe; ihr Augenmerk sei nur dem Äußeren zugewendet gewesen. Erst die preussische Regierung habe die Sokols dahin gebracht, daß sie ihre Gedanken mehr dem Inneren ihrer Aufgabe zugelenkt hätten. Seitdem die polnischen Turnvereine bedrückt würden, hätten sie sich mehr und mehr entwickelt. Man habe sich bemüht, den Sokolverband aus der Welt zu schaffen. Zusammenkünfte und Vergnügungen dürften nicht mehr abgehalten werden. So seien denn die Sokolvereine zu der Erkenntnis gekommen, daß ihre Tätigkeit andere Bahnen einschlagen müsse, daß sie ihre Wirksamkeit dem Wohle der Gesamtheit widmen müßten. Das nationale Leben fließe in einem breiten Flußbette. Die Turnvereine

bildeten gleichsam die Nebenflüsse des großen Stromes, sie führten ihm mehr und mehr Wasser zu und vermehrten seine Kraft, kein Hindernis sei imstande, diese Kraft zurückzuhalten, durch sie werde man „alle Schwierigkeiten mit Leichtigkeit überwinden. Die Regierung wisse recht gut, daß die Sokols mutig seien, daß sie sich niemals würden zu Deutschen umstempeln lassen, und das sei der Grund zu ihrer Bedrückung.

Wenn die Polen wünschten, daß ihre Nation am Leben bliebe, dann müßten alle ohne Ausnahme Sokols werden oder ihnen mindestens Sympathie entgegenbringen. Erst wenn alle Hand anlegen würden an das Werk der Sokols, dann werde man die Gewißheit haben, daß man ihnen nichts mehr werde in den Weg legen können. Sei das polnische Volk auch geteilt und genötigt, unter verschiedenen Regierungen zu leben, **so bilde es doch ein Ganzes, eine Nation und einen Gedanken.** Wer um eine bessere Zukunft besorgt sei, der arbeite gemeinsam mit den Sokols. In der ersten Arbeit, nicht in Vergnügungen und schönen Trachten liege die Zukunft des polnischen Volkes. **Rein Fremder werde im stande sein, die Polen zu vernichten, so lange die Sokolidée in ihren Herzen lebe.**

Die Rede Switalas wurde mit einem dreimaligen „Czolem“ belohnt.

Um 6¹/₄ Uhr wurde die Versammlung auf 15 Minuten vertagt, um den Anwesenden Gelegenheit zu geben, dem Kostener Sokolverein beizutreten.

Nach Wiedereröffnung derselben um 6¹/₂ Uhr verlas Dr. von Chlapowski ein vom Schrimmer Turnverein eingegangenes Telegramm, in welchem den Kostener Sokols zu der von ihnen veranstalteten Versammlung Glück gewünscht wurde.

Zur Aufnahme in den Verein hatten sich 23 Personen gemeldet.

In der hierauf eröffneten Diskussion wurde das Wort dem Buchdrucker Bobowski-Lissa erteilt.

23 Personen — so führte B. aus — hätten ihren Beitritt zum Verein erklärt. Das sei im Verhältnis zu der zahlreich besuchten Versammlung doch eine zu winzige Zahl. Allen sei der Zweck der Sokolvereine klar vor die Augen geführt worden, und das müsse jedem Veranlassung geben, Sokol zu werden.

Korbik-Kosten forderte ebenfalls zum Beitritt auf und meinte, man solle sich ja nicht fürchten, den polnischen Turnvereinen anzugehören, sie bildeten durchaus keine Gefahr für den preussischen Staat, ihr Zweck sei ein guter, durch sie werde das polnische Volk aufgeklärt; jeder Pole habe somit die Pflicht, die Sokolvereine zu unterstützen.

von Chlapowski:

Es meldet sich niemand mehr zum Worte, die Diskussion ist somit geschlossen. Bevor wir uns trennen, möchte ich noch einige Worte an die Landsleute richten. Ich danke Euch für die Ordnung und Ruhe, welche Ihr im Verlaufe der Versammlung bewahrt habt. Vor allem muß ich hervorheben, daß der Eindruck, den die Versammlung auf uns alle gemacht, ein sehr guter war. Ihr Zweck ist aber nicht etwa der, Eure Herzen zu einem Strohfener anzufachen, nein, es ist uns darum zu tun, daß Ihr alles das, was Ihr gehört, auch in die Tat umsetzen möget. Wir haben heute unsere Sokols auf einem neuen Gebiete ihrer Tätigkeit gesehen; nach der Versammlung zu urteilen, werden sie ihre Aufgabe in Zukunft aufs beste erfüllen.

In diesem Augenblicke denke ich an den Falken, an diesen grauen, behenden Raubvogel, welcher ehemals

für die Jagd abgerichtet wurde; er diente im früheren Polen den in kostbare Gewänder gekleideten Herren zu eitlem Vergnügen. Man jagte mit ihm auf die in den weiten Steppen nistenden wilden Vögel. Er wurde in Freiheit gesetzt, stieg hoch gen Himmel empor, um gleichsam wie ein Blitz auf seine Beute herniederzufallen und ihr die Augen auszuhacken. Dieser Raubvogel ist heute das Symbol für unsere Sokols geworden, **auf deren Fahne die Arbeit für die Nation geschrieben steht.**

Kameraden! Wir müssen bekennen, daß wir es zum großen Teile der preußischen Polizei zu verdanken haben, daß der Vogel, welcher früher den ziellosen Jagden diente, heute zum Symbol der zielbewußten Arbeit für die Zukunft der Nation geworden ist.

Mit der Aufforderung, treu auszuhalten auf der beschrittenen Bahn, schloß von Chlapowski seine Rede.

Czaplicki-Kosten forderte die Anwesenden auf, dem Abgeordneten für seine Teilnahme an der Versammlung, sowie für die musterhafte Leitung derselben mit einem dreimaligen „Czotem“ zu danken.

Schluß der ruhig verlaufenen Versammlung kurz vor 7 Uhr.

Bö h m e r,
Kriminal-Kommissar.

B e r i c h t

über die am 3. Dezember d. J. von Mittags 12 Uhr ab im Mittelstaedt'schen Lokal in Alexko abgehaltenen Versammlung des Straz-Vereins.

P o s e n, den 5. Dezember 1905.

Der Starost des Strazvereins für den Kreis Gnesen — Gutsbesitzer Jordan-Popowo podlesne — eröffnete die von etwa 200 Personen, durchweg Bürgern aus Alexko und Bauern aus der Umgegend, besuchte Versammlung um 12^{3/4} Uhr. Außer den Gutsbesitzern v. Chelmiecki-Zakrzewo und Koszczynski-Paulsdorf waren Angehörige der polnischen Intelligenz nicht vertreten, — die Geistlichkeit fehlte ganz.

In der Eröffnungsrede führte Jordan folgendes aus: Glückselig seien die freien Völker. Zu ihnen zählten die Polen, die vor 110 Jahren ihre politische Freiheit eingebüßt hätten, nicht. Der Name „Wien“, wo die Polen die gesamte Christenheit einst vor dem Untergange gerettet hätten, beweise, daß nicht der Mangel an Tapferkeit die Ursache des Verlustes der Freiheit gewesen sei. Die Schuld sei dem Mangel an Ordnung im Staate, dem Fehlen eines politischen Leitgedankens, dem Mangel an Nationalbewußtsein im Volke zuzuschreiben. Auch die große Opferfreudigkeit in der Zeit nach der Teilung habe die Nation nicht vorwärts gebracht, und zwar wegen der gleichen Nationalfehler, welche den einstigen Verfall des Reiches verschuldet hätten. Allzu sehr seien die Polen Idealisten, allzuwenig Realisten gewesen, wenig seien sie sich der Hauptaufgabe bewußt gewesen, daran zu arbeiten, daß das Volk nicht aufhöre, polnisch zu fühlen. Die letzten Jahrzehnte hätten über das polnische Volk furchterliche Schläge gebracht. „Ausrottung“ sei die Lösung der Gegner gewesen; die höchsten nationalen Güter — Glaube, Sprache, Tradition, Boden — seien Angriffen ausgesetzt. Aus den Schulen sei die Muttersprache der Polen verbannt; selbst im Religionsunterricht werde sie immer mehr zurückgedrängt, und den Polen, welche staatliche Ämter bekleideten, werde sogar verboten, zu

ihren Kindern in der Muttersprache zu sprechen. Die Ansiedelungskommission kaufe, wie namentlich die Umgegend von Gnesen beweise, das polnische Land auf, um hier statt des polnischen Volkes fremde Zuzügler anzusiedeln. Trotz der sprichwörtlichen Anhänglichkeit der Polen an ihren heimatischen Boden verschwinde dieser immer mehr unter ihren Füßen wegen Mangels an Ordnung und Planmäßigkeit im Leben des Einzelnen. Das glänzende Gold locke zum Verkauf, dazu fänden sich gemeine Verräter in den Reihen der Polen selbst, welche Güter aufkauften, um sie sofort an die Ansiedelung mit Gewinn loszuschlagen. Aus den staatlichen Ämtern werde das polnische Element ausgerottet, als wäre es bedeutungslos und unwürdig, solche Ämter zu bekleiden. Auch den polnischen Arbeiter fürchte man, weil er treu an seiner Muttersprache festhalte, auch ihn möchte man beseitigen. Da sich die Schläge so gegen die gesamte Nation richteten, müsse das ganze polnische Volk zusammenstehen, um sie abzuwehren. Sollten des Dichters Worte, daß nur eine nichtswürdige Nation verfallende, zur Wahrheit werden, so müßten die Polen als geschlossene Masse zusammenhalten zu gemeinsamer solidarischer Arbeit. Dazu bedürfe es eines Bindegliedes, das Alle vereine und ein gemeinsames klares Ziel vorstecke. In dem neugegründeten Strazverein sei dies Bindeglied gegeben. Er wolle kontrollieren, was im Schoße der Nation vorgehe. Dieser Verein sei auch nicht überflüssig, wie manche behaupteten, denn die sonstigen polnischen Vereine hätten ihre Spezialaufgaben und sie umfaßten das Streben der Nation in seiner Gesamtheit nicht. Hier in dem neuen Verein biete sich dem Polen Gelegenheit, sein Solidaritätsbewußtsein zu bekunden, — hier könne der Arbeiter sein Scherflein dazu beitragen, um den in der Existenz bedrohten polnischen Gewerbetreibenden zu unterstützen, hier finde aber auch der polnische Kaufmann Gelegenheit, dem polnischen Arbeiter, den man zu verdrängen beabsichtige, hilfreich die Hand zu reichen. Stets sei der Opfermut der Polen für nationale Zwecke groß gewesen, er werde sich daher auch im Rahmen des Strazvereins betätigen.

Nachdem der Einberufer der Versammlung, Ackerbürger Ptaszynski, die Leitung der Versammlung übernommen und den Mühlenbesitzer Przygodzki-Alexko als Schriftführer, sowie den Ackerbürger Gariski-Alexko, den Wirt Kapcia-Kaminiec, den Wirt Nowaczewski-Paulsdorf, den Bäcker Frankowski-Alexko, den Ackerbürger Bilski, den Schuhmacher Kaiser und den Propsteipächter Lorenci — sämtlich aus Alexko — ins Bureau der Versammlung berufen hatte, erhielt der Delegierte des Strazvereins, Literat Jaworski-Posen das Wort zum ersten Vortrage. Er verglich die polnische Nation mit einem großen Baume, dessen Äste die einzelnen Stämme und dessen Blätter die einzelnen Polen seien. Zwar herrschten zwischen diesen Stämmen Verschiedenheiten, sie seien aber alle Brüder, geeint durch das gemeinsame Band der Sprache, der Sitten, des Glaubens, der Tradition. Dieser großen polnischen Nation, die vor Jahrhunderten Angehörigen fremder Volksstämme gern gastliche Aufnahme gewährt habe, gehe es heut nicht gut; sie sei unglücklich und ihr starker Stamm sei bedroht. Würmer bohrten daran, um ihn zu ruinieren. Solche Würmer seien 1. die schlechten Polen, 2. die fremden Elemente, denen Polen einst gastliche Aufnahme gewährt habe und die heut an seinem Marke zehrten, 3. die Landverschacherer, die vom polnischen Boden großgezogen, ihn heut stückweise verschachteten. Wie die Würmer der zweiten Sorte, die Juden, an dem Stamm der Nation nagten, das habe mancher der Anwesenden wohl schon an sich selbst gespürt. Noch gebe es aber andre Würmer die daran arbeiteten, den polnischen Volksstamm auszuroden, um

den eigenen an dessen Stelle zu setzen. Diese Fremden hätten klein angefangen, sie seien aber später — nicht immer auf ehrlichem Wege — zu Riesen angewachsen. Heut sei die polnische Nation gleichsam des Bodens barm, — wo sollten denn aber der Stamm, die Äste, Zweige und Blätter Nahrung finden, wenn dem Baume der Boden entzogen werde? Es gelte, Rettung für den Stamm zu suchen, damit er weiter Blätter, Blüten und Früchte treiben könne. Die jetzige Lage der Nation sei schrecklich; gegen offene und versteckte Feinde habe sie anzukämpfen und niemand habe mit ihr Erbarmen. Sollte auf diese Weise der nationale Baum zu Grunde gehen? Nein, das dürfe nicht geschehen! Alle müßten zusammenstehen, um ihn zu verteidigen. Ein Schlag nach dem andern treffe die Nation, ein Recht nach dem andern werde ihr genommen. Der Kulturkampf habe ihren Glauben bedroht, ihre Sprache sei aus Schule und Amt verbannt, — das schrecklichste Gesetz aber sei das neue Ansiedelungsgesetz, das dem Polen die Gelegenheit nehme, sich auf einem eigenen Stückchen Boden niederzulassen. Hier und da werde die polnische Sprache sogar schon aus den Kirchen vertrieben und durch die lateinische ersetzt; die Kinder lernten in den Schulen das polnische Gebet und den polnischen Gruß nicht mehr, und der Hafatismus dränge jetzt sogar schon dahin, daß die polnische Presse doppelsprachig herausgegeben werden solle, um ihre Kontrolle zu erleichtern. Über große Macht verfügten die Gegner, darum sei es der Nation Pflicht, jetzt geschlossen für die nationalen Güter einzutreten. Zwar habe jeder Pole seine Alltagsorgen, und es sei für ihn schwer, sich noch um den Nächsten zu kümmern. Das entbinde ihn aber nicht der Pflicht, gemäß dem Grundsatz „Einer für Alle“ am Wohle der Gesamtheit mitzuarbeiten. Der neugegründete Strazverein solle verhindern, daß die Polen sich verdeutschten. Aggressiv- und Raubtendenzen habe er nicht. Der Pole wolle niemandem etwas nehmen, er verlange nur das, was ihm zustehe, er wolle behalten, was er von den Vätern ererbt habe: seine Sprache, Religion, Sitten, Bräuche, Geschichte, Tradition, seine Poeten und Denker und sein Land. Der Strazverein stehe auf gesichertem Boden; er handle legal und verfolge seine Ziele offen. Jedem Bürger stehe daher frei, ihm anzugehören. Der Verein sei entstanden im äußersten Moment, im Augenblick der höchsten Gefahr, als die Bedrückung den Gipfel erreicht habe und die Existenz des nationalen Baumes bedroht worden sei. „Achtung!“ sei des Vereins Losung, solidarisches Eintreten für die Gesamtheit und den Einzelnen und gemeinsames Vorgehen seine Aufgabe. Nach überall hin habe der Strazverein bereits seine Wurzeln ausgestreckt. Das Großherzogtum Posen und Westpreußen seien bereits organisiert, unter den Landsleuten im Westen Deutschlands arbeite man daran und in Schlesien werde die Organisation im nächsten Jahre in Angriff genommen werden. Der Vereinsbeitrag sei so niedrig bemessen, daß ihn jeder erschwingen könne. Die kulturelle Sektion des Vereins habe sich zur Aufgabe gestellt, an der Erhaltung der Kulturgüter der Nation zu arbeiten, um sie unverfehrt den künftigen Generationen zu überweisen. Sie werde belehrende Bücher verbreiten. Die wirtschaftliche Sektion des Vereins wolle die materielle Existenz des Polentums sichern helfen, nicht etwa in dem Sinne, daß der einzelne nunmehr seine Hände müßig in den Schoß legen und andere für sich arbeiten lassen solle, sondern der Verein wolle nur im Falle dringender Not und Gefahr helfend eingreifen, hier einem Gewerbetreibenden eine Brotstelle nachweisen, dort einem durch Unglück oder Boykott in seiner Existenz Bedrohten aufhelfen. In dem halben Jahre seines Bestehens habe der Verein nach dieser Richtung hin

schon so manches schöne Resultat zu verzeichnen. Schließlich habe der Verein auch ein Rechtsschutzbureau eingerichtet, daß in mannigfachen Angelegenheiten — in Ansiedelungs-, Bau-, Zivilstandssachen usw. den Mitgliedern mit Rat und Tat beistehen wolle und zwar unentgeltlich. Bereits in etwa 200 Fällen habe das Rechtsschutzbureau auf diese Weise Gelegenheit genommen, sich zu betätigen, natürlich nicht zur Durchsetzung von Privatinteressen, sondern nur in Fällen von allgemein nationaler Bedeutung, wo nationale Interessen auf dem Spiele stünden. Fast täglich liefen in diesem Bureau, dessen Vorsteher Redner sei, etwa 100 Briefe und Klagen, Beschwerden und Anfragen ein, — daraus sei zu ersehen, welchen Ansehens die Tätigkeit des Vereins unter den Massen finde und wie nötig seine Existenz sei. Über Organisation, Meldeweise, Zusammenziehung des Vorstands teilte Redner bereits Bekanntes mit. Politische Parteien kenne der Verein in seinem Schoße nicht. Angemeldet seien bereits bei der Posenen Polizei 2202 Mitglieder, neu gemeldet hätten sich beim Vorstand gegen 3000. Deren Qualität werde geprüft werden, worauf die polizeiliche Anmeldung erfolgen werde. Redner schloß mit einem Appell zum Anschluß an den Verein.

Es trat nunmehr eine Pause von einer Viertelstunde ein, während deren Personen, die sich für den Verein als Mitglieder meldeten, notiert wurden. Nach meiner Schätzung — Namen wurden nicht genannt — mögen etwa 50 Personen dem Verein beigetreten sein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fragte der Leiter der Versammlung, ob die Anwesenden den zweiten Redner Redakteur Teska vom Gnesener Lech angesichts der letzten Vorgänge hören wollten. (Es war das eine Anspielung auf die vom Herrn Erzbischof betreffs der Haltung des Blattes Lech erlassene Erklärung. cfr. die vorliegende Nr. 48 des „Gesamtüberblicks“). Die Anwesenden verlangten, daß Teska spreche. Dieser dankte dafür, daß man ihn zum Worte kommen lasse. Dies beweise, daß die Versammelten Leute achteten, die eine eigene Meinung besäßen und den Mut hätten, sie zu vertreten. Vor kurzem seien auf dem Gnesener Marktplatz aus dem Munde des deutschen Kaisers die Worte gefallen: „Deutschtum das bedeutet Kultur und Freiheit.“ Das seien stolze, herrliche Worte. Redner wolle an einer Anzahl von Beispielen sich die Versammelten ein Urteil darüber bilden lassen, ob die Deutschen diese hier ihnen zugeschriebenen Schätze in der Tat besäßen. Hier im Osten sei es vorgekommen, daß man Polen aus ihrem eigenen Hause gewiesen und letzteres mit Brettern vernagelt habe. Das sei geschehen hier auf polnischem Boden. Wenn dieser jetzt deutscher Besitz sei, so trügen die Polen selbst Schuld. Vor vielen Jahrhunderten habe ein polnischer König die Kreuzritter ins polnische Land gerufen, damit diese die heidnischen Preußen bekehren sollten. Zu diesem Zweck sei ihnen polnisches Land zum vorübergehenden Besitz eingeräumt worden. Wie die Kreuzritter das Befehrswerk betrieben hätten, sei bekannt. Mit Feuer und Schwert hätten sie die Heiden ausgerottet, — allerdings ein sehr wirksames Befehrsmittel. Als sie sich fest eingesenket hätten, hätten sie darüber nachgedacht, wie sie das Land für immer in ihren Besitz bringen könnten. Sie hätten zu diesem Zwecke Deutsche von außen her importiert und die Landeseinwohner zwangsweise germanisiert. Im Jahre 1525 habe der Großmeister des Ordens seinen Ordensrock ausgezogen, er habe ferner seinen bisherigen Glauben verleugnet und den neuen Glauben angenommen, den Martin Luther gelehrt habe, sodann habe er sich zum weltlichen Fürsten gemacht. Leider habe der König von Polen geduldet, daß er dabei das bisherige geistliche Lehns-

700

Ums 50
zum Carls
malte

Immy

land als weltliches Lehen Polens übernahm. Allmählich hätten die Nachfolger dieses glaubensbrüchigen einstigen Ordensmannes ihren Landbesitz zu erweitern gewußt, bis sich im Jahre 1701 Kurfürst Friedrich III. gleichfalls mit Genehmigung des polnischen Königs zum König von Preußen gekrönt habe. Dessen Nachkommen hätten im Sinne der Vorfahren weitergearbeitet, und in dem Streben nach Erweiterung ihres Gebiets Polen zu Grunde zu richten und von der Landkarte fortzuwischen sich bemüht. Dies sei ihnen schließlich im Verein mit den Kaiserinnen Katharina und Maria Theresia gelungen. Die Deutschen behaupteten allerdings, Polen habe wegen seiner inneren Unordnung eine Gefahr für die Nachbarn gebildet und es habe daher zum Heile derselben aufgeteilt werden müssen. Das „Bayrische Vaterland“ habe aber vor einiger Zeit nachgewiesen, daß Friedrich II. sich im Einvernehmen mit Rußland dem Streben, in Polen wieder Ordnung herbeizuführen, widersetzt habe. Wie vertrage sich diese Tatsache mit der deutschen Kultur und Freiheit? Polens Teilung sei erfolgt trotz der Anstrengungen seiner Patrioten, das Land aus dem Verfall aufzurichten; denn eigene Judasse, Schufte, die verdienten, daß man sie in früher Jugend an den Galgen gehängt hätte, die Branicki's und Potocki's hätten mit den Feinden im Bunde und durch deren Geld bestochen Polens Freiheit verkauft. Diesen Schufte ähnelten die heutigen Landverschacherer unter den Polen, für welche gleichfalls der Galgen eine viel zu geringe Strafe wäre. Diese zu verhängen sei die Nation nicht im Stande, dafür sollten ewige Gewissensqualen der Lohn dieser Judasse sein. Denn sie versündigten sich, da sie mit dem Boden der Väter auch den Glauben dem Untergange preisgäben, schlimmer, als es jene Judasse von einst getan hätten. Mit dem Boden werde das Volk verkauft, das diesen Boden mit seinem Schweiß und Blut benetzt habe, und dieses Volk müsse nunmehr wie die Zigeuner in der Fremde sein Brot suchen. Mit dem Volke hüße der polnische Kaufmann und Handwerker in der Stadt seine Abnehmer ein, und so werde durch den Landverschacher auch der Verfall des polnischen Handels und Gewerbes herbeigeführt. Die polnischen Kirchen leerten sich wegen Mangels an Gläubigen. Schon sei bei Koldomb ein Gotteshaus geschlossen worden, weil niemand da sei, der es besuchen könnte. In einer anderen Parochie, wo die Ansiedlung das Gut aufgekauft habe, habe die Parochie vom Fiskus verlangt, er solle, da er die Einbuße an Parochianen und mithin an Kircheneinnahmen verursacht habe, nunmehr zum Unterhalt der Kirche beitragen. Der Fiskus habe erwidert, er sei nicht schuld daran, daß die katholischen Besitzer ihre Güter veräußert hätten. Der Kirche drohe nunmehr der Verfall, und an ihrer Stelle werde sich wohl bald ein protestantisches Bethaus erheben mit dem Hahn, dem Symbol der preußischen Wachsamkeit, auf seiner Spitze. Wie Pilze nach dem Regen schössen überall die protestantischen Kirchen aus dem Boden. Die Polen hätten zwar in Gnesen einen Bischof und einen Dom, aber bald werde es in Gnesens Umgebung an Gläubigen fehlen, und der Bischof werde ein solcher in partibus infidelium sein inmitten der von der preußischen Regierung herbeigezogenen Pantoffelträger. (pantoflarzy: Verächtliche Bezeichnung der deutschen Ansiedler.) Polnische Kirchen und Klostergüter habe die preußische Regierung nach der Okkupation des Landes mit Beschlagnahme belegt und damit ungeheure Komplexe eingeheimgt. Damit habe sie sich jedoch nicht begnügt. Napoleon I. sei wie ein Meteor am politischen Himmel aufgetaucht. Die Polen hätten ihre Hoffnung auf Freiheit auf ihn gesetzt und sie hätten sich in Scharen unter seine

Standarten gestellt. Mit ihm seien der Polen Hoffnungen ins Grab gesunken, und wieder sei ein Einrücken polnischer Güter seitens der preußischen Regierung erfolgt, ebenso nach den mißglückten Freiheitskämpfen der Jahre 1830, 1848 und 1863. Deutsche Würdenträger hätten zu jenen Zeiten polnischen Boden um einen Spottpreis erstanden, und auch der Domänenbesitz des preußischen Fiskus stamme aus jener Zeit. Noch sah aber die Regierung Landbesitz in polnischen Händen, noch gab es hier und da einen polnischen Edelmann. Da habe Bismarck, um auch mit diesen Resten aufzuräumen, die Parole „Ausrotten“ ausgegeben. Er habe etwas ausgedacht, was bisher keine zivilisierte Nation ausgeklügelt habe, das Ansiedelungsgezet vom Jahre 1886. Die Gebildeten anderer Nationen vermöchten eine so schreckliche gesetzgeberische Maßnahme wie diese nicht zu begreifen, — das bringe nur ein preußisches Gewissen fertig. Im Jahre 1886 seien 100 Millionen zum Ausrotten der Polen mittelst des Ansiedelungsgezetes bewilligt worden, und es sei geradezu eine blutige Ironie, daß die Polen zu diesem gegen sie gerichteten Fonds durch ihre eigenen Steuern beitragen mußten. Bismarck habe sich in seiner Berechnung, daß die polnischen Edelleute nunmehr in Massen ihre Güter verkaufen und das erworbene Geld in Monaco verjubeln würden, getäuscht. Zwar habe sich eine Anzahl Schufte gefunden, die ihre Güter verkauft hätten, es gebe aber noch eine große Anzahl wackerer Elemente, die sich hielten und alle Versuchungen des Goldes von sich wiesen. Später habe die Regierung den Ansiedelungsfonds um noch weitere 250 Millionen aufgeschüttet und dazu 100 Millionen zum Domänenankauf bestimmt, damit Deutsche ihre Güter zu einem guten Preise loszuschlagen könnten, um dieselben sodann pachtweise zu übernehmen. Das nenne man Recht, das wisse man mit dem Paragraphen der Verfassung zu vereinbaren, der von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger spreche! Andre Völker nennen ein solches Vorgehen rechtswidrig. Wenn die Landverschacher meinten, sie oder ihre Kinder würden sich mit dem erworbenen Gelde in der Stadt niederlassen können, um dort Handel zu treiben, so gäben sie sich einer Täuschung hin; denn wenn die Nachbarschaft der Städte mit deutschen Ansiedlern besetzt sei, die ihren Bedarf an Waren bei Polen nicht deckten und nicht decken dürften, so werde allmählich auch der polnische Handel in den Städten lahmgelegt werden. Werde doch alles, was von Polen stamme, seitens der Feinde boykottiert. In Polen habe ein polnischer Handwerker jahrelang für viele Offiziere zu deren voller Zufriedenheit gearbeitet. Mit einem Male hätten diese ihre Rechnungen reguliert und ihm erklärt sie bedauerten, nicht weiter von ihm kaufen zu können. Es habe sich herausgestellt, daß das Kaiserliche Generalkommando das Verbot, nicht mehr bei jenem polnischen Handwerker zu kaufen, erlassen habe. Sei das auch Freiheit? In Polskawies habe der Beamte den Ansiedlern (Redner nannte sie „fajfarzy i pantoflarzy“ d. i. Pfeifen- und Pantoffelträger) gleichfalls untersagt, von Polen zu kaufen. Man wolle letztere eben in jeder Hinsicht aushungern. Wie sehe es angeht dessen um die Verteidigung der Polen aus? Die einen gingen zu Deutschen, die anderen zu Juden kaufen, ohne zu bedenken, daß der, welcher bei den verhassten Feinden des Polentums kauft, sich nicht allein in nationaler Hinsicht, sondern auch gegen den Glauben versündigt; — denn den katholischen Polen würden jene Leute nicht unterstützen. Das habe man, wie die Erfahrungen aus letzter Zeit bewiesen, wiederum überall in der Provinz gelegentlich der letzten Stadtverordnetenwahlen gesehen. Wer darum bei Juden und Hakatisten kauft, der müsse öffentlich

gebrandmarkt werden. Leider seien aber die Polen in dieser Hinsicht unverbesserlich und unkonsequent. Wem es gleichgültig sei, wo er kaufe, der beweise, daß er kein Nationalgefühl besitze. Besonders sehe sich Redner veranlaßt, an den polnischen Arbeiter sich zu wenden. Dieser Stand repräsentiere heut infolge seiner Zahl die Nation. Wenn er jeden seiner schwer verdienten Groschen dem polnischen Kaufmann und Gewerbetreibenden zuwenden werde, so werde dieser existieren können, ungeachtet des Boykotts, und es werde nicht zu befürchten sein, daß die Maßnahmen der Regierung das nationale Fundament untergraben würden.

Wie sehe es um die bürgerliche Gleichberechtigung der Polen aus? Preußens Könige hätten den Polen einst versprochen, daß deren Sprache in den Ämtern werde geachtet und in den Schulen gelehrt werden, und daß Polen als Beamte fungieren würden.

Wo hätten sich alle diese Versprechungen erfüllt? Zwar habe Bismarck einst gesagt, sie seien keinen Pfifferling wert, aber die Polen hielten sich an diese königlichen Versprechungen und sie forderten deren Erfüllung. Wo gebe es polnische Beamte hier im Osten? Sie seien sehr dünn gesät. Die meisten habe man nach dem Westen geschickt, wo sie in Sehnsucht nach dem Vaterland vergingen und bedauerten, diese Laufbahn eingeschlagen zu haben. Wie achte man die polnische Sprache? Den Lehrern verbiete man sogar, zu ihren eigenen Kindern in der Muttersprache zu reden. So etwas sei nur in Preußen möglich. Was seien die Ostmarkenzulagen? Redner könne die richtige Bezeichnung dafür hier nicht sagen. Wahrscheinlich gebe die Regierung sie, um die deutschen Beamten anzufeuern, sich ebenso zu mehren, wie die Polen. Ein Unrecht sei es, daß man deutsche Beamte aus dem Westen hierher versehe, damit sie gegen die Polen aufreten. Der Beamte habe keine Unterschiede in der Behandlung zu machen. Aus den Dispositionsfonds des Oberpräsidenten bezögen deutsche Handwerker Unterstützungen und Beihilfen, nur damit sie den Polen gegenüber konkurrenzfähig blieben. Und was für Leute bezögen diese staatlichen Beihilfen?! In Posen habe ein Tischler 14 000 Mk. von der Regierung erhalten, aber nichts damit zu Wege gebracht. Verzweifelt habe er das Geld, noch dazu in polnischen Kneipen. So räche sich eine verkehrte Politik. Eine weitere peinliche Sache wolle Redner berühren. Die Polen achteten ihre Geistlichen, das liege ihnen im Blute. Sie achteten dieselben, weil sie ihrem Fleisch und Blut entstammten, treu zu ihrer Nation hielten und durch ihre Haltung bewiesen, daß Günst- und Gnadenbezeugungen der Regierung nicht im Stande seien, sie ihren nationalen Überzeugungen abwendig zu machen. Die Regierung wisse, daß die nationalgesinnte polnische Geistlichkeit ihr gefährlichster Gegner sei, und sie suche daher überall, wo sich irgend die Gelegenheit biete, fremde Geistliche einzuschleichen, namentlich da, wo sie die Präsente habe. Meist seien das deutsche Geistliche. Das könnten ja sonst brave Leute sein; es verbittere aber die Polen, daß die Regierung die Zahl der polnisch-patriotisch gesinnten Geistlichen zu vermindern suche, diese Geistlichen, die einzig im Stande wären, das polnische Volk, sein Wesen und Wünschen richtig zu verstehen und ihm in nationaler Hinsicht eine Stütze und einen Halt zu bieten. Das müsse die Polen schmerzen. Wie verhielten sich die Polen vor den Behörden? In Gnesen habe ein Pole einem deutschen Richter, der den polnischen Namen „Mielzynski“ falsch aussprach, den Namen papageienmäßig ebenso falsch nachgesprochen. Ein Skandal sei es, daß ein polnischer Arbeiter aus Furcht oder Liebedienerei wider besseres Wissen einen polnischen Namen falsch ausspreche, ebenso

skandalös sei es aber, daß hierzulande öffentliche Beamte nicht im Stande seien, polnische Namen richtig auszusprechen. Die Themis trage eine Binde vor den Augen, das bedeute, sie solle richten ohne Ansehen der Person. Nun trete in Gnesen eine polnische Händlerin vor Gericht mit dem Verlangen auf, vermitteltst Dolmetschers vernommen zu werden. „Was?“ frage der Richter entrüstet: „Sie wohnen in Gnesen, heißen Hantke und können nicht deutsch?“ Redner aber sage, es sei ein Skandal, daß ein Richter hier in einem polnischen Lande solche Fragen sich herausnehmen dürfe. Der Amtsrichter Steinhardt in Gnesen habe eine polnische Frau, welche sich weigerte, deutsch auszusagen, mit einer Strafe belegt. Diese sei ja allerdings von einer höheren Instanz aufgehoben und der betreffenden Person eine Entschädigung von 20 Mk. gezahlt worden. Neuerdings habe sich aber dennoch ein solcher Fall wiederholt. Ein Skandal sei es, daß hier im polnischen Lande die Beamten nicht polnisch verstanden und daß Politik an Gerichtsstätte getrieben werde. Daraus könne man sich ein Bild machen, wie es um die deutsche Kultur und Freiheit beschaffen sei. Was hätten die Polen angesichts alles dessen zu tun? Zusammenzuschließen hätten sie sich wie eine Kette, wie eine Mauer, damit die preußische Macht mit ihren Kanonen und Bajonetten davor Halt zu machen und sich zurückziehen gezwungen werde. In Rußland leuchte den Landsleuten ja bereits der Stern der bürgerlichen Freiheit auf. Die Russen sympathisierten mit den Polen in dem Moment, in welchem deutsche Blätter forderten, man solle die Polen mit allen Mitteln des Bodenbesitzes entäußern. Dort fordere eine als barbarisch verschriene Nation Gerechtigkeit für die Polen, hier predigten Repräsentanten der Nation der Dichter und Philosophen Ungerechtigkeit. Die Anwesenden sollten selbst urteilen, welche von beiden Nationen moralisch vergiftet sei. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Der „Starost“ Jordan forderte im Anschluß hieran die Anwesenden auf, ihre Sprache, ihre Religion, ihren väterlichen Boden zu achten und zu bewahren. Besonders wichtig sei die Erhaltung des Bodens. Oft gehe er aus Ratlosigkeit der Besitzer verloren, da diese durch unglückliche Verhältnisse, hohe, wucherische Zinsen, schlechte wirtschaftliche Verfassung usw. immer mehr zurückkämen und im Verkaufen die einzige Rettung erblickten. Man solle sich in solchen Fällen vertrauensvoll an den Redner wenden. Mit Geld könne er zwar nicht aushelfen, aber stets werde er mit gutem Rat dienen und verworrene Vermögensverhältnisse regeln helfen. Dazu sei Redner als Starost des Strazvereins berufen. Er habe diese Bürde gern auf sich genommen und gedenke den Pflichten dieses ehrenvollen Amtes nach besten Kräften gerecht zu werden.

Przygodzki-Aleksy kam kurz auf die letzten dortigen Stadtverordnetenwahlen zu sprechen. Sogar aus der dritten Klasse suche man hier die Polen zu verdrängen und diejenigen Polen, welche für den polnischen Kandidaten agitierten, würden deutscherseits sogar boykottiert, wie z. B. der Bäcker Frankowski. Daraus sollten die Polen die Lehre ziehen, daß sie ausschließlich ihre Handwerker und Gewerbetreibenden unterstützen sollten.

Hiermit hatte die ruhig verlaufene Versammlung um 3¼ Uhr ihr Ende erreicht.

Güntner,
Königl. Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 275 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 2. Dezember 1905:

In der Sitzung der Wiener polnischen Reichsratsfraktion

interpellierte man den Vorsitzenden derselben in Sachen der Mobilisierung des österreichischen Militärs in Galizien. Unser Wiener Korrespondent teilt uns heute telegraphisch mit, in der letzten Sitzung der polnischen Fraktion habe der Abgeordnete Danielak den Vorsitzenden Grafen Dzieduszycki darüber interpelliert, ob er wisse, daß in Galizien das Militär mobilisiert sei und ob die Gerüchte, daß Preußen an der polnischen Grenze Kriegsvorbereitungen treffe, wahr seien. Ferner fragt der Redner, ob eine Militärkonvention zwischen dem deutschen Reiche und Österreich bestehe, nach welcher für den Fall des Ausbruchs des Aufstandes in Polen deutsche Heere Kongreßpolen besetzen sollen, und ob ferner die Erklärungen des Warschauer Generalgouverneurs Skalon betreffend die angebliche Invasion preußischer Heere als eine unmittelbar drohende Tatsache auf Wahrheit beruhten. Nach den Ausführungen des Interpellanten müßte die polnische Fraktion wissen, welches die Pläne der verbündeten Staaten seien, um dem Dreibund gegenüber entsprechend Stellung nehmen zu können. Der Vorsitzende der Fraktion erklärte, er könne fürs erste Informationen nicht bieten, er werde jedoch sofort solche beim Grafen Goluchowski einholen und dem Interpellanten erschöpfend antworten.

Über die Mobilisierung der Heere in Galizien kursierten vor einigen Tagen Gerüchte; jedoch widersprach man ihnen entschieden in dem halbamtlichen Wiener Fremdenblatt. Die von dem Abgeordneten Danielak eingebrachte Interpellation und die Antwort des Grafen Dzieduszycki zeugen jedoch davon, daß mit dieser Angelegenheit sich ernste Geister befassen und daß sie noch nicht von der Tagesordnung verschwunden ist; darum werden wir auch mit Neugier die Antwort des Grafen Dzieduszycki erwarten, der an maßgebender Stelle, und zwar beim Minister des Äußeren, Informationen einholen wird.

Aus Nr. 275 des Orędownik (Posen)

vom 2. Dezember 1905:

Die Preußen an der Grenze des Königreichs.

Stralkowo, den 30. November.

Bekanntlich haben die Preußen mehrmals amtlich versichert, daß sie sich unter keiner Bedingung in die inneren Angelegenheiten des Königreichs Polen einmischen und schon ganz und garnicht nach Polen hineinmarschieren würden. In diesen Tagen erhielten einige Wirte in Stralkowo und in den andern nahe der Grenze gelegenen Orten die amtliche Aufforderung, sich um entsprechende Lokale zum eventuellen Einquartieren größerer Truppenkörper zu bemühen. Der Kommissar selbst ritt zu den Wirten und überzeugte sich, ob die für das Militär bestimmten Zimmer auch geräumig genug, genügend erwärmt usw. wären. In einzelnen Fällen mußten die Wirte ihre eigene Wohnung räumen. Die erwähnte Aufforderung, sofort Quartiere vorzubereiten, ist solange bindend, bis andere Dispositionen getroffen werden.

Aus Nr. 275 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 2. Dezember 1905:

Änderung der Meinung.

Wenn jemand vor 10 Jahren bei unsern Landsleuten jenseits der Grenze es gewagt hätte, von einem unzerreißbaren staatlichen Zusammenhang mit Rußland zu sprechen, dann wäre er als Verräter des polnischen Vaterlandes erklärt worden. Sogar noch allpolnische Politiker neueren Datums wetterten gegen jede Art Slawen- und Russenfreunde. Diese müßten zum mindesten als bestochene Rubelfreunde gelten und sie waren aus dem „Polen von Meer zu Meer“ ausgeschlossen.

Heut überbieten sich fast alle in Versicherungen, daß alle polnischen Parteien an die Notwendigkeit der slawischen Solidarität glaubten und daß fast niemand mehr an die Losreißung polnischer Länder und Provinzen vom Staatsganzen denke. Selbst der landläufige polnische Chauvinismus wird mit jedem Tage schwächer und er macht Anschauungen einer realen Politik Platz.

Die neueren Kundgebungen des ohnmächtigen polnischen Chauvinismus waren in letzter Zeit auch allzu kraß, als daß sie in unsrer öffentlichen Meinung nicht eine innere Reaktion hätten herbeiführen müssen. Unsre chauvinistischen Politiker haben sich auch überzeugt, daß sie von den Sozialisten und Anarchisten überboten worden sind und daß sie diesen nicht standhalten können. Sie ziehen es daher vor, die Rolle der Maßvollen zu spielen.

Nicht jedoch allein das Gefühl der eigenen Ohnmacht gegenüber mächtigeren Elementen hat diesen Umschwung in der polnischen Meinung herbeigeführt. Es gibt zwei Argumente, die in überaus schnellem Tempo dahin geführt haben; erstens die Furcht vor der inneren Gefahr, welche den Rücksichten auf die Gemeinsamkeit der polnischen und slawischen Interessen droht. Das Empfinden dieser Gefahr durchlief die gesamte slawische Welt mit Blitzesschnelle und führte so einen plötzlichen Wandel der öffentlichen Meinung herbei. In noch höherem Maße hat jedoch diese Änderung die wahrhaft slawische Seele herbeigeführt, die sich in der russischen öffentlichen Meinung hat vernehmen lassen. Wir wissen nicht, ob sie in ihrem Wohlwollen und in ihrer Aufrichtigkeit verharren wird, aber fürs erste hat sie ganz überzeugend zu der polnischen Seele gesprochen. Sie hat so überzeugend gesprochen, daß sie sogar die Ansichten Zweifelsünder gezwungen hat, an den guten Willen der bisherigen Feinde zu glauben. Unsre Brüder jenseits der Grenze mußten sich nicht allein angesichts der Sympathie eines großen Teiles der russischen Presse, sondern auch namentlich angesichts der Bekundungen dieser Sympathie seitens der Semstwo und verschiedener Korporationen der russischen Nation sagen, daß die Veröhnung der durch Jahrhunderte entzweiten Nationen möglich sei auf dem Grundsatz der Gerechtigkeit, sobald die Übermacht des aller Freiheit feindlichen Tschinowniktums endgültig gebrochen sein werde. Die Semstwo versprechen uns alles, fast mehr, als wir fordern und sie zu geben vermögen. Groß werden die Anstrengungen derjenigen sein, denen daran gelegen ist, daß diese Ausöhnung nicht zu stande komme; darum bedarf es auch aller Bemühungen, daß unsre Landsleute jenseits der Grenze keinen Fehler mehr machen, der die Gemüter der Stammesverwandten von uns abwenden könnte.

Schon wiederholt haben wir uns an die russische öffentliche Meinung mit der Aufforderung gewandt, mit großer Nachsicht sogar unsre Ausschreitungen zu beurteilen; denn wer ein ganzes Jahrhundert lang so ungeheure Verfolgungen erlitten hat, der hat auf solche

Nachsicht untrüglich ein Unrecht. Und so ist es gekommen, daß die redliche russische öffentliche Meinung die natürlichen Ausbrüche unsres Temperaments und unsrer so vielfach mißhandelten Empfindungen durchaus begriffen hat.

Das, was die Tschowniksatrapen verletzte, gilt heut in der Meinung der Richter aus dem Volke als ein unschuldiger Ausdruck durchaus berechtigten Nationalbewußtseins und nicht als Kundgebung traditionellen Staatsverrats.

Es ist ein glückverheißender Trost, daß in dem unerhörten Sturm, der in den Gemütern des sich wiedergebärenden Rußlands tobt, grade diese Erscheinung von gegenseitigem Verständnis und von Verständigung innerhalb der beiden Volksstämme sich erhält und daß er fortschreitet zur Eintracht und zur slawischen Solidarität.

Möge das auch ein gutes Beispiel für die sein, die immer noch in barbarischem Grimm verharren, während sie sich sogar der Kulturfortschritte und angeblicher christlicher Liebe rühmen!

Aus Nr. 274 des Lech (Gnesen)

vom 30. November 1905:

Das polnische Volk tut uns leid,

welches der Germanisierung zum Raube dargeboten wird, der Germanisierung, die heute auch von der Kirche betrieben wird. Deshalb arbeiten wir auch mit allen Kräften, um dieses Volk zu retten, um von ihm das Unglück abzuwenden, welches seine Nationalität bedroht. Diese unsere Arbeit kann nun allerdings nicht gefallen:

1. der Regierung und
2. den deutschen Geistlichen, wenn sie auch noch so rechtschaffen sind.

Dies sagte auch Herr Kanonikus Kłoske in einem uns übersandten Briefe, daß ihm das Volk leid tue, das von uns mit vergifteter Speise genährt werde. Dieser Brief lautet:

Gnesen, den 27. November 1905.

Ich begreife nicht, wie sich der Lech erdreisten kann, sich ein katholisches Blatt zu nennen. Es greift den heiligen Vater an, kritisiert das Vorgehen des Erzbischofs, arbeitet an dem Fall der von ihm mit so großer Mühe ins Leben gerufenen und unterhaltenen Konvikte, schädigt das Ansehen des Przewodnik, druckt ohne Zögern jedes Märchen ab, das ihm über irgend einen Priester zugeht und untergräbt dadurch mit Absicht und systematisch das Ansehen der Geistlichkeit. Fast in jeder Nummer sündigt der Lech gegen das vierte und das achte Gebot, welche gebieten, die Geistlichkeit, die Obrigkeit und den guten Namen seines Nächsten zu ehren. In keinem sozialdemokratischen oder jüdischen Blatte wird die Geistlichkeit und die Kirche mehr angegriffen als in dem katholischen Gnesen'er Lech, obwohl das Blatt durch die Geistlichkeit begründet worden ist und mit dem Geld und der Unterstützung dieser Geistlichkeit sich erhalten hat. Außert sich denn irgend ein jüdisches Blatt mit ähnlicher Nichtachtung über die Rabbiner wie die Verfasser der Artikel im Lech über ihre Geistlichen?

Mit besonderem Übelwillen beehrt aber der Lech die Mitglieder beider Domkapitel deutscher Herkunft. Es vergeht keine Woche, ohne daß an jene erinnert wird, die sich das Violett erworben haben, um sie mit Schmutz, Verdächtigungen und Verleumdungen zu besudeln. Ihr würdigt die Priester herab, deren ganzes Leben und seelsorgerische Tätigkeit fleckenlos dasteht.

Diese im Dienste der Kirche ergrauten Geistlichen waren stets mit gleicher Gewissenhaftigkeit um das Heil der deutschen wie der polnischen Katholiken besorgt. Ihr stellt die Domherren als Karrierenreiter dar, die sich auf krummen Wegen die Domherrenwürde erworben haben. Und dennoch hat keiner dieser Männer mit Absicht auch nur einen Schritt getan, um sich seine Beförderung zum Domherrn zu sichern. Sie haben ihre Pflicht gewissenhaft auf der Stelle erfüllt, auf die sie von ihrer vorgesetzten Behörde hingestellt worden sind. Keinem von ihnen kann man nationalen Chauvinismus vorwerfen. Ihre ganze Schuld beruht vielmehr darin, daß die königliche Regierung sie ohne ihre Mitwirkung dem heiligen Vater als Domherren in Vorschlag gebracht, und die Kirchenbehörde bestätigt hat, daß sie sich im Besitz der kanonischen Eigenschaften befänden.

Eine neue Probe dieses wilden Hasses bot die Nummer 271. Ein Pole spricht dort der Kirchenbehörde sein Bedauern aus, daß sie ihre Korrespondenz deutsch adressiere. Seiner Ansicht nach liege die Schuld hieran nicht am Postzwange, sondern an den deutschen Domherren. Diese hätten die Behörde zu diesem neuen Zugeständnis bestimmt. Nun gehört von den deutschen Domherren in Posen nicht ein einziger zum Konsistorium und im Ordinat sitzt nur Prälat Wanjura und zwar schon von Beginn der Regierung des jetzigen Erzbischofs an. Im hiesigen Konsistorium bekleidet einzig Domherr Spors die Würde eines Offizials. Erst vor wenigen Wochen hat auch Domherr Goebel ein Dezernat erhalten. Also nur blinde Gehässigkeit bringt es fertig, die deutschen Adressen auf das Konto der deutschen Domherren zu schieben.

Derselbe Schreiber hat auch bemerkt, daß der Gottesdienst am 15. Juli im hiesigen Dome einen anderen Verlauf hatte als in andern Jahren. Das ist eine dreiste Lüge. Zufällig zelebrierte Schreiber dieses den Gottesdienst. Der Gottesdienst war der gleiche wie in früheren Jahren. Im übrigen hat das Kapitel nicht das Recht, die Gottesdienstordnung zu ändern.

Nur der regierende Bischof ist mit Genehmigung des heiligen Stuhls hierzu kompetent. Es ist auch vom Kapitel bei dem Herrn Erzbischof kein Antrag in dieser Sache gestellt worden.

Derselbe Wert, wie den vorstehenden Behauptungen, wohnt übrigens auch allen übrigen Denunziationen und Beschwerden inne, die im Lech über die Geistlichkeit der Erzdioze fortwährend zu lesen sind. Und das nennt ihr Aufklärung und Moralisierung des Volkes! Gutgefünnte, vernünftige Leute nennen dies Aufreizung und Demoralisierung. Das arme Volk tut einem leid, daß es in seiner harten Lage auf solch vergiftete Kost angewiesen ist.

Geistlicher Kłoske,

Domherr und Regens des Seminars."

So viel Herr Domherr Kłoske. Wir wiederholen es diesem Brief gegenüber noch einmal: Wir bedauern das arme polnische Volk, dessen schwierige Lage durch germanisatorische Geistliche, wie die Geistlichen Prandke, „lejtman" Krzesinski, Kliche, Kruf usw. immer mehr verschlimmert wird.

Was die sachliche Seite der Ausführungen des Domherrn Kłoske anbetrifft, so sagen wir: „Der Lech ist nicht nur so dreist, sich eine katholische Zeitung zu nennen, sondern er ist es wirklich und er verdient gewiß mit mehr Recht diese Bezeichnung, als die Zeitungen der Deutschkatholiken, die das Gift ihres Hasses auf Alles spritzen, was polnisch ist. Der Lech hat mehr Anspruch auf den Katholizismus als diese deutschen Geistlichen, die aus blindem Haß gegen das Polentum bei den verschiedenen Wahlen ihre Stimmen

den Lutheranern oder Juden geben, wofür Beweise vorhanden sind. Vollständig hinfällig ist der Vorwurf, daß der Lech den heiligen Vater angreife. Als wir einige Leser um ihre Ansicht hierüber befragten, waren sie über diesen Vorwurf entrüstet. Wir kritisieren freilich das Vorgehen des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs, aber nur dort, wo neben dem Seelenheil unsere nationalen Interessen gefährdet sind.

Ist es denn eine Sünde, wenn man verlangt, der hochwürdigste Herr Erzbischof möchte doch gegen den deutschen Religionsunterricht protestieren? Ferner arbeitet der Lech angeblich an dem Untergang der Konvikte! Freilich, solange die Konvikte die Wohnstätte der Germanisierung sein werden, solange wird der Lech sie auch hartnäckig bekämpfen. Er hält dies für seine heilige Pflicht und die ganze polnische Presse unterstützt ihn hierin.

Die Behauptung, daß der Lech der Geistlichkeit gegenüber schlimmer wäre als die Juden und Sozialisten, ist wohl nur eine Stilblüte, denn in einer andern Bedeutung wollen wir dies nicht auffassen.

Der Lech hat keine Sympathie für die Deutschen in Sutanen, die gegen das polnische Element auftreten. Herr Domherr Kłoske streitet uns auch nicht ab, daß Herr Domherr T. das einem jeden Polen teure Gebet an die Mutter Gottes, die Königin der Krone Polens, nicht herjagen wollte.

Und weshalb hörte der ehemals feierliche Gottesdienst zur Jahresfeier der den Kreuzrittern durch Jagiello beigebrachten Niederlage auf? Es gibt noch andere Dinge, die wir garnicht berühren wollen. Schließlich beschuldigen wir auch garnicht die deutschen Domherren der Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber, aber in dem sich in der Kirche breitmachenden Deutschtum sehen wir ein System, das gut durchdacht mit eiserner Konsequenz durchgeführt wird. Wir behaupten auch nicht, daß dieser oder jener Geistliche die Domherrnwürde auf krummen Wegen erlangt hat, aber haben denn nur die Deutschen die zu der Domherrnwürde und zu fetten Pfarrstellen notwendigen Eigenschaften?

Wir erklären hierdurch noch einmal, daß es sich uns garnicht um die einzelnen deutschen Geistlichen handelt, denn auch sie können die achtungswürdigsten Menschen sein, sondern es handelt sich um das System, das bei uns eine derartige Verwüstung in nationaler Hinsicht einführen will, wie wir sie heute in der Belpliner Diözese sehen und deshalb rufen wir: „Uns tut das arme polnisch-katholische Volk leid, dessen Nationalität, also nach dem Glauben der heiligste Schatz, seitens der Kirche bedroht ist.“

Aus Nr. 276 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 3. Dezember 1905:

Aus der Geschichte der Journalistik.

Der in Gnesen erscheinende Lech ist in einem seiner letzten Artikel mit Äußerungen hervorgetreten, welche in hohem Grade sowohl unserer geistlichen Behörde, als auch den deutschen Mitgliedern beider Kapitel zu nahe treten. Auf diese Verunglimpfungen haben dem Blatte der geistliche Rat Pietrowicz und der Domherr Kłoske aus Gnesen geantwortet und der Herr Erzbischof hat aus diesem Anlaß an beide Kapitel ein Schreiben erlassen, das wir mit seiner Genehmigung hier wiedergeben.

Posen, den 30. November 1905

Die letzten, seitens des Blattes Lech gegen die Mitglieder der hochlöblichen Metropolitankapitel in Gnesen und Posen gerichteten Angriffe haben mich bis ins Innerste des Herzens entrüstet und mir gleichzeitig Schmerz darüber bereitet, daß ein Blatt, welches sich katholisch nennt, sich hat zu so schändlichen Verleumdungen gegen meine beiden geistlichen Senate versteigen können, die sich aus wahrer Verehrung würdigen, von priesterlichen Tugenden erfüllten Mitgliedern zusammensetzen. Indem ich diese Beschimpfungen aufs strengste brandmarke, die von einem Blatte geschleudert werden, das sich in unerhörtem Dünkel das Recht der Kritik über Sachen anmaßt, die einzig zur Kompetenz der geistlichen Behörde gehören, versichere ich die hochlöblichen Kapitel meiner völligen Achtung, die ich für sie hege, und der Anerkennung, die ich ihnen schuldig bin, für ihren verdienstvollen Beistand in der Diözesanregierung, für ihr gutes Beispiel in der Auffassung der Priesterpflichten und für ihre eifrige und aufrichtige Arbeit am Wohle dieser meinerhut anvertrauten Erzdiozese. Eine solche Maulwurfsarbeit und solche hinterlistigen Versuche von verworrenen Leuten, welche bestrebt sind, die Gemeinsamkeit der Priesterarbeit zu spalten und einen Keil zu treiben sowohl zwischen die Geistlichkeit beider Nationalitäten, als auch zwischen unsere Geistlichkeit und das Volk sind das Ergebnis von Verblendung und die Befundung eines Hochmuts, dessen Folge die Schwächung des Einflusses des Glaubens auf unsere Volksgemeinschaft sein wird. Ich bin davon überzeugt, daß meine ehrenwerte Geistlichkeit gleich mir das Unrecht und die Verleumdung tief empfindet, die sowohl gegen ihre (der Geistlichkeit) Behörde, als auch gegen diejenigen geschleudert wird, welche dieser Behörde bisher stets treu und gottesfürchtig ihre Kräfte zum Beistand geliehen haben. Und ich meine, daß die Geistlichkeit diesem Blatte gegenüber die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen wissen wird.

Der Erzbischof von Gnesen-Posen
gez. Florian.

Aus Nr. 277 des Ogródownik (Posen)

vom 5. Dezember 1905:

Zu dem Schreiben des Erzbischofs betreffend den Gnesener Lech bemerkt der Ogródownik:

„Schade, daß dies Schreiben nicht in den Akten der Kapitel verblieben ist. Nachdem es mit Genehmigung des Herrn Erzbischofs selbst zur öffentlichen Kenntnis gelangt ist, ist es damit Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden.“

Der Schluß des erzbischöflichen Schreibens fordert die Geistlichkeit direkt auf, gegen den Lech Front zu machen, also auch gegen jedes Volksblatt, das bei der Besprechung der Germanisierung durch die Kirche absichtlich oder zufällig in ungeschickter und damit in verletzender Form sich über germanisatorische Geistliche und über die geistliche Behörde ausläßt.

Diese Drohung des Erzbischofs wird erfolglos sein, ebenso wie seine noch energischeren, vor elf Jahren gegen den Ogródownik und Postemp gerichteten Drohungen erfolglos geblieben sind. Nicht nur der Erzbischof von Gnesen-Posen drohte und droht der unabhängigen polnischen Volkspresse. Es haben das Gleiche vor 8 Jahren oberchlesische Geistliche dem Katolik gegenüber und vor 3 Jahren der Fürstbischof von Breslau dem Gornoflonzat gegenüber getan. In allen diesen drei oder sogar vier Diözesen in den Ostmarken gibt es eine bedeutende Anzahl Geistliche, welche die unab-

hängigen polnischen Volksblätter systematisch bekämpfen, dessen ungeachtet aber verbreitet und liest das Volk diese Blätter immer mehr.

Das bedeutet, daß in dem Kampfe der Bischöfe und vieler Geistlichen gegen die unabhängigen nationalen Blätter solche Massen des Volkes auf seiten der letzteren stehen, daß dieser Kampf völlig seine Bedeutung einbüßt. Und es geschieht dies infolgedessen, daß das Volk selbst immer klarer sieht, wie das System daran arbeitet, aus der Kirche eine nachgiebige Dienstmagd der Germanisierung zu machen.

Das sind Tatsachen. Natürlich berechtigen sie die unabhängige Volkspresse nicht zu ordinären, verlelegenden, unwürdigen Angriffen, sei es auf die geistlichen Behörden, oder auf die Geistlichen, zu Ausschreitungen; — aber diese Tatsachen beweisen, wie dringend nötig es ist, daß die unabhängige Volkspresse auf der Wacht der nationalen Interessen stehe, wo sie von den Bischöfen und Geistlichen auch nur mittelbar bedroht sind. Die unabhängige Volkspresse wird untrüglich aus dem letzten Passus des erzbischöflichen Schreibens die entsprechenden Konsequenzen ziehen und darüber wachen, daß ihr seitens vieler Geistlicher die Existenz und die Entwicklung zu Gunsten des preussischen Systems nicht untergraben werde.

Die Lage der Bischöfe und der Geistlichen gegenüber dem System, das die Kirche in die Germanisierungsarbeiten spannt, verstehen wir sehr wohl. Wir wissen alle, unter welchem Druck sie stehen. Niemand kann uns auch einer so großen politischen Naivität beschuldigen, daß wir bei unserm Erzhirten nicht guten Willen und die besten Absichten hinsichtlich unserer nationalen Bedürfnisse wahrnehmen sollten.

Wenn wir gleich anderen von Zeit zu Zeit gegen die geistlichen Behörden und manche Geistliche auftreten, so tun wir dies deshalb, weil das sich der Kirche und der Geistlichen bedienende Germanisierungssystem dies als Pflicht der nationalen Selbstverteidigung gebietet.

Aus Nr. 137 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)

vom 25. November 1905:

Die Konvikte und die Gesamtheit.

Immer häufiger erscheinen in unseren Zeitungen Artikel, in welchen Angelegenheiten behandelt werden, die man bisher mit Stillschweigen übergangen hat, obgleich alle deren Schädlichkeit erkannt haben. Insbesondere die interessanten Artikel des Lech über das Gnesener Konvikt haben so manch einem die Augen geöffnet, der heute auch ganz anderer Ansicht über die Konvikte war, denn es kann ihm nicht gleichgültig sein, daß man aus dem fast ausschließlich für polnisches Geld erbauten Institute das polnische Kind dafür hinauswirft, daß es polnisch gesprochen hat. Auch wir in Ostrowo haben seit zwei Jahren ein Konvikt, deshalb wird es wohl angebracht sein, unsere Gesamtheit über dieses neue Konvikt zu informieren, damit sie weiß, welche Stellung sie diesem Institute gegenüber einnehmen solle.

Für die Konvikte (Posen, Gnesen, Ostrowo), in welchen heute die Germanisierungspropaganda im großen Maßstabe betrieben wird, fließen in erster Reihe, ja fast ausschließlich, polnische Gelder. So manch einer gibt den sauer erworbenen Groschen unter eigener Benachteiligung für die Konvikte her, und es kommt ihm dabei garnicht in den Sinn, daß er mit seinem eigenen Gelde zur Germanisierung der polnischen Jugend beiträgt.

Wenn die Gesamtheit die Einrichtung der Konvikte kennen und wissen würde, welche Gefahr von dort her unserer Jugend droht, dann würde sie sicher nicht so ruhig dazu sein, wie es bisher der Fall war.

Wer im Konvikte erzogen ist, in welchem man das Lesen polnischer Bücher für ein Verbrechen ansieht, indem man geradezu verbietet, sich die Bücher aus der Bibliothek zu leihen, der muß viel Seelenstärke und viel Charakterfestigkeit besitzen, um gegen die Germanisierungsversuchungen erfolgreich aufzutreten und in den Grundsätzen auszuharren, welche ihm von seiner Mutter eingeimpft worden sind.

Und wo finden wir so viel Seelenstärke bei denen, die bereits im 10., ja sogar schon im 9. Jahre in das Konvikt kommen — oder bei denen, die von zu Hause keinerlei nationale Grundsätze mitgebracht haben? Die junge Seele, welche für alles schnell empfänglich ist, wird von den neuen Lektionen gar bald durchdrungen und geht unbewußt mit dem Strome mit, dessen Ziel es ist — uns auszurotten.

Für einen jungen Knaben reicht manchmal schon die strenge Miene des Katecheten aus, damit er aufhörte, polnisch zu sprechen und auch polnisch zu fühlen. Nicht genug damit, daß er aufhört polnisch zu denken und zu fühlen, sondern er ist sogar bereit, nur um sich Gunst zu erwerben, seine Kollegen zu bespionieren.

Es sind schon Fälle in anderen Städten vorgekommen, daß Erwachsene ihre eigenen Kollegen denunziert haben. Und es war niemand da, der die Aufmerksamkeit daraufhin gelenkt und gesagt hätte, daß das unchristlich, unkatholisch, geradezu niederträchtig sei. Die Eltern aber meinen, daß sie mit dem Augenblicke, mit dem sie ihren Sohn in das Konvikt gegeben haben, sämtliche Sorgen um ihr Kind los seien.

An der Spitze des Konviktes steht ja ein Geistlicher, und der wird sich der Kinder doch wohl am besten annehmen! Gewiß, an der Spitze des Konviktes steht ein Geistlicher, aber ein Deutscher, welcher die polnische Jugend nicht versteht — er ist Geistlicher und Beamter, der nach dem Geschmacke der Regierung arbeitet, er ist kein Geistlicher, der um eine musterhafte Erziehung der seiner Obhut anvertrauten Jugend besorgt wäre ohne Rücksicht darauf, ob diese Jugend polnisch oder deutsch ist. — Er ist ein deutscher Geistlicher, der auch unsere polnische Jugend zu Deutschen machen möchte.

O Vater, Mutter, wenn ihr wissen würdet, was manchmal aus unseren Kindern im Konvikte gemacht wird, dann würdet ihr vielleicht bitter weinen über das Los dieser armen Wesen, welche zur allmählichen Germanisierung hingegeben worden sind.

Schon das allein, daß an der Spitze des Konviktes ein deutscher Geistlicher steht, zwingt uns zum Nachdenken darüber, daß er unsere Kinder im deutschen Geiste erziehen wird, denn wenn er sie auch in einem anderen Geiste erziehen wollte, so kann er das garnicht. Wie allgemein gesagt wird, ist es nur erlaubt, dann Konvikte zu gründen, wenn der Leiter des Instituts ein Deutscher sein wird.

Unsere Gesamtheit beginnt die Tragweite dieser Bedingung zu verstehen, und sie fühlt heute schon unaussprechliches Leidwesen gegen die, welche heute über den Bau von Konvikten entscheiden. Unserer Gesamtheit, welche heutzutage in schwierigen Verhältnissen lebt, muß es vor allem darum zu tun sein, daß die Jugend national erzogen würde, damit aus dieser Jugend Bürger herambüchsen, welche polnisch denken und fühlen, aufgeklärte Bürger, welche anderen zum Muster dienen könnten.

Die zweite Bedingung für die Gründung eines Konviktes ist die, daß in der Woche zweimal, selbst

unter den Kollegen, deutsch gesprochen werden muß. Für die Überschreitung dieses Verbots warten des Jünglings empfindliche Strafen.

Weniger aufgeklärte Leute bemühen sich, dies damit zu erklären, daß die Unterrichtssprache im Gymnasium deutsch sei und daß deshalb zur Anfertigung guter deutscher Aufsätze eine gründliche Kenntnis der deutschen Sprache notwendig sei. Das ist richtig — aber der Sprache Goethes und Schillers — anders sonst ist das nur eine Phrase, mit welcher häufig die Professoren operieren, welche die Eltern zwingen wollen, die Kinder in deutsche Pensionen zu geben. Die Praxis lehret etwas anderes.

Die Umgangssprache ist doch eine ganz andere als die, deren wir uns beim Schreiben bedienen; anders sonst müßte jeder Deutsche gute Aufsätze anfertigen, denn er spricht fließend deutsch — die Polen schlecht — aber so ist es doch nicht. Wer einen guten Aufsatz machen will, der muß vor allen Dingen logisch denken, das gegebene Thema verstehen und es geschickt bearbeiten. Ob er dabei deutsch oder polnisch denken wird, das kann dem Lehrer doch gleich sein, wenn nur die Arbeit, die er korrigiert, gut ist.

Es gibt Deutsche, die doch von Geburt an nur deutsch sprechen und doch schlechte Aufsätze schreiben, und Gott sei Dank Polen, die in der deutschen Umgangssprache schwach sind, die aber dafür sehr gute Aufsätze anfertigen und alle Prüfungen mit Ruhm bestehen.

So viel wie es nötig ist, lernen alle Polen deutsch, wenn gleich sie unter sich nicht deutsch sprechen.

Es handelt sich hier auch nicht um das Erlernen der deutschen Sprache, sondern um das Durchdringen werden mit dem deutschen Geiste, darum, daß sich unsere Jugend nicht nur daran gewöhnte, deutsch zu sprechen, sondern, daß sie auch deutsch dachte. Uns sollte es aber geradezu darum zu tun sein, daß unsere polnische Jugend ihren polnischen Charakter bewahrte, ihren polnischen Sinn und ihre polnische Sprache.

Wer auch einmal ein Konvikt besucht hat, der wird auf lange Jahre hinaus dieses niederdrückende Gefühl nicht los werden, das auf ihn diese Jugend-erziehungsanstalt gemacht hat.

Ich denke daran, als ich das Ostrower Konvikt besuchte, ehe noch die Schüler darin Aufnahme gefunden hatten, wie mir diese jungen Leute leid taten, welche gezwungen sind, in dem Gefängnisse die glücklichsten Jahre ihres Lebens zu verbringen — und ich konnte mich nicht genug wundern, daß es heutzutage Leute und Eltern gibt, die ohne Skrupeln ihre Söhne in die Konvikte geben; — und es gibt deren doch welche, denn unser Konvikt hat 19 Schüler.

Und wie sieht es in dem Konvikte aus? In einem großen Saale, welcher mit den Bildern des deutschen Kaisers und der Kaiserin geschmückt ist, stehen mehrere hölzerne Bänke, ebensolche, wie wir sie in der Schule sehen.

Daß man das Sitzen auf solchen Bänken nicht zu den bequemen und angenehmen Augenblicken des Lebens zählt, das weiß jeder, denn wir haben alle auf ihnen gesessen. Etwas anderes sind schließlich Bänke in der Schule und Bänke zu Hause — und das Konvikt ist doch das Heim für diejenigen, die in ihm wohnen.

Es ist das eine Stube, in welcher alle 19 Schüler ihre Schularbeiten in den dafür bestimmten Stunden anfertigen.

Gemeinsam ist auch der Schlafraum — in einem großen Zimmer stehen 19 Betten. Es gibt daselbst mehrere Zimmer, einstweilen aber sind sie alle leer, ich weiß nicht warum, ob deshalb, um Brennmaterial zu sparen, oder der leichteren Kontrolle wegen. Es

gibt nichts schlimmeres, als einen gemeinsamen Schlafraum, zumal bei so verschiedenem Lebensalter. Ich weiß aus Erfahrung, welcher üblen Einfluß solcher gemeinsamer Räume auf die Jüngeren ausüben, die jedes Wortlein ihrer älteren Kollegen genau beobachten, manchmal tun sie, als ob sie schliefen, nur um ihre Unterhaltung zu hören. Und daß die 18—20 jährige Jugend häufig über Sachen spricht, von denen ein 10jähriges Kind nichts hören sollte, das wird jeder zugeben — wenn gleich über Schulverhältnisse gesprochen wird. Es ist das geradezu Barbarismus, in solchen Verhältnissen gemeinsame Schlafräume einzurichten, und es ist doch schwer, der Jugend den Mund zu schließen.

Daher ist es notwendig, daß die Gesamtheit dies in aller Ruhe in Erwägung zöge und in dieser Angelegenheit ihre Meinung äußerte. Meiner Ansicht nach bringen uns die Konvikte nur moralischen und materiellen Schaden, denn die in ihnen erzogene Jugend ist zu $\frac{9}{10}$ für unsere Gesamtheit verloren. Wird sie auch in geistiger Beziehung nicht germanisiert, so wird sie zum mindesten für unsere Sache gleichgiltig, und sie wird im späteren Leben im allerbesten Falle für ihre Gesamtheit nichts tun.

Daß es so sein wird, beweist das Verfahren des Katecheten und des Präfecten des hiesigen Konvikts. In der Stadt ist schon bekannt, was vor kurzem im Konvikte geschehen ist.

Die Leute erzählen sich, daß ein gewisser Schüler einer höheren Klasse aus der Stadt eine Nummer der Gazeta Ostrowska gebracht habe. Der Präfect hat nicht nur sofort das Lesen, sondern auch das Mitbringen polnischer Zeitungen in das Konvikt, besonders das der Gazeta Ostrowska, verboten.

Ein anderer Fall. Ein Schüler der höheren Klassen brachte aus der Stadt vor den Ferien mehrere ältere Exemplare des Robotnik mit, eine von Geistlichen für die Arbeiter-Vereine herausgegebene Zeitung, um in dieselben Bücher und andere Sachen einzupacken. Als der Präfect wiederum die polnischen Zeitungen erblickte, ward er sehr entrüstet, er stellte sofort eine Untersuchung an um festzustellen, wem diese Zeitungen gehörten und befahl, sie zu vernichten; er verbot sogar, Sachen in die polnischen Zeitungen einzuwickeln. (Vielleicht aus Achtung vor denselben? Die Redaktion.)

Eine Entrüstung rief folgender Vorfall in der Stadt hervor:

Ein Schüler der Obersekunda erhielt vom Präfecten und Dekan die Erlaubnis, einem jüngeren Schüler aus der Stadt im Konvikte während der Unterrichtsstunden Privatstunden zu erteilen.

Einmal traf der Präfect den kleinen Schüler im Konvikte, warf ihn, ohne sich weiter zu besinnen, hinaus und fragte jenen Sekundaner, was der Knabe im Konvikte zu suchen habe. Jener Schüler antwortete dem Präfecten, er habe diesem Knaben solchen Privatunterricht erteilt — die Antwort war, o Grauen, polnisch, weil es gerade an einem Tage war, an dem es im Konvikte gestattet ist, polnisch zu sprechen. Den Präfecten ärgerte die polnische Antwort so sehr, daß er lärmend über jenen Sekundaner herfiel und ihn mit Redensarten traktierte wie: „Du dummer Lämmler usw.“

Ob ein derartiges Umgehen mit der Jugend angebracht ist, das möge das Publikum selbst beurteilen. Wer die Jugend in dieser Weise traktiert, der wird sich ihr Vertrauen nicht erwerben, er kann es nie besitzen, es sei denn, daß die Jugend zwecks Erreichung von Vorteilen das Vertrauen heuchelt, bis dieses Heucheln zur zweiten Natur geworden ist, welche die Leute auf falsche Bahnen bringt, auf die die Gesamtheit so große Hoffnungen setzt.

Es ist die höchste Zeit, daß es die Gesamtheit verstehe, was ihr schadet und in geschlossener Reihe zum Kampfe aufträte gegen alles Böse, wo es sich nur immer zeigen mag.

Wir gehen immer zu spät an eine Sache heran; hegen wir die Hoffnung, daß es in diesem Falle nicht zu spät sein wird. Gehen wir aber sofort an die Besserung heran, aufrichtig alle, wälzen wir sie nicht auf die Schultern einzelner ab. P. R.

Aus Nr. 275 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 2. Dezember 1905:

Germanisierungskonvikte.

Aus der Stadt erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Lange habe ich darauf gewartet, ob sich jemand auf den Artikel des Lech über unsere Konvikte hören lassen würde. Aber Ruhe, friedliche Ruhe herrscht bei uns. Deshalb möchte ich einige Betrachtungen über unsere Konvikte anstellen, vielleicht wird sich dann irgend jemand tiefer mit ihnen befassen.

Die Frage der Leitung der Konvikte hat bereits der Lech in seinem Artikel treffend beurteilt. Um diese Beurteilung zu bekräftigen, möchte ich eine Tatsache anführen, die sich im Posener Konvikt zugetragen hat.

Einige Jünglinge rissen des Abends aus dem Konvikt aus und kehrten erst spät in der Nacht zurück. Dies Geschick spricht für sich selbst.

Sehen wir uns jetzt die Jünglinge selbst an. Im Konvikt befinden sich rund 100 Schüler. Den größten Teil stellen die „dajczkatolicy“ und die „neubefehrten Deutschen“. Die letzteren sind die Söhne von Dorfschullehrern, der Vater ist Pole, der Sohn fortschrittlicher — „Deutscher!“ der Rest besteht aus Polen, aber aus was für welchen! Wie wenig besserer Jugend ist dort vorhanden!

Und die dem Konvikt vorgesetzte Behörde? Das Posener Konvikt unmittelbar beaufsichtigen zwei Geistliche. Das Konvikt des verewigten Domherrn Szoldrski beaufsichtigt ein Pole, das erzbischöfliche Konvikt ein Deutscher!

Dies ist das erste unnötige Zugeständnis!

Über diesen Geistlichen steht der Rat, zu dem der Erzbischof Dr. von Stablewski, einige Domherren, zugleich aber auch der Direktor des Mariengymnasiums, Herr Schröder, gehören! Ein **Deutscher** an der Spitze des **polnischen** Konvikts und ein **Deutscher** im Rat.

Hören wir jetzt die Worte des Geistlichen Bayer, des Leiters des Konvikts:

„Der Goniec dürfe im Konvikt nicht gelesen werden, denn er sei ein antikirchliches Blatt.“

Dies ist die letzte Bekanntmachung im polnischen Konvikt. Demgegenüber rufe ich: Was ist an solchen Konvikten gelegen, die mit polnischem Geld die Jugend germanisieren! Wir wollen uns doch nicht mit unsern eigenen Mitteln totschlagen!

Aus Nr. 275 des Wielkopolanin (Posen)

vom 2. Dezember 1905:

Das Zentrumsorgan Germania

hat, worauf wir schon gestern aufmerksam gemacht hatten, angekündigt, daß in der Zusammensetzung der Reichstagschriftführer ein Wechsel eintreten würde, der nicht ohne eine gewisse politische Bedeutung sein würde.

Die Germania hat augenscheinlich von der Stellungnahme ihrer Parteifreunde Kenntnis gehabt, da

sie anders vorstehende Bemerkungen nicht veröffentlicht haben würde.

Es kam auch, wie wir bereits gestern berichtet haben, bei der Besetzung der Reichstagschriftführerstellen insofern zu einem Wechsel, als der Abgeordnete Graf Mielzynski nicht wieder zum Schriftführer gewählt wurde, sondern in seine Stelle der Abgeordnete von Damm berufen wurde.

Die Germania berichtet dies kurz mit folgenden Worten: Die größte Anzahl der Abgeordneten gab ihre Stimme nicht dem polnischen Abgeordneten Grafen Mielzynski, sondern dem Mitglied des Bundes der Landwirte, Herrn von Damm, der auf diese Weise die Stimmenmehrheit gegenüber dem Grafen Mielzynski erhielt.

Soviel die Germania!

Die Germania schreibt zwar nicht, daß die Mehrheit des Zentrums sich gegen den Grafen Mielzynski erklärt hat, aber man kann sich leicht denken, daß gerade sie die Wahl zum Umfallen gebracht haben. Die Germania behandelt die Sache mit einer scheinbaren Gleichgültigkeit, wie eine Sache von geringer Bedeutung, aber diese scheinbare Gleichgültigkeit soll den Eindruck über den wahrscheinlichen Frontwechsel des Zentrums den Polen gegenüber bemänteln. Man kann sich unschwer denken, daß sich das Zentrum auf diese Weise für Oberschlesien und die Niederlage im Wahlkreis Ratowiz-Jabrze rächen will und zweitens, daß jene größere Zahl von Zentrumsabgeordneten mit katholischem Anstrich kundgeben will, daß jetzt der letzte Schimmer einer Waffenbrüderschaft mit den Polen verschwunden ist.

Ob diese katholischen Zentrumsabgeordneten uns im Reichstag den offenen Krieg ansagen oder sich auf kühle Gleichgültigkeit beschränken werden, wird die nächste Zeit ergeben. Auf jeden Fall können sich die Katholiken freuen und in erster Linie wird die katholische Sache darunter leiden.

Das Amt eines Schriftführers im Reichstage hat eine gewisse Bedeutung. Die Parteien, die unter den Schriftführern des Reichstages ihren Vertreter haben, haben mit dem Reichstagspräsidium stets Fühlung, häufig erfahren sie schon vorher, welche Sachen verhandelt werden sollen und sie erleichtern dadurch ihrer Partei die Arbeit. Deshalb wäre es eine vorteilhafte Sache gewesen, wenn auch ein polnischer Abgeordneter dem Reichstagsbureau angehört hätte, aber unumgänglich notwendig ist es nicht und von dem Behalten dieses Amtes hängen weder das Schicksal einer Partei, noch das Schicksal irgend einer Nation ab. Deshalb schlossen wir auch gestern unsere Mitteilung über diese Angelegenheit mit der Bemerkung: Daran liegt wenig! Wichtiger ist die vom Zentrum in dieser Sache eingenommene Stellung.

Noch in der vorigen Session wurde der Abgeordnete Graf Mielzynski zum Schriftführer gewählt, trotzdem auch damals schon zwischen der polnischen Volksgesamtheit und den deutschen Katholiken ein gespanntes Verhältnis herrschte — das Zentrum repräsentiert die deutschen Katholiken — außerdem auch das Verhältnis mit unserer Fraktion ein gespanntes war, obgleich damals die schlesische Angelegenheit schon im Gange war; den völligen Wechsel der Stellungnahme eines gewissen Teils des Zentrums verursachte erst der Sieg Korsanths in Oberschlesien.

Wenn es wirklich so ist, wie wir es voraussetzen, daß der größere Teil des Zentrums den polnischen Angelegenheiten gegenüber eine vollkommene Gleichgültigkeit beobachten wird, wenn es auch uns nicht direkt feindlich gegenübertritt, so wird die Stellung der polnischen Fraktion eine noch schwierigere werden als bisher.

Die Fraktion steht infolge des Verlustes der Unterstützung des Zentrums isoliert da und wird als schwache Partei keinerlei Einfluß auf den Gang der Verhandlungen ausüben können. **Es drängt sich einem hierbei die schon öfter aufgeworfene Frage auf, ob man nicht bei einer andern Partei Hilfe suchen müßte?**

Die Auswahl ist in dieser Hinsicht keine große. Sich an die Freisinnigen anzulehnen, lohnt sich nicht, wenn man auch von Fall zu Fall mit ihnen gehen könnte. Irgend eine Annäherung an die Regierungsparteien (Konservative, Nationalliberale) ist völlig ausgeschlossen, es würden also nur noch die Sozialisten, eine zahlenmäßig starke und energische Partei, übrigbleiben.

Aber auch hier ist eine Anlehnung unmöglich, da die Fraktion im Gegensatz zu den Anschauungen der ganzen Volksversammlung und zu unserer ganzen Politik stehen würde.

Wir bekämpfen hartnäckig den Sozialismus als eine Lehre und eine Bewegung, die die Kraft des nationalen Empfindens untergräbt und vernichtet, deshalb kann auch die polnische Fraktion kein Bündnis mit den Sozialisten eingehen, wenn sie der Träger der Anschauungen der polnischen Volksversammlung bleiben will.

Man kann sich auch unmöglich eine solche Lage der Dinge vorstellen, daß sich die polnische Fraktion auf die Sozialisten stützen sollte, während wir hier im Lande den Sozialismus bekämpfen.

Ein derartiges Verhältnis würde stets ein künstliches sein und ließe sich unmöglich lange halten.

Allem Anschein nach wird also die polnische Fraktion von Fall zu Fall operieren müssen, was viel Aufmerksamkeit und Geschicklichkeit verlangt.

Außerdem muß man aber auch bedenken, ob in den letzten Jahren die Unterstützung der polnischen Fraktion durch das Zentrum eine so sehr nutzbringende war, daß man aus diesem Grunde einer selbständigen nationalen Politik im Lande hätte entsagen sollen.

Die Tatsachen geben hierüber erschöpfende Auskunft. Zu Zeiten Windhorsts und noch einige Jahre nach seinem Tode stand das Zentrum wirklich auf dem Standpunkt seines Wahlpruchs: „Für Wahrheit, Glauben und Freiheit!“

Heute haben sich die Anschauungen des Zentrums wesentlich geändert und die der Regierung gegenüber eigensüchtige Zentrums politik hat uns in Wirklichkeit vor keinem Schläge geschützt. Man kann infolgedessen voraussetzen, daß uns, wenn wir uns auch völlig dem Kommando des Zentrums unterstellt hätten, dies auch in Zukunft nicht vor Schlägen bewahrt hätte, die unserer seitens der Galatisten und der Regierung warten.

Bei einer derartigen Sachlage lohnt es sich nicht, die selbständige nationale Politik, die überall getrieben wird wo polnisches Volk wohnt, für die zweifelhaften Vorteile eines festen Bündnisses mit dem Zentrum aufzugeben.

Wenn es auch unangenehm ist, eine katholische Partei zu sehen, die kleinliche Rache übt, heilige nationale Empfindungen nicht begreift, das Recht des polnischen Volkes auf eine nationale Existenz nicht anerkennt, so müssen wir auch damit zufrieden sein und selbständig vorwärtsgehen, wobei wir nur auf unsere eigenen Kräfte und Gottes Hilfe rechnen dürfen.

Das Zentrum wird sich überzeugen, daß der Galatismus, der sich in seine Reihen eingeschlichen hat, die Partei töten und gleichzeitig das untergraben wird, was sie zu verteidigen beabsichtigen:

„die katholische Kirche und den Glauben.“

Aus Nr. 277 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 5. Dezember 1905:

In Sachen der Wahl des Abgeordneten Grafen Mathias Mielzynski

in das Parlamentsbureau erhalten wir aus Berlin folgenden Bericht:

Nicht das Zentrum, welches dem Grafen Mielzynski durch den Mund seines Vorsitzenden, Grafen Hompesch, seine Unterstützung zur Erlangung der Schriftführerstelle im Reichstagsbureau zugesagt hatte, sondern die Sozialdemokraten verursachten die Niederlage der polnischen Fraktion. Das durch den Abgeordneten Singer gegebene Versprechen wurde nicht gehalten, die gedruckten Karten, die auf ihrer oberen Seite die Namen der Kandidaten der sogenannten Ordnungspartei enthielten, waren kreuzweis durchstrichen, unter ihnen auch der Name des Grafen M. und unten, unter dem Strich, waren die Namen zweier Sozialdemokraten eingetragen und so wurden sie in die Urne geworfen. — Graf Mielzynski erhielt 98 Stimmen, hauptsächlich von Zentrumsabgeordneten; unser bisheriger Schriftführer unterlag mit 4 Stimmen seinem Gegner, dem Antisemiten von Damm.

Soviel im Interesse der Wahrheit.

Aus Nr. 271 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 28. November 1905:

Eine Mitteilung des Vereins Straz.

Die juristisch-politische Sektion des Vereins Straz überfandte uns nachstehendes Kommunikat:

Über die Schulverhältnisse in Preußen.

Eins der germanisatorischen Mittel, die zugleich das Protestantischmachen unseres Geschlecht zum Zwecke haben, ist das eifrige Bestreben der Regierung, unsere katholischen Schulen in Simultanschulen umzuwandeln.

Und doch kann es hierüber nicht zweierlei Ansichten geben, daß die Schulen in Preußen, entsprechend dem Grundsatz, der in Artikel 24 der preußischen Verfassung ausgedrückt ist, eine konfessionelle sein muß, eine Simultanschule dagegen nur in Ausnahmefällen sein darf.

Bei uns ist es anders. Es kommen Fälle vor, in denen wider den Willen des Schulvorstandes, entgegen den Versicherungen der Vertreter der Regierung, häufig eine katholische Schule in eine Simultanschule umgewandelt wird.

Unlängst ereignete sich ein derartiger Vorfall in Miassa im Kreise Jilehne.

Dort existierte seit langen Zeiten nur eine katholische Schule, während die protestantischen Kinder die wenige Kilometer von Miassa entfernte Schule in Woischine besuchten. Im Frühling dieses Jahres fand in Miassa eine Sitzung des Schulvorstandes statt, in welcher der Landrat des Kreises mit der Forderung auftrat, die Schule in Miassa zu vergrößern und eine zweite Klasse für die protestantischen Kinder zu eröffnen. Der Schulvorstand, der zum größten Teil aus Polen bestand, sträubte sich anfangs gegen das Verlangen des Landrats, da er fühlte, daß es sich um einen Anschlag auf den katholischen Charakter der Schule handelte. Erst als der Landrat drohte, daß die Regierung der Gemeinde die Beihilfe entziehen würde, erklärte sich der Vorstand mit der Schaffung einer zweiten Klasse einverstanden, wobei er jedoch die Bedingung stellte, daß auch fernerhin die katholischen Kinder die alte katholische Schule weiter besuchen sollten. Der Landrat war damit einverstanden.

Entgegen dem Versprechen des Landrats wurde mit dem Augenblick der Einrichtung einer zweiten Klasse anfangs Mai die Schule des katholischen Charakters beraubt. Die Eltern sandten ihre Kinder wie vorher in die alte katholische Schule, der Lehrer indessen sandte einen Teil derselben in die zweite Abteilung, die sich in einem anderen Gebäude befand.

Die Kinder sträubten sich hiergegen, gingen nicht in die zweite Abteilung und da der Lehrer ihnen befahl, die katholische Schule zu verlassen, hielten sie sich den ganzen Vormittag vor der Schule auf. Diese traurige Komödie wiederholte sich sechs Wochen hindurch jeden Tag. Schließlich wurden die Eltern wegen Schulverräumnis der Kinder mit Geldstrafen belegt. Die Eltern beriefen sich auf das Versprechen des Landrats und als dies nichts half, riefen sie das Gericht an.

Die Mitglieder des Schulvorstandes bezeugten vor Gericht unter ihrem Eide, der Landrat hätte ausdrücklich versprochen, daß die katholischen Kinder wie bisher die alte katholische Schule besuchen würden, und daß diese Schule auch fernerhin den katholischen Charakter bewahren werde. Es zeigte sich indessen, daß ein Vorgehen entsprechend den Versprechungen des Landrats nicht vor Strafe schützte und in zwei Instanzen bestätigte das Gericht die den Eltern auferlegte Geldstrafe. Eine bei der Regierung und dem Minister eingelegte Beschwerde blieb ebenfalls ohne Erfolg. Die Entrüstung unter der katholischen Ortsbevölkerung ist eine große, denn es scheint, als ob die Schule in Miakla schon für immer ihres katholischen Charakters beraubt sein dürfte.

Kann man sich also solchen Dingen gegenüber wundern, wenn die polnische Bevölkerung alles Vertrauen zu der Regierung und zu ihren Vertretern verloren hat?

Vor dem Gericht in Schneidemühl verteidigte auf Veranlassung des Vereins Straz Rechtsanwalt Dr. von Mieczkowski die Eltern, legte auch für sie die Revision ein. Es ist eine Sache von großer Bedeutung, denn es handelt sich um die Feststellung, ob die Behörde das Recht hat, einer Schule einen simultanen Charakter aufzuprägen, während bei Schaffung der Schule ein katholischer Charakter ausbedungen wurde. Wenn die Regierung dies auf ungelegliche Weise getan hat, dann konnte sie auch nicht die Kinder zum Besuch der Simultanschule zwingen.

Die IV. juristisch-politische Sektion des Vereins Straz.

Aus Nr. 277 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 5. Dezember 1905:

Die kulturelle Sektion des Vereins Straz.

Von der kulturellen (II.) Sektion des Vereins Straz erhalten wir nachfolgendes Kommunikat:

Vor Weihnachten!

Unsere Kaufleute bitten wir, für die polnischen Kinder nur polnische Spielsachen zu kaufen und zu empfehlen und das Publikum bitten wir, nur solche zu verlangen.

Wir machen bei dieser Gelegenheit besonders aufmerksam auf:

1. Spiele, erschienen im Verlage:

- a) Von Joseph Chociżewski in Gnesen und zwar — „Die Reise in polnischen Landen.“ Ein geographisches Spiel.
- „Lech“ — ein historisches Spiel. (billig.)

b) Von Seyfarth und Czajkowski in Lemberg:

„Piast“. Ein historisches Spiel mit ausführlichen Beschreibungen, Preis 3 Mk.

c) Von K. Ignatowicz in Posen: „Rej“. Ein literarisches Spiel.

d) Von A. J. Wisniakowski u. Co. in Warschau, Spitalstr. 8:

„Kennt ihr die Muttersprache!“ Ein grammatikalisches Spiel, Preis 1,60 Rubel.

2. Bogen mit polnischen Soldaten (das polnische Militär von 1815—1831). Zum Ausschneiden und Bemalen à 5 und 10 Pf. Ebenso Blicherchen erschienen im Verlage von A. J. Wlziwicz in Kolomya (Galizien).

3. Bogen mit den historischen Bauten Krakaus (das Florianstor, die St. Adalbertkirche usw.) zum Ausschneiden und Zusammenkleben à 5 Kreuzer erschienen im Verlage des Vereins zur Hebung der heimischen Industrie. — „Über die eigenen Kräfte.“ Maria Siedlecka, Krakau, Spitalstr. 7.

4. Zinnsoldaten aus dem Geschäft von:

a) Valentin Jarosz in Posen, Petriplatz: in größerem Format, Infanterie und Ulanen aus den Jahren 1815—1831 in Schachteln von 50 Pf. an.

b) Ranczynski und Oberski in Lemberg, nur in größerem Format und teurer, die Schachtel von 65 Kreuzern an und zwar folgende:

Das Heer vom Jahre 1815—1831. — Stab. — Das „Weiße Adler-Regiment.“ — Kaiserlicher Reiterei. — Das 5. Regiment der Warschauer Kinder. — Posener Reiterei. — Die Poniatowski. — Krakauer. — Grenadierregiment. — Artillerie.

c) C. Heinrichson in Nürnberg in kleinem, schmalen Format, billig, die Schachtel von 50 Pf. an:

Husaren (Polnische Flügelreiter XVI. bis XVII. Jahrhundert). — Militär aus den Zeiten des Großherzogtums Warschau 1807—1815. — Generalstab mit dem Fürsten Joseph Poniatowski und Vertretern aller Waffengattungen. — Infanterie, Senfemänner und Kavallerie aus dem Jahre 1863.

Die Sektion II des Vereins Straz.

Aus Nr. 277 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 5. Dezember 1905:

Budewitz, 3. Dezember.

Geehrte Redaktion!

Auf die Anfrage vom 1. Dezember, betreffend die Korrespondenz des Posener Tageblattes aus Budewitz, betitelt „Ist das wahr?“, ob die Polen an den erst unlängst stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen in Budewitz keinen Anteil genommen hätten, antworte ich ergebenst, daß sich in der Tat kein Pole an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt hatte und zwar aus folgenden Gründen:

Es wählten diesmal die 2. und 3. Klasse. In der 2. Klasse sollten 10 Polen stimmen, dagegen 26 Deutsche und Juden; in der 3. Klasse wählten 95 Polen, dagegen 145 Deutsche, Juden und polnische Beamte, die gezwungen waren, mit ihnen zusammen zu stimmen. In beiden Klassen war also die erdrückende Majorität auf deutscher Seite. Daß diese sich alle wie ein Mann stellen würden, darüber war nach ihrer

Erregtheit infolge der Gründung des Vereins Straz in Pudelwitz nicht zu zweifeln, besonders da die Agitation unter ihnen eine geradezu hitzige war. Wir besprachen uns mit einigen Bürgern, die die Angelegenheit der hiesigen Wahlbewegung ganz genau kennen und wir einigten uns dahin, einerseits wegen der gewissen Niederlage, andererseits wegen der Trägheit und Unlust eines großen Teils der polnischen Wähler, überhaupt nicht zu den Wahlen zu gehen und dadurch auf diese Weise unser Mißtrauensvotum über die Wählerlisten abzugeben. In diese waren außer vielen Deutschen, von denen man zweifeln konnte, ob sie die nötigen Wahlbedingungen erfüllten, eine gewisse Zahl von Eisenbahnarbeitern eingetragen, die bekanntlich einen Tagelohn von 1,80 Mk. erhalten, also zweifellos ein zu kleines Einkommen haben, um wählen zu können. Auf einen gegen die Wählerliste in der gesetzlichen Frist eingelegten Protest wurde geantwortet, daß er unbegründet gewesen wäre. Einer unserer polnischen Stadtverordneten forderte in der Stadtverordnetenversammlung, in welcher unser Protest beraten wurde, eine Erklärung darüber, weshalb jene Arbeiter in die Wählerliste eingetragen wären, da sie doch nicht nur zu wenig Einkommen hätten, sondern auch das sogenannte Bürgerrechtsgeld noch nicht bezahlt hätten.

Der Bürgermeister antwortete ihm mit der Gegenfrage, weshalb er nur Deutsche namhaft mache und auf das weitere Ersuchen, die Sache objektiv in Erwägung zu ziehen, ob er Recht hätte, erklärten sich die Stadtverordneten durch die leere Versicherung des Bürgermeisters, daß die Listen in Ordnung wären, befriedigt. Natürlich kommen in der Stadtverordnetenversammlung auf 12 Abgeordnete nur 2 Polen, also wird dieses Resultat keinen in Erstaunen versetzen. Soviel zur Klärung der Sache. (Wir danken. — Die Redaktion.)

Aus Nr. 276 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 3. Dezember 1905:

Eine neue Landbank.

Crone a. Brahe, 1. Dezember.

Gestern wurde bei uns eine Landbank gegründet. Der Anteil beträgt 50 Mark, die Haftung für ihn für Kreditzwecke 300 Mark. Jede Person kann bis 250 Anteile erwerben.

Die Versammlung war zahlreich besucht. Die Beratungen dauerten von 5 Uhr Nachmittags fast bis Mitternacht. Den Vorsitz führte der praktische Arzt Dr. Szufalski, das Protokoll schrieb Herr Rechtsanwalt Dr. Englich. Sehr viel sprach Herr Apotheker Mizinski. Die Beratungen über die 43 Paragraphen der Statuten und die Abstimmung über jeden einzelnen derselben nahmen viel Zeit in Anspruch und doch war die Vorname dieser Handlung eine sehr vorsichtige und gewissenhafte.

Als Veröffentlichungsorgan für die Bilanzen wurde die Gazeta Grudziądzka gewählt und, falls man in dieser Zeitung nicht veröffentlichen könnte, der Deutsche Reichsanzeiger.

Vorgeschlagen waren auch noch der Bielgrzym und der Dziennik Kujawski. Der Postemp und der Wielkopolskanin erhielten nicht die Stimmenmehrheit.

Nach Annahme der Statuten traten 117 Personen der Bank als Genossen bei, bezahlten das Eintrittsgeld usw. und es sind hierdurch in der ersten konstituierenden Versammlung $117 \times 300 = 35\,100$ Mark garantiert worden.

Diese 117 Inhaber von Anteilscheinen wählten drei Vorstands- und 9 Aufsichtsratsmitglieder.

Herr Dr. Szufalski gebührt Anerkennung für seine meisterhafte Führung des Vorsitzes und meisterhafte Leitung der Verhandlungen.

Schade, daß diese allgemeine Befriedigung ein wenig durch das Gerücht getrübt wurde, es befänden sich unter den in den Vorstand und in den Aufsichtsrat Gewählten je eine Person, von denen die eine ihr Gut der Ansiedelungskommission verkauft hätte, während die zweite ihr Grundstück einem Hafatisten überlassen hätte, der es dann an die Ansiedelungskommission weiter gegeben hätte.

Ich führe absichtlich nicht die Namen aller in den Vorstand und in den Aufsichtsrat gewählten Personen an, ich nenne überhaupt keinen, um, wenn sich das Gerücht als unbegründet herausstellen sollte, nicht zum Widerruf gezwungen zu werden.

Möglich, daß jemand aus Crone zu dieser Sache das Wort ergreifen oder die Gerüchte sachlich widerlegen würde, worüber sich Schreiber dieser Zeilen am allermeisten freuen würde.

Aus Nr. 276 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 3. Dezember 1905:

Landshacher.

Man berichtet uns, daß der Besitzer Egedius Nawrot aus Bukownica, Kreis Schildberg, mit der Ansiedelungskommission über den Verkauf seines Grundstücks in Unterhandlung steht. Bukownica ist ein rein polnisches Dorf. Falls der Vertrag abgeschlossen wird, werden viele Bauern in die Fußtapfen des Nawrot treten. Am Montag soll die Sache entschieden werden.

Es ist schrecklich, daran zu denken, was daraus werden soll, wenn auch die Landleute die vaterländische Erde weiter verschachern werden.

Aus Nr. 272 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 29. November 1905:

Öffentliche Fonds.

Mit welchem Wohlbehagen und mit welcher Freude schauen wir heute bei Gelegenheit von Hochzeitsfestlichkeiten auf die Hunderte von Kosciuszko-Telegrammen, unter denen nur selten staatliche Telegramme zu sehen sind. Und doch, als vor weniger als 10 Jahren eine Zahl verdienter, gutwilliger und sehr patriotischer Personen bei uns nach dem Muster der Tschechen die Nationaltelegramme einführen wollte, auf welchen unglaublichen Mangel an Anerkennung stieß die Einführung bei unserer Volksgesamtheit. Es hatte den Anschein, als ob sich die Sache nicht durchführen lassen würde und dennoch haben wir, Dank der Ausdauer und dem von Oben kommenden guten Beispiel, der preußischen Post Hunderte von Mark entrisen und mit diesen unsere nationalen Institute bereichert. Und so hat unsere Volksgesamtheit einen weiteren Schritt auf der Straße der Opferwilligkeit für die Sache des Vaterlandes gemacht, aber man darf bei den immer trauriger werdenden Verhältnissen nicht auf dem Fleck stehen bleiben, man muß weiter vorwärts gehen und nicht nur einen, sondern sogar zwei Schritte. Ich denke hierbei an die Gratulationen zu den Namenstagen und an die Fahrt III. Klasse. Ebenso wie wir nach dem Muster der deutschen Gewohnheit gelegentlich der Neujahrsgatulationen eine gewisse Summe zu irgend einem wohlthätigen Zweck spenden, ebenso müssen wir jedes Jahr an Stelle der Gratulationen zu den Namenstagen irgend einem nationalen Institut einige Mark zukommen lassen, wir würden auf diese Weise Tausende sammeln.

Warum sollen wir jemandem als Beweis dafür, daß wir an ihn denken, eine Visitenkarte mit darauf gedrucktem *B. p. i.* senden! Ich für meine Person verzichte vollständig auf die mir zum Namenstage gesandten Wünsche unter der Bedingung, daß jene Personen, die mir solche alljährlich gesandt haben, eine Gabe für einen nationalen Zweck spenden. Ich denke natürlich nicht an die allernächsten Verwandten, mit denen man eine ständige Korrespondenz und einen ständigen Briefwechsel unterhält; in solchen Fällen ist das Über senden von Glückwünschen sogar notwendig, um die Familienbeziehungen aufrecht zu erhalten.

Ein jeder erhält etwa 100 Glückwünsche zu seinem Namenstage und ebensoviele versendet er jedes Jahr. Jede Über sendung eines Glückwunsches kostet mit Briefumschlag, Marke, Visitenkarte gegen 10 Pfg., dies sind also im Laufe eines Jahres nutzlos weggeworfene 10 Mk. Wenn man nur 500 polnische Häuser in Rechnung zieht, so macht dies die ansehnliche Summe von 5000 Mk. aus. Wie viel Gutes könnte man damit unserer armen Volks gesamtheit erweisen! Ich bitte dies doch zu überlegen!

Jetzt zur Fahrt III. Klasse. Ich kenne viele Personen, die infolge der achtungswerten Idee, die preußische Eisenbahnverwaltung nicht zu unterstützen, trotzdem sie es dazu haben, nicht II. oder I. Klasse, sondern stets III. Klasse fahren; leider ist aber die Zahl dieser Personen, die es verstehen, sich über das Niveau der menschlichen Eitelkeit zu erheben, sehr gering. Es giebt solche, die sich dessen geradezu schämen, andern fehlt wieder die Initiative, es handelt sich also darum, der schwachen menschlichen Natur ein Zugeständnis zu machen. Wäre es vielleicht nicht angebracht, Medaillen mit der Aufschrift zu prägen: „Für die Liebe zum Vaterlande“. Diese Medaillen würden wir so befestigt tragen, daß sie während der Reise sichtbar wären.

Wenn wir in der III. Klasse fahren, ist die Gesellschaft der Mitpassagiere ja manchmal recht unangenehm, um wieviel erträglicher würde sie sein, wenn wir auf den ersten Blick an den angestrichelten Medaillen unsere Landsleute erkennen und dann empfinden würden, daß die gleiche erhabene Idee uns in die Gesellschaft von Juden und schlecht erzogenen Leuten geführt hat. Der Preis der Medaillen müßte indeß ein ziemlich hoher sein, etwa 30—50 Mark pro Stück, denn es wäre nur eine einmalige Ausgabe für das ganze Leben, also könnte man auch eine größere Summe spenden.

Und wenn wir dann wieder Tausende polnischen Geldes eingenommen haben, dann könnten wir dafür einen Brustwall ausgewählter Arbeiter auf nationalem Gebiete erziehen — und was wäre dies im Vergleich zu dieser kleinen Mühe, einige Stunden auf den harten Bänken III. Klasse zu sitzen! Also gutwillige Leute! zwei Schritte vorwärts! Diese zwei Gedanken einer warmen Patriotin mögen kräftigere Hände in die Hand nehmen und mögen sie sie in die Tat umsetzen, um unsere arme Volks gesamtheit hochzubringen.

R. M.

Aus Nr. 276 des *Goniec Wielkopolski* (Posen)
vom 3. Dezember 1905:

Wollstein.

Einem Landsmann, der etwas Kapital besitzt, bietet sich Gelegenheit, ein ordentliches Getreidegeschäft in Wollstein zu erwerben. Ein nüchterner, rechtschaffener Pole mit Kapital würde eine glänzende

Existenz haben. Bemerkt muß werden, daß die Aus sichten um so bessere sind, als die hiesige deutsche „Genossenschaft“ Pleite gemacht hat.

Einer, der die Verhältnisse gut kennt.

Aus Nr. 49 der *Pokraka* (Posen)

vom 3. Dezember 1905:

Frau Man . . . vom Wilhelmsplatz sah man, wie sie aus einem fremden Laden heraustrat. Hat sie dort etwas gekauft?

Ein Fahrenjunker des Jersitzer Sokolvereins kaufte Putzartikel in der „große Fabrik“, denn beim „Seinen“ (d. i. beim Polen) waren sie ihm zu teuer. Hahi!

Der Maler Herr Stefan G. ist in einen deutschen Verein, den sogenannten Athletenklub, eingetreten. Weshalb besucht er die Turnübungen des Sokols nicht weiter? Will er seine Kräfte nicht für die „Seinen“ dressieren, oder ist ihm das Amüsement mit Hasen lieber?

Wongrowitz.

Unsre Damen und Jungfrauen sind unverbesserlich. Wieder beginnen sie, wie früher, in fremde Läden hineinzugucken, obgleich sie genug eigene in jeder Branche haben. Gehen die Damen mit Gewalt darauf aus, gemeinsam mit den Hakatisten und Juden ihre Brüder — Landsleute auszuhungern, d. i. ihr eigenes Blut?

Hohenfalza.

Frau Racz. besucht oft fremde Läden, da ihr bei den Landsleuten nichts gefällt. Wie denn nun, wenn es den Ihrigen nicht gefiele, die Wagen ihres Mannes zum Warentransport zu benutzen? Herr Brzoza mahnt in Versammlungen: „Der Landsmann zum Landsmann!“ Weshalb nimmt er denn selbst das Papier nicht von den Seinen?

Buř.

Fräulein R. erledigt ihre Einkäufe als Modistin in fremden Geschäften. — Ein gewisser Kavaliere kaufte eine Livree bei einem Posener Semiten. Eine frühere Sokolistin, Fräulein Hedwig, schwärmt für einen ägyptischen „Pompilius“, und die Friseurin Fräulein Eva gleichfalls. Die Herren Tischler, Böttcher und andere Holzarbeiter nehmen Beschlüge beim Fremden; etwa deshalb, weil er sie mit einer Zigarre beschenkt?

Schrimm.

Herr Edmund Mularski soll Sachen beim Nichtlandsmann kaufen. Ei, ist das wahr?

Gnesen.

Fräulein R. H. aus Mogilno gönnt bei Einkäufen den Ihrigen (Landsleuten) nichts, obgleich sie anderen so schön vorzuziehen weiß.

Gnesen.

Der Leiter einer polnischen Mützenfirma bestellte einen Anzug in Jerusalem. (Jetzt trägt er ihn wohl schon? Red. —) Wo haben die Damen Bukalska, Bogacka und Kowalska Kleiderstoff gekauft? Frau Sikowska läßt Kleider in einem fremden Magazin nähen. Die Frau Apotheker hat sich Pelzwerk bis aus der Hauptstadt Schlesiens besorgt, als gäbe es hier in Gnesen keinen landsmännischen Kürschner, (der wohl auch nicht teurer wäre) und wo hat sie die Anzüge für die Kinder gekauft? Ach, es zieht schon vor, sich in die Zunge zu beißen.

Aurelie Trajtkiewicz.

Schwerzenz.

Nicht angenehm ist es, Särge für unsre stets zu frühzeitig verstorbenen Lieben zu kaufen; aber einen hundertmal schlimmeren Eindruck macht es auf die Umgebung, die Nachbarn, die Landsleute, wenn ein Pole und Katholik diese letzte Stätte für den abgestorbenen Körper bei Fremden, noch dazu bei Evangelischen kauft. Ich sehe das geradezu für eine Profanation des geweihten Orts, des Kirchhofs, an. Würde es ein Andersgläubiger wagen, einen Sarg bei einem Katholiken zu kaufen? Was würde der Pastor oder der Rabbiner dazu sagen? Und bei uns geschieht das und noch dazu ziemlich oft! So war es z. B. bei dem verstorbenen Graff und bei G. und L., die sogar bis von Posen her jene Häuschen besorgten, indem sie sogar 10 bis 15 Mark mehr bezahlten. Und es geschieht bis heutigen Tages! Grauensvoll!

In Argenau haben zwei Trauungen stattgefunden, die des Fräuleins S. B. mit Herrn B. einem Deutschkatholiken. (Ein Deutscher kann doch auch Katholik sein. Die Auslassung des Korrespondenten ist uns mithin nicht klar. Daß Herr B. nicht evangelisch ist, beweist doch der Umstand, daß er in der katholischen Kirche sich hat trauen lassen. Red.) und der Tochter des Fleischermeisters Herrn S. Dort wurden jüdische Wagen, hier die Möbel von einem Hafatisten bezogen. Auch der Maurermeister Herr S. G. bezog Möbel von einem „Hafen“ und wir haben hier doch ein polnisches Möbelmagazin, wo eine große Auswahl ist und die Preise wohlfeile sind.

Der große Herr aus Stoykowo mit dem Beinamen „Um Gottes Willen“ kaufte Lebensmittel bei einem Hafatisten, denn bei dem Seinen (Landsmann) ist ihm alles . . .

Rogasen.

Fräulein D. hat ein gewisses Anglein in einem mosaischen Geschäft gesehen. Auch mögen sich gewisse Dämchen nicht so sehr an den Doktor herannachen; denn er wird bald erkennen, daß sie ihre Schühchen nicht von den Ihren (Landsmann) bezogen haben.

Pleschen.

Frau Pawl. geht mit ihrem Töchterchen in eine fremde Konditorei. Es ist das sehr merkwürdig, da ihr Mann für einen sehr guten Polen gilt. Die Herren Szczygl. und Sckor. stärken sich mit Gerstensaft in fremden Lokalen. Sollte das wegen jener Hebe geschehen?

Krotoschin.

Aus welchem Anlaß gehen polnische Jungfräulein, z. B. Fräulein Ciemier. aus Konarzewo und Fräulein Chmielewska in Kaufhäuser nach verschiedenen Kleinigkeiten und Tand? Haben wir denn zu wenig polnische Geschäfte?

Bartschin.

Auch in unserm Bartschin kauft man wie früher auch jetzt Waren bei Fremden, wie z. B. der Großmeister Herr H. beim Jzig. Dem Töchterchen wiederum gestattet man, Vergnügungen des Frauenvereins zu besuchen, obgleich man sie dort wie Eindringlinge behandelt. Weshalb sollen unsre Vereine Vergnügen veranstalten, da doch dort die Damen so wenig zu sehen sind? Beweis: Das Sokolvergnügen!

Aus Nr. 275 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 2. Dezember 1905:

Stadtverordnete und Ostmarkenverein.

Es ist uns bekannt, daß der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins an die Stadtbehörden in Deutschland ein Zirkular versandt hat, in welchem er anführt, daß die polnische Frage infolge der bekannten Vorkommnisse in Rußland eine brennende geworden sei, und daß die preussische Regierung den Bestrebungen der Polen gegenüber, die auf die Schaffung eines einheitlichen polnischen Staates hinzielen, ratlos gegenüberstehe. Der Hauptvorstand fordert weiter alle deutschen Städte auf, dem Ostmarkenvereine als Mitglieder beizutreten, denn nur eine schnelle materielle Hilfe könne den Ostmarkenverein zu einem erfolgreichen Kampf gegen das polnische Element befähigen.

Die Städte Göttingen, Hannover und Saarbrücken sind schon als Mitglieder beigetreten.

Ein derartiges Zirkular wurde auch dem Magistrat in Zittau in Sachsen übersandt und der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt. Einen Tag vor jener Versammlung schrieb die Zittauer Morgenzeitung u. a.:

Nur der Ostmarkenverein und die Regierung haben die unerträglichen Verhältnisse im Osten veranlaßt, denn die Polen konnten sich vorher mit den Deutschen sehr gut vertragen. Eine ganze Reihe von Deutschen hält den Ostmarkenverein für eine schädliche Institution und für ein Werkzeug des am meisten zurückgebliebenen Junkertums. Auch wir und der größte Teil der steuerzahlenden Bürger denken ebenso und

es wäre eine Verhöhnung der Bürger, wenn aus städtischen Fonds dem Ostmarkenverein Geschenke gegeben werden würden.

Von der Stadtverordnetenversammlung bringen wir nach der Zittauer Zeitung folgendes:

Der Referent (ein Professor) gab bekannt, daß der Magistrat beschlossen hätte, dem Ostmarkenverein mit einem jährlichen Beitrag von 50 M. beizutreten.

Die Stadtverordneten waren indessen der Meinung, daß, wenn jemand daran Schuld wäre, daß die Deutschen geschädigt würden, dies die preussische Regierung allein wäre, und daß städtische Fonds nicht zu germanisatorischen Zwecken da wären.

Der Stadtrat verteidigte den Magistratsbeschuß indem er anführte, daß der Ostmarkenverein niemals herausfordernd aufgetreten und daß er nur als Stützpunkt für die Deutschen gegründet worden wäre, daß die Deutschen sich verminderten, läge daran, daß sich zu wenig Landleute ansiedelten.

Wir — sagte jener Rat — leben gleichfalls auf ehemals slawischer Erde, aber unsere Landleute haben sich hier angesiedelt und das Land verdeutschet.“ Er führte weiter aus, daß, da man Spenden nach Österreich und Italien gesandt hätte, man diese Bitte nicht abschlagen könnte, wo es sich um das arme deutsche Volk handele.

Die Stadtverordneten waren anderer Ansicht. Einer von ihnen sagte, daß er selbst seinerzeit in den polnischen Ländern gewesen wäre und sich überzeugt hätte, daß die Polen mit den Deutschen gut zusammengelebt hätten und niemals herausfordernd aufgetreten wären; eher wäre es noch umgekehrt der Fall gewesen. Ein anderer führte an, man sollte die Gelder lieber für die Stadt verwenden als sie nach Polen schicken. Wenn der Stadtrat dem Ostmarkenverein beitreten wollte, so möchte er in seine eigene Tasche greifen, die städtischen Fonds dagegen dürften zu einem Kampfe wie ihn der Ostmarkenverein führe, nicht verwendet werden. Eine derartige Subvention würde die Verhältnisse nur noch mehr zuspitzen und wenn der deutsche Handwerker trotz der von der preussischen Regierung verausgabten Hunderten von Millionen Mark im Elend sich befindet, dann würden ihm auch die 50 M. aus Zittau nicht helfen.

Nach den vorstehenden Ausführungen wurde der Antrag abgelehnt. (Nur der Referent stimmte für den Antrag.)

Ein Kommentar zu der vorstehenden Tatsache ist wohl überflüssig. Verwunderlich ist indessen, daß überall, wo es sich um die polnische Frage handelt, lediglich besoldete Beamte über sie sprechen, die die Verhältnisse nur auf dem Papier kennen. Aber wir können überzeugt sein, daß nicht alle Deutschen so amtlich denken, und daß noch manche Stadtverordnetenversammlung dem Beispiel von Zittau folgen wird.

Das Vorgehen des Ostmarkenvereins müssen wir mit einer immer lebhafteren Arbeit auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet beantworten.

Rch.

Aus Nr. 271 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 28. November 1905:

Verbot von Vorstellungen.

Wir erfahren, daß die Behörden einiger Städte wiederum Herrn Roland die Aufführung von Theaterstücken untersagt haben, wodurch ihm große Kosten entstanden sind. Herr Roland wird gegen die betr. städtischen Behörden Entschädigungsklagen anstrengen. Bekanntlich besitzt Herr Roland eine amtliche Erlaubnis,

die er nach langen und schwierigen Prozessen erlangt hat, aber trotz dieser Erlaubnis verwehrt man es ihm, Theatervorstellungen zu geben.

Aus Nr. 274 des Wielkopolanin (Posen)

vom 1. Dezember 1905:

Granowo.

Die Germanisation im Katasteramt.

Das Gräzer Katasteramt fordert seit einiger Zeit von uns Landwirten, daß wir uns, wenn wir im Bureau zu tun haben, einen Dolmetscher mitbringen, falls wir nicht gut deutsch verstehen. Ebenso fordert man von uns, wenn wir den Landmesser an seine Arbeitsstelle führen, auch dorthin einen Dolmetscher mitzubringen, auch ein Fuhrwerk nach Grätz nach den selbmesserschen Instrumenten zu senden.

Kann uns jemand die Frage beantworten, ob diese drei Forderungen berechnigte sind, besonders da es früher nicht so gewesen ist?

Auf vorstehende Frage antworten wir, daß wir die vorstehenden Forderungen für ungerechtfertigt halten. Man muß eine Beschwerde über das Katasteramt an den Regierungspräsidenten in Posen senden. Das Katasteramt hat nicht das Recht, einen Dolmetscher und ein Fuhrwerk zu verlangen, denn jeder Katasterlandmesser erhält außer seinem Gehalt auch noch Fuhrkosten von der Regierung.

Aus Nr. 272 des Lech (Gnesen)

vom 28. November 1905:

Polnische Kinder bei den germanisatorischen Abenden in Mogilno.

Irgend eine harmlose Seele gibt im Dziennik Kujawski ihrer Verwunderung Ausdruck, daß sich in Rakosch polnische Eltern gefunden hätten, die ihre Kinder zu den germanisatorischen Unterhaltungsabenden gesandt hätten. Nach dem, was ich vor einem Monat in Mogilno persönlich gesehen habe, habe ich schon beinahe aufgehört, mich über solche häßlichen Sachen zu wundern.

Eines schönen Tages nämlich sagten dort die Lehrer der höheren Klassen der Elementarschule den Kindern, sie sollten, mit einem Zehnspfennigstück versehen, abends nach dem deutschen Vereinshaus kommen, wo der Flottenverein sie mit Hilfe von Lichtbildern mit verschiedenen Produkten der vaterländischen Kultur bekannt machen würde. Hierbei wurde gedroht, daß der, welcher nicht erscheinen würde, mit einigen Stunden Schularrest bestraft werden würde. Weniger zu bedeuten hat schon die dickfellige Rücksichtslosigkeit des Lehrers, der doch sehr gut weiß, daß manche arme Mutter für 10 Pfennige das ganze Abendessen bereitet. Ich wundere mich auch nicht über die Lehrer, aber was soll man dazu sagen, daß die Eltern der Kinder, und darunter wohlhabende und unabhängige Eltern, vor der Drohung des Lehrers ebenso erschrafen wie die dummen — Kinder. Ich bemühte mich zu erfahren, ob einer der städtischen Bürger den Mut gehabt hatte, sein Kind zu Hause zu behalten. Ich traf nur einen einzigen, einen armen Handwerker, der es verstanden hatte, daß die Drohung des Lehrers eine ungesegnete war, daß Bangemachen nicht gilt. Indessen ist es den braven Polen bisher nicht gelungen, zu verstehen, daß die Propaganda für die Dampfer und die Schule zwei völlig verschiedene Dinge sind, die sich zu einander verhalten wie die Faust zur Nase.

Der Unterhaltungsabend verlief, hauptsächlich zur Freude des Schulinspektors, vortrefflich, da die Kinder aus allen Schulen beinahe vollzählig erschienen waren. Ein schönes Beispiel boten die polnischen jungen Damen aus dem Pensionat. Dafür sahen sie deutsche Dampfer, bis an den Gürtel nackte Matrosen, hörten über die deutsche Tugend sprechen, der unsere Kinder nacheifern sollten usw.

Am Tage nach der Vorstellung zeigte es sich, daß mein armer Meister, der mit der Forderung des Lehrers nicht einverstanden gewesen war, ein besseres Verständnis für die angedrohten Schulstrafen gehabt hatte als die sozial höherstehenden Bürger. Es war nicht einmal die Rede von der Bestrafung jener Kinder, die an der Vorstellung nicht teilgenommen hatten. Und wer lachte schließlich? — Unsere Allerliebsten, hauptsächlich der Herr Schulinspektor und die ihm ähnlichen Lehrer; und mein Meisterlein machte nur eine Faust, nicht etwa dem Inspektor, sondern denen, die beim Glase Bier von Patriotismus schwagen und alles und alle kritisieren, dagegen wenn Taten notwendig sind, sich in Mäuselöcher verkriechen im Namen der hier bekannten Lösung: „Nur um Gotteswillen nicht die Deutschen reizen.“

So, ihr Herren, sitzt ihr ruhig, schlummert und schlummert immer weiter und wenn ihr aufwacht, dann kritisiert ihr alles und alle und wenn ihr alle kritisiert habt, dann schlummert ihr nach dieser Arbeit weiter und so geht es immer weiter fort. Hierdurch werdet ihr sicherlich nicht die Deutschen reizen und euch wird es aus diesem Grunde gut gehen. Aber in einem solchen Falle könnt ihr auch überzeugt sein, daß sich unter euch mehr solcher Bürger finden werden als es bisher der Fall gewesen ist, die ihre Kinder ruhig in die von protestantischen Nonnen geleiteten Spielschulen senden werden.

Es ist schwer, hier nicht bittere Worte zu schreiben, wenn man Gelegenheit gehabt hat, solche Vorgänge mit anzusehen; niemand würde sich mehr als der Schreiber dieser Zeilen freuen, wenn man die vorstehend angeführten Tatsachen ableugnen könnte.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 276 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 3. Dezember 1905:

Samplawa, den 1. Dezember.

Obgleich ich nicht der Verfasser der Korrespondenz im Dziennik Poznański, betreffend die Unterhandlungen des Herrn Rozyci mit der Ansiedelungskommission, bin, so bitte ich doch Herrn Rozyci im Auftrage einer Reihe sehr angesehener Bürger des Lößbauer Kreises um gefällige Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Ist es wahr, daß Herr Rozyci Herrn Cel. Knebel aus Dt.-Eylau den schriftlichen Auftrag gegeben hat, gegen Provision Zajoncztowo und Jakobtowo zu verkaufen ganz gleich, wem auch immer Herr Knebel das Gut verkaufen würde?

2. Was sagt Herr Rozyci dazu, daß es in Lößbau glaubwürdige Zeugen dafür gibt, daß der Hotelbesitzer Herr Arthur Goldstandt in Lößbau sich darüber beklagt hat, Herr Rozyci hätte ihm unnötiger Weise 80 Mk. Kosten verursacht. Denn als er im Auftrag des Herrn Rozyci mit der Ansiedelungskommission unterhandelte, erhielt er zur Antwort: „Wir brauchen nicht Ihre Vermittelung, denn uns ist schon eine anderweitige Vermittelung beim Kauf von Zajaczkowo und Jakobtowo zugesichert worden.“ Herr Goldstandt ärgerte sich über diese Antwort und sagte: „Wozu, hat er (R.) das

mir nicht gesagt, wenn er schon einen anderen damit beauftragt hat. Wer wird mir meine 80 Mk. Ausgaben erstatten?“

3. Herr Rozyci schreibt, daß er nur an einen Polen verkaufen würde; zählt Herr Rozyci z. B. gewisse Leute in Dt.-Eylau, die bereit sind, das Land zu verschachern, wenn sie nur verdienen können, für Polen im Sinne unserer Volksgemeinschaft?

Geistlicher Majka,

Starost des Vereins Straz für den Kreis Lößbau.

Aus Nr. 144 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 2. Dezember 1905:

Aus der Kassubei.

Schon wieder ein Verkäufer! Herr Mloizy Borzyszkowski hat Msciszewice, gegen 600 Morgen groß, an einen Deutschen verkauft. Das ist der erste Andersgläubige in diesem Dorfe. Vor vielen Jahren hat Graf Dohra Borzyszkowski, der gegenwärtig in Berent wohnt, das zur Gemeinde Msciszewice gehörige Augustowo auch an einen Deutschen verkauft, ohne es nötig gehabt zu haben; einen Teil von Augustowo haben die Polen ausgekauft. Allen Banken, denen gegenüber der Verschacherer noch Verpflichtungen hat, rate ich, ihr Geld von ihm zu fordern. Vor vier Jahren hat ein Bruder des Mloizy, Anastazy Borzyszkowski, das prächtige Amalka (Amalienhof?) ohne zwingenden Grund an einen Deutschen verkauft, aber er hat die Kirchenkasse und die Bruderschaftskasse in Sulenczyn (für das Begräbnis seiner Mutter Julianne Borzyszkowska) vergessen!

Die Familie Borzyszkowski hat schlecht daran gehandelt, daß sie ihre Güter an Deutsche verkauft hat — deshalb werden sich auch die Polen ihrer immer mit Gedanken des Vorwurfs erinnern.

Aus Nr. 143 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 30. November 1905:

Übergang eines deutschen Gutes in polnische Hände.

Herr Rozłowski hat das in Lesgiewangminnen Kreis Ragnit belegene 2000 Morgen große Rittergut für 510 000 Mk. von einem Deutschen gekauft. Das ist das erste Gut in diesem Kreise, das aus deutschen Händen in polnische Hände übergegangen ist.

Aus Nr. 145 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 5. Dezember 1905:

Aus der Lößbauer Gegend

wird uns mitgeteilt, daß man dort von einem Deutschen ein sich sehr gut rentierendes Grundstück erwerben kann, auf dem sich mit geringen Kosten eine Molkerei einrichten läßt. Ferner ist in einem Dorfe, wo viele Wirte wohnen, eine Gastwirtschaft zu erwerben. Das Gebäude ist neu erbaut und die Pacht beträgt 700 Mk. Gile tut not. Meldungen nimmt Herr Stan. Biernatowski in Bischofswalde bei Lößbau (Westpr.) entgegen.

Aus Nr. 145 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 5. Dezember 1905:

R h w a l d. (R e h w a l d e ?)

Herr Leo Pomierski von hier hat von einem Deutschen, dem Kapitän Martens, das im Kreise Neidenburg (Ostpreußen) belegene 3050 Morgen große Gut Pakzewo mit dem Vorwerk Sandob für 465 000 Mark gekauft.

Aus Nr. 145 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 5. Dezember 1905:

L e n g.

Man schreibt uns: Herr Teodor Czarnowski aus Zawady hat ein 260 Morgen großes Gut **aus fremden Händen gekauft**, und zwar von Herrn Greise aus Grenzdorf bei Mierzeszyn, Kreis Danzig. Herr Czarnowski wird das Land unter den **Seinen** parzellieren.

Aus Nr. 144 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 2. Dezember 1905:

Wackere Polen!

In dem Dorfe Braunsvalde Kreis Stuhm wohnen neun polnische Besitzer und ungefähr eben soviel deutsche Besitzer. Während der diesjährigen Ernte hat der Hagel hier allen Besitzern fast das ganze Getreide gänzlich zerschlagen. Der Herr Amtsvorsteher berief alle durch Hagel Geschädigten zusammen, zur Angabe des erlittenen Schadens. Es haben sich alle gestellt in der Hoffnung, irgend eine Unterstützung zu erhalten. Der Gemeindevorsteher hat nachher den Schaden eines jeden einzelnen abgeschätzt. Später kam auch der Herr Landrat gefahren, um den Schaden selbst zu besichtigen; er erklärte aber, daß der Kreis irgend welche Unterstützungen nicht geben werde. Der Herr Amtsvorsteher hat darauf einen Antrag an die Regierung gestellt. Die Regierung hat nun vor ungefähr zwei Wochen einen Regierungsrat nach Braunsvalde geschickt. Der Herr Regierungsrat sagte den zusammenberufenen Besitzern, die durch Hagelschlag Schaden erlitten hatten, daß er vom Herrn Minister entsandt sei. Der Herr Minister wolle den Geschädigten eine Unterstützung gewähren, aber nur unter der Bedingung, daß sowohl die Männer und Frauen sich schriftlich verpflichten, ihre Grundstücke ohne Wissen und Willen der Regierung an niemanden zu verkaufen. Diese Verpflichtung sollte dem Gericht in Stuhm übersandt und dort eingetragen werden. Alle Polen haben diesen Vorschlag mit Entrüstung zurückgewiesen, und haben gesagt, daß sie in solchem Falle auf eine Unterstützung von Seiten der Regierung verzichteten und daß sie auf solche Forderungen niemals eingehen würden. Der liebe Gott werde ihnen schon helfen. Ein deutscher Besitzer fragte, ob er sein Grundstück seinen Kindern verschreiben könne. Als er hierauf eine bejahende Antwort erhielt, unterschrieb er die Verpflichtung. Vorher machte ihn jedoch der Herr Regierungsrat einigemal darauf aufmerksam, daß er sich die Sache wohl überlegen möge, ehe er unterschreibe. Die Polen gingen ohne Unterstützung nach Hause.

Die Polen haben daran sehr recht getan, daß sie die Verpflichtung nicht unterschrieben haben, die sie zwingen würde, sich der Gnade oder Ungnade anderer zu ergeben. Denn wenn sie unterschrieben hätten, wären sie gewissermaßen nicht mehr Herren ihrer eigenen Grundstücke, denn ohne die Erlaubnis der Regierung hätten sie die Grundstücke, auch wenn sie es wollten, nicht verkaufen können.

Möge dieser Vorfall eine Warnung für andere sein.

Aus Nr. 144 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 2. Dezember 1905:

Karthaus, im November.

Schon länger denn 12 Jahre besteht hier ein polnischer Verein unter dem Namen Volksverein (Towarzystwo ludowe), der sich gut entwickelt, und dessen Mitgliederzahl von Jahr zu Jahr wächst.

Trotzdem hat Herr Vikar Reister vor drei Jahren hier einen deutschen Verein gegründet, einen sogenannten „Gesellenverein“. Und da nun im polnischen Verein die polnische Sprache herrscht, hat Geistlicher Reister bei der Gründung des „Gesellenvereins“ gesagt, daß er einen katholischen Verein gründet, da hier in Karthaus kein anderer katholischer Verein existiere. Bei der Gründung des Vereins hat Geistlicher Reister auch erklärt, daß die Verhandlungen in diesem Verein ausschließlich in deutscher Sprache geführt werden würden, die Mitglieder untereinander sich aber polnisch unterhalten könnten; später ist aber den Mitgliedern verboten worden, auch untereinander polnisch zu sprechen.

Daß das ein ausgesprochen politischer Verein und nur zum Zwecke der Germanisierung der Karthausener Parochie begründet ist, geht daraus hervor, daß gelegentlich der Fahnenweihefeier in der Propstei das deutschpatriotische Lied „Heil dir im Siegerkranz“ gesungen worden ist. Bei dieser Feier hat Geistlicher Reister u. a. gesagt: „daß der Verein zur Stütze für Thron gegründet sei“ (wörtlich in deutscher Sprache wiedergegeben. D. Red. d. G.-ll.).

Weil in der hiesigen katholischen Kirche seit altersher jeden Monat eine deutsche Predigt gehalten wird, fingen die Anhänger des „Gesellenvereins“ schon von mehr deutschen Predigten zu träumen an, doch zuerst mühte man sich bei den Kirchenwahlen, die eigenen Kandidaten zum Kirchenvorstande und zur Kirchengemeindevertretung durchzubringen. Infolgedessen haben auch die hiesigen Zentrumspartheiler eine starke Agitation entwickelt. Aber wie das Sprichwort sagt: „Der Mensch denkt und Gott lenkt“, so ging es auch den Karthausern Zentrumspartheilern.

(Über das glänzende Resultat der Wahlen zum Kirchenvorstande haben wir schon in der vorigen Nummer des Pielgrzym berichtet.)

Die Wahl der Kirchengemeindevertreter hat am vorigen Sonntag stattgefunden, bei welcher unsern Kandidaten Josef Mateja, August Ruzdrowski, Otton Goli, Antoni Wróbel, Albert Sarach, Jan Alonowski, Bernhard Bonczkowski, Jan Jotnowski und Michal Kowalewski je 158 Stimmen erhalten haben, und ihre zentrumspartheilichen Gegner je 17 Stimmen.

Aus Nr. 48 des Przyjaciół Dzieci (Kinderfreund)
vom 28. November 1905:

Beilage zu Nr. 142 des Pielgrzym (Pölpin)
vom 28. November 1905:

An die polnischen Kinder.

Auf eigenem Felde müßt ihr
Liebe Kinder Blumen sammeln!
Damit ihr, wenn das Alter kommt
Glückselige Zeiten habt.
Darum leset über die Vergangenheit
In den polnischen Büchern unserer Poeten,
Anstatt fremde eitle Schönheit zu suchen,
Lasset uns auf unseren Gefilden
Die Kränze unserer Muse suchen!
Sehet — von Polen ist nur ein Schutthaufen
Verblieben — sagt die Welt. — —
Wo haben solche Blüten
In gleicher Farbenpracht und reichem Duft
Andere Länder, andere Nationen gezeitigt,
Als diese wunderbaren polnischen Lieder?
Werfe also alle fremden Bücher fort
Und vertiefe dich im Polentum!
Nirgends gibt es ein so schmackhaftes Brot
Als auf dem väterlichen Erbteil.
Also genieße es, und du wirst
Ein tüchtiger Sohn Polens und des Himmels
werden.
Chelminski.

Aus Nr. 48 des Anioł Stróż (Schutzengel)
vom 30. November 1905:

Beilage zu Nr. 143 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 30. November 1905:

Ein altes Sprichwort.

Lobe Gott nicht in fremder Sprache,
Denn ich will dir was Altes erzählen:
**„Daß auch der Teufel hinterm Ofen
Deutsch betet!“**

Du bist schlecht beraten,
Wenn du dich mit einer fremden Sprache brütest —
Denn auch der Teufel hinterm Ofen
Nasselt sein Gebet in deutscher Sprache herunter!
Wenn deine Sprache verachtet wird,
Die Seele schwarz und das Herz noch schmutziger ist,
Betet der Teufel
Hinterm Ofen deutsch!

Doch wenn du das Land aufrichtig liebst,
Wenn du treu an der Sprache und treu am Glauben
hälst —

Dann ist selbst der Teufel hinterm Ofen
Böse und brummt in deutscher Sprache.

Wenn du auf jedes polnische Wort achtest,
Und es wieder neu belebst,
Dann will auch der Teufel hinterm Ofen
Deutsch nicht sprechen.

Mögen polnische Gebete fließen
Für das Vaterland, für die Familie,
Und der Teufel hinterm Ofen
Möge deutsch beten.

Unsere teure polnische Sprache
Wird direkt vor den Thron Gottes gelangen!
Mag höchstens der Teufel hinterm Ofen
Das Gebet in deutscher Sprache leuchten.

Janina Sedlaczkówna.

Aus Nr. 145 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 5. Dezember 1905:

Der Lehrer in Pomietzschin

ist offenbar ein großer Polenfeind. Es verletzt ihn
sogar, wenn er bei den Kindern in der Schule Bücher
sieht, die die Gaz. Grudz. zum Umschlage haben, denn
er reißt die Gaz. Grudz. gleich von den Büchern her-
unter. Daraus kann man ersehen, daß die Gaz. Grudz.
eine gute Verbreiterin des Polentums ist. Um so
mehr muß man sie also verbreiten.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 96 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 1. Dezember 1905:

Das Zentrum und die Polen.

Aus geistlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Als die nationale Bewegung in Oberschlesien noch
schwach und nicht organisiert war, als wir noch keine
besondere Wahlbehörde hatten, da erledigte der General-
stab des Zentrums kurzer Hand die strittigen ober-
schlesischen Fragen. Als vor der Zentrumsversammlung
in Ratibor die hinter den Nowiny Raciborskie stehenden
Vertrauensmänner in der Versammlung energisch die
Gleichberechtigung der polnischen und deutschen Zentrums-
leute forderten, da wurde diese Forderung ganz und
gar geringgeschätzt. Als polnische Blätter Oberschlesiens,
die damals noch die Zentrumspartei unterstützten, sich
erdreisteten, von den nationalen Rechten der Ober-
schlesier zu schreiben, da trat einer der Hauptführer
der Zentrumspartei (Dr. Porisch) in der Versammlung
der Breslauer Zentrumsleute am 26. November 1895
der nationalen Bewegung scharf entgegen, indem er
die kategorische Erklärung abgab, daß die polnische
Frage in Oberschlesien einzig eine Sprachenfrage ohne
die geringste nationale Beimischung sei.

Jetzt haben die Führer des Zentrumsstabes in
Breslau die Phantasie verloren, und, da sie selbst das
Wort nicht ergreifen, senden sie ihre Offiziere aus, die
sich mit der polnischen Frage in Oberschlesien abfinden
sollen. So hielt ein Redakteur der Schles. Volksztg.,
Herr Bürkner, in einer Versammlung der Breslauer
Zentrumsleute eine Rede über die politische Lage in
Schlesien. Früher forderte der Generalstab des
Zentrums in Breslau, daß sich jede polnische Zeitung
selbst mit seinen Ulfen bekannt mache, jetzt übersenden
sie gnädigst unter Kreuzband ihre politischen Drafel-
sprüche, und sie quittieren freundlichst im Briefkasten
der Redaktion für Anerkennungen, wenn sie solche —
natürlich deutscherseits — erhalten haben, denn ein
Pole kann keineswegs mit den gegenwärtigen Gelüsten
der Breslauer kommandierenden Generale einverstanden
sein. Herr Bürkner ist ein schlechter Statistiker; man
kann schon heut sagen, daß er den Krieg verloren hat,
denn er berechnet seine eigene Streitkräfte und die
des Gegners schlecht, und sündigt durch den gutherzigen
Glauben an die Hilfe des listigen konservativen Bundes-
genossen.

„Da haben wir vor uns eine Tabelle, die das
Stimmenverhältnis der verschiedenen Parteien in
Schlesien darstellt,“ — so rief Herr Bürkner mit der
Miene eines großen Statistikers in der Versammlung
aus. So wurden für das Zentrum im Jahre 1903
200 000 Stimmen abgegeben. Das Zentrum marschiert
also an der Spitze aller schlesischen Parteien. Die
drittstärkste Partei bilden die Konservativen mit
130 700 Stimmen, und die Polen haben nur 40 000
Stimmen. Wenn sich also das katholische Zentrum

mit den protestantischen Konservativen verbindet, wird es nach dem Dastürhalten des Herrn Bürkner die polnisch-nationale Bewegung unterdrücken. Der ausgezeichnete Statistiker von der Schles. Volksztg. hat nur vergessen, daß Stimmen auf dem Papier etwas anderes sind als die aus lebenden Brüsten sich entringenden Stimmen. Das polnische Volk schloß sich der Zentrumsparlei nur deshalb an, weil diese im Kulturkampf die Lösung aufgestellt hat: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht.“ Die protestantischen Konservativen mit ihrer katolischen Schles. Zeitung an der Spitze waren im Kulturkampf und sind bis heut Gegner unseres katholischen Glaubens, sie treten unsere nationalen und bürgerlichen Rechte mit Füßen, indem sie allen Ausnahmegesetzen der preussischen Regierung gegen die Polen zustimmen. Wenn das polnische Volk bemerkt wird, daß sich das Zentrum mit seinen Feinden verbrüderet, daß es also seiner erhabenen Lösung: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ untreu geworden ist, dann wird es sich haufenweise vom Zentrum abwenden, und dann werden nur auf dem Papier die 200 000 Stimmen stehen bleiben, in Wirklichkeit aber wird ihre Zahl auf 70 000 Stimmen, oder noch mehr herabsinken, während sich die Zahl der polnischen Partei im Laufe der Zeit nach meiner Berechnung auf 160 000 Stimmen erhöhen wird. Wenn die schlauen konservativen Bundesgenossen die Schwäche der im Grunde des Herzens verhassten Zentrumsparlei sehen, werden sie ihr einen Fußtritt versetzen und mit Hilfe des Wischmasches das Zentrumsheer vollständig aufreiben. Im Jahre 1903 gingen die Zentrumsleute im Kreise Namslau bei der Reichstagswahl mit den Konservativen ein Kompromiß unter der Bedingung ein, daß ihnen die Konservativen bei der Reichstagswahl ein Mandat abtreten würden. Bei der Reichstagswahl nahmen die Konservativen die Hilfe des Zentrums an, bei der Landtagswahl aber erteilten sie ihnen eine beleidigende Antwort. Eine solche Dankbarkeit für seine Schmeicheleien der konservativen Partei gegenüber wird das Zentrum überall ernten. Allmählich werden die Deutschkatholiken in den Armen des Wischmaches verschwinden, und verschwinden wird auch die Zentrumsparlei aus Oberschlesien.

Herr Bürkner berücksichtigt auch das nicht, daß sich die Zentrumsparlei in Oberschlesien nicht nur durch das polnische Volk, sondern auch durch die Geistlichkeit behauptet hat. Mit Recht hat die Gazeta Opolska bemerkt, daß sich die ober-schlesischen Geistlichen, die für das polnische Volk Gerechtigkeit verlangen, — und ihre Schar, zu der sich auch der Verfasser dieses Artikels zählt, ist erheblich — mit einem solchen Standpunkt des Hauptkommandos in Breslau auf keinen Fall einverstanden erklären werden. Genug der politischen Unterwürfigkeit der Geistlichkeit unter die politischen Führer in Breslau, die unsere Verhältnisse nicht kennen und fortwährend einen Keil zwischen das gläubige Volk und die Geistlichkeit hineintreiben. Die Zentrumsparlei wurde ganze Jahre hindurch in der Weise getrieben, daß jetzt die Geistlichen in Vereinen gar keinen Einfluß besitzen trotz des guten Willen, sich dem Volke dienlich zu erweisen. Bei den letzten Wahlen wurden die Geistlichen zum Kampf gegen die polnische Bewegung gedrängt — und jetzt liegen die Geistlichen auf dem Kampfplatze als moralische und politische Leichen da. Um den Einfluß der Geistlichen auf das Volk vollends zu vernichten, um die Geistlichen mit dem Volke vollends zu entzweien, verlangt der Breslauer Statistiker, Herr Bürkner, der katholische Geistliche solle das katholische Volk zu einem Bündnis mit seinen größten Feinden, mit den lutherischen Konservativen drängen, die auf Schritt und Tritt die

Rechte des polnischen Volkes mit Füßen treten. Daß die Geistlichen diesen Selbstmord begehen, das dürfen die kommandierenden Generale in Breslau nicht erwarten; der Geistlichkeit kommt dieses Kommando aus Breslau schon zum Halse heraus. Uns verknüpft mit unserem polnischen Volke der eine katholische Glaube, und dieser ist uns lieber, als der „gemeinsame Glaube an den Erlöser“ mit lutherischen Deutschen, denen Herr Bürkner schmeichelt. Die protestantischen Konservativen würden uns in ihrem Innern auslachen, das katholische Volk aber würde an uns Ärger nehmen und würde uns mit Recht verachten. Nein, nicht in einem Bündnis mit den protestantischen Konservativen, wie Herr Bürkner irrtümlich glaubt, sondern in der Freundschaft mit unserer polnischen Volkspartei besteht die Rettung sowohl für die Zentrumsparlei, als auch für unser polnisches Volk. Das Zentrum ist eine katholische Partei, und ebenso die polnische nationale Partei. Diese Parteien verknüpft die gleiche Anschauung in kirchlichen Angelegenheiten, und es scheidet sie nur die Verschiedenheit der Nationalität. Auf religiöser und kirchlicher Grundlage kann und muß man ein Bündnis suchen, auf nationaler Grundlage aber muß man sich von Gerechtigkeit leiten lassen und gegenseitige Verständigung suchen. Zentrumsblätter mit einem politischen Sinn, der wie die kölnische Volkszeitung nicht von katolischen Chauvinismus angehaucht ist, erkannten in der nationalen Bewegung Oberschlesiens einen berechtigten Kern und stellten die Forderung auf, daß das Zentrum angesichts der neuen Entwicklung der schlesischen Frage Umsicht bewahren und sich mit der neuen Gestaltung der Dinge in Einklang zu setzen suchen solle. Hier steht das Zentrum vor einem: entweder — oder. Entweder wird das Zentrum die polnischen Katholiken und die polnische Partei von sich weisen, sich dadurch machtlos machen und den Katholizismus der Deutschen dem Protestantismus als Beute überlassen, oder es wird auf der Grundlage der Gerechtigkeit mit der neuen polnischen Partei ein Bündnis eingehen, seinen Einfluß retten und die Deutschkatholiken den Händen des bekennungslosen „Wischmaches“ entreißen. Tertium non datur. Dessen mögen die Politiker in Breslau sicher sein, daß sich die ober-schlesische Geistlichkeit nicht als Treiber des polnisch-katholischen Volks in ein Lager hineinziehen lassen wird, welches sich aus einem deutsch-katholisch-evangelischen Wischmasch zusammensetzt.

In diesen Tagen fand eine große Versammlung des Verbands gegenseitiger Hilfe in Beuthen statt, in welcher einmütig Redakteure aller Zeitungen verschiedener politischer Schattierungen sprachen, und diese Einmütigkeit rief unter den Versammelten eine große Begeisterung und Hoffnung auf die Zukunft hervor. Wir besitzen also im polnischen Lager Einmütigkeit, und in dieser Einmütigkeit aller polnischen Blätter mit dem polnischen Volk ruht eine Riesenkraft. Hier ist ein festes Fundament, auf welches sich die Geistlichkeit ruhig stützen kann. Die Geistlichen wären wohl des Verstandes beraubt, wenn sie dieses einige polnische Lager geringschätzen und auf die Seitenwege und Moräste des Zentrumsbündnisses mit den protestantischen Konservativen gehen würden. Nein, diesen politischen unvernünftigen Schritt kann die Geistlichkeit schon mit Rücksicht auf ihr eigenes Interesse nicht tun, abgesehen von dem Umstande, daß die Mehrzahl der Geistlichen in Oberschlesien gerade von diesem polnischen Volke abstammt, das sich jetzt einmütig zur Verteidigung seiner religiösen, nationalen und materiellen Rechte in einem Lager organisiert.

Geistlicher K. J. J.

Anmerkung der Redaktion: Die Schlesische Volkszeitung bemerkt wiederholt, daß mit der Rede des Herrn Bürkner das Provinzialkomitee des Zentrums,

daß bezüglich des Verhältnisses der Zentrumsparlei zu den Polen noch keinen Standpunkt eingenommen habe, nichts gemein hat.

Andererseits bemerkte jedoch die Schles. Volksztg. in einem ihrer Artikel, daß die Rede Herrn Bürtners allseitige Anerkennung gefunden habe, woraus man schließen muß, daß auch ihre Leser, zu denen in erster Linie die Führer der schlesischen Zentrumsparlei gehören, die Auffassungen des Herrn Bürtner teilen.

Aus Nr. 277 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 2. Dezember 1905:

Betrifft den Abgeordneten Krolif.

Der Abgeordnete Krolif ist aus der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages ausgetreten. Manche Blätter haben schon die weitere Nachricht gebracht, daß Herr Krolif jetzt der Berliner polnischen Fraktion beitreten wird.

Uns scheint es, daß ein solcher Schritt des Herrn Krolif irrig und falsch wäre. Es ist richtig, daß Herr Krolif mit polnischen Stimmen gewählt wurde, und daß ihn darum die polnische Fraktion ohne Skrupeln in ihren Kreis aufnehmen könnte. Jedenfalls aber könnte ein solches Übertreten aus einer Partei in die andere die Zentrumsleute zu der Behauptung ermächtigen, daß sie einem polnischen Abgeordneten zum Siege verholfen hätten.

Ist doch Herr Krolif unter der Parole des Zentrums gewählt worden; das Zentrumskomitee und das Kreiskomitee hatten ihn zu ihrem offiziellen Kandidaten ernannt. Als solchen betrachteten ihn der Katolik, wie auch wir, als wir mit dem Katolik kämpften und die Kandidatur des Herrn Krolif bekämpften. Bei der damaligen Wahl handelte es sich keineswegs um die Person des Herrn Krolif, sondern um die Lösungen, unter welchen man ihn wählte und seine Wahl vollzogen hat.

In Anbetracht alles dieses hat Herr Krolif unseres Erachtens nicht das geringste Recht, mit dem ihm anvertrauten Mandat nach Belieben zu schalten und zu walten, sondern es ist, nachdem er einmal aus der Zentrumsparlei ausgeschieden ist, seine Pflicht, das Mandat in die Hände derjenigen niederzulegen, von denen er es erhalten hat. Da er es vom Zentrum erhalten hat, so hat er es den Zentrumsleuten wieder abzugeben, es dann von den Polen wieder zurückzunehmen und der polnischen Fraktion als Abgeordneter beizutreten.

Eben jetzt ist der entscheidende Augenblick gekommen, in welchem der Katolik den Beweis liefern muß, daß er auf polnischem Standpunkt steht, nicht auf dem des Zentrums. Der Abgeordnete Krolif sollte nach Niederlegung des Mandats von neuem kandidieren, jedoch als Kandidat unserer Wahlbehörden, mithin des Zentral-Wahlkomitees und des polnischen Wahlkomitees für Schlesien.

Erst wenn dies erfolgt sein wird, wird unsere nationale Politik normale Bahnen betreten. Wenn der Katolik die Kandidatur eines Polen aufrichtig unterstützt, wird er sich von dem Vorwurf reinigen, daß er immer noch den Zentrumsleuten den Hof macht, und die Wähler im Kreise Beuthen-Tarnowitz werden der Welt beweisen, daß auch sie die Sache begriffen haben. Wir sind nämlich fest überzeugt, daß Herr Krolif im Falle einer erneuten Kandidatur sofort bei der Hauptwahl siegen wird. Unterstützen dürften ihn wohl alle Blätter ohne Ausnahme. Der Gornoslazak wird es unbedingt tun. Wir wiederholen es hier noch einmal,

daß wir bei der Bekämpfung des Herrn Krolif vor zwei Jahren nicht ihn, sondern einzig und ausschließlich den Zentrumsmann bekämpft haben. Wenn wir Herrn Krolif hier und da persönlich angriffen, so geschah dies in der Zeit eines hitzigen und leidenschaftlichen Kampfes. Jedermann aber weiß, daß in solchen Fällen niemand mit den Kampfmitteln gewissenhaft rechnet, wenn er nur sein Ziel erreicht.

Dies letzte bemerken wir mit Rücksicht auf die Sozialdemokraten, die im Falle der Verwirklichung der von uns vorausgesehenen Vorfälle uns deswegen angreifen werden, weil wir früher Herrn Krolif bekämpften, heut ihn aber unterstützen wollen. Zur Beruhigung des roten Brüderchen erinnern wir an den Bibelspruch von der Freude über die Befehrung eines Sünders. Wir freuen uns ungemein, daß sich Herr Krolif befehrt, daß er das Zentrum abgeschüttelt hat, und daß der Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz wiederum ein polnischer Wahlkreis ist.

Unsere Ausführungen schließend, raten wir Herrn Krolif, sein Mandat niederzulegen und zur völligen Klärung der polnischen Verhältnisse in Oberschlesien beitragen zu wollen.

Aus Nr. 94 des Polak (Kattowitz)

vom 2. Dezember 1905:

Bravo!

„Bravo!“ rufen wir dem Abgeordneten Krolif zu. Bravo dafür, daß er die Reihen der Zentrumsleute verlassen hat und der polnischen Fraktion beizutreten beabsichtigt. Solange Herr Krolif es konnte, saß er im Zentrum, sich der Täuschung hingebend, daß er im Kreise dieser Partei etwas für das polnische Volk wirken können. Er täuschte sich aber nur. Herr Krolif hat die Überzeugung gewonnen, daß er, wenn er der — heut durch und durch regierungsfreundlichen — Zentrumsparlei angehören wird, von irgend einer positiven Arbeit zu gunsten des polnischen Volkes nicht die Rede sein könne.

Weiter waren die Wähler des Herrn Krolif immer unzufriedener damit, daß Herr Krolif dem heut uns feindlich gesinnten Zentrum angehört. Die nationale Bewegung drängte mit allen Kräften gegen den Abgeordneten Krolif vor, und sie verdrängte ihn aus dem Zentrum. Wenn Herr Krolif als Vorsitzender einer großer Organisation polnischer Arbeiter für das Volk arbeiten wollte, hatte er keine andere Wahl.

Mit Rücksicht auf das Wohl der polnischen Arbeiter mußte er die Reihen des Zentrums verlassen und muß sich dort niederlassen, wo ihm die nationale Pflicht zu sitzen gebietet. Die Tatsache, daß der Vorsitzende des Verbandes gegenseitiger Hilfe als Abgeordneter im Zentrum saß, schreckte unseres Erachtens Tausende von Arbeitern von dem Verbande zurück und hielt sie vom Beitritt in den Verband ab. Herr Krolif erkannte es selbst, daß ihm das Interesse der polnischen Arbeiter gebietet, die Reihen des Zentrums zu verlassen und in die polnische Fraktion überzutreten.

Durch seinen Austritt aus dem Zentrum vollführte er nicht nur eine nationale Pflicht, sondern eine wahre Bürgertat.

Die letzten von dem Verbande gegenseitiger Hilfe veranstalteten Arbeiterversammlungen haben Herrn Krolif vollends überzeugt, daß er so handeln mußte, wie er gehandelt hat. Die Zentrumsleute ärgerten sich über diese von dem Verbande einberufenen Versammlungen fürchtbar, insbesondere aber verdroß sie das, daß Herr Krolif diese Versammlungen zusammen mit Herrn Korsantny besuchte, den sie so hassen, wie dies einer

Partei durchaus nicht ziemt, die das Monopol auf den Katholizismus beansprucht. Man konnte voraussehen, daß die Zentrumsleute dem Abgeordneten Krolif wegen dieser Versammlungen einen schrecklichen Auftritt machen würden. Herr Krolif handelte aber sehr klug, daß er ihnen durch seinen Austritt aus der Zentrumspartei zuvorkam.

Jetzt werden die Zentrumsleute Herrn Krolif natürlich schmähen und beschimpfen, daß er sie verlassen habe. Sie werden behaupten, Herr Krolif hätte sein Mandat niederlegen sollen. Mögen sie schreien, wie es ihnen gefällt. Herr Krolif ist nicht von Zentrumsleuten, sondern von dem polnisch-katholischen Volke gewählt worden, denn die Zentrumsleute hatten ihren Antess und stimmten auch für diesen. Die Wähler des Herrn Krolif aber haben den heißen Wunsch, er möge der polnischen Fraktion beitreten.

Wenn er dies tun wird, so werden ihm alle dankbar sein. Die Arbeiter aber werden sehen, daß das letzte Hindernis schwindet, welches sie von dem Beitritt zum Verbands gegenseitiger Hilfe abhielt. Daher müßten sie jetzt dem Verbands sehr zahlreich beitreten, und durch die Zahl der neuen Mitglieder werden wir beweisen, daß die polnischen Arbeiter seit langem wünschen, Herr Krolif möchte unter den polnischen Abgeordneten Platz nehmen. Das Verlassen der Zentrumsreihen begründete Herr Krolif in einem ausführlichen an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Grafen Hompesch, gerichteten Schreiben. In diesem Schreiben soll er ohne Umschweife gesagt haben, daß er aus dem Zentrum deswegen ausgeschieden sei, weil es für das polnische Volk nichts getan habe und nichts tue. Darüber sind die Zentrumsblätter furchtbar entrüstet. Sie haben keinen Grund sich zu entrüsten, denn Herr Krolif hat die Wahrheit gesagt, und für seinen Bürgermut gebührt ihm Lob.

Herr Krolif wendet sich an den Vorsitzenden der polnischen Fraktion mit dem Ersuchen um Aufnahme. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ihn die polnische Fraktion aufnehmen wird, denn er ist erstens Pole, dann von Polen gewählt, und nur diese beiden Bedingungen sind notwendig, um Mitglied der polnischen Fraktion werden zu können.

Aus Nr. 276 des *Ogólnik* (Posen)

vom 3. Dezember 1905:

Der Abgeordnete Krolif und das Zentrum.

Die Schlesische Volkszeitung erhielt vom Zentrum in Berlin die Nachricht, daß der Abgeordnete Krolif, der im Wahlkreis Tarnowitz-Bentzen zum Reichstag gewählt worden war, durch besonderes Schreiben vom 27. November d. J. den Fraktionsvorstand von seinem Austritt aus der Zentrumspartei benachrichtigt hätte. Seinen Schritt begründet Krolif dadurch, daß er als Pole nicht dem Zentrum angehören könnte, besonders da dieses die Rechte und Interessen der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien nicht zur Genüge wahrgenommen hätte.

Aus Berlin berichtet man uns, daß der Abgeordnete Krolif bis jetzt der polnischen Fraktion noch nicht beigetreten ist. Da dies aber früher oder später erfolgen wird, wird Oberschlesien in der polnischen Fraktion durch zwei geborene Oberschlesier vertreten sein.

Der Austritt des Abgeordneten Krolif hat die Zentrumspresse in Schlesien sehr aufgebracht und diese Wut zeigt am besten, wie wenig Verständnis das Zentrum für die Nationalitätsidee und für ihre reale Beschaffenheit hat. Das ober-schlesische Volk ist in ihren Augen nicht ein polnisches Element, sondern nur

ein katholisches Element und muß aus diesem Grunde — nach ihrer Ansicht — unter dem Kommando der deutschen Zentrumsleute stehen. Für sich selbst nimmt das Zentrum das Recht in Anspruch, einen nationalen, nämlich den deutschen Standpunkt einzunehmen; dem ober-schlesischen Volke dagegen erkennt es dasselbe Recht nicht zu. Dies bemerkte ausdrücklich Herr Chefredakteur Bärkner in Zentrumsversammlungen. Deshalb nennt auch die *Reißer Zeitung* das Vorgehen des Herrn Krolif — Verrat und ein verräterisches Vorgehen. Der Abgeordnete Krolif, der Katolik, das ober-schlesische Volk, das seine Stimme bisher dem Zentrumskandidaten gegeben hatte, alle wären Verräter!

Gut aufgefaßt hat die halbamtliche *Katolische Schlesische Zeitung* die Lage in Oberschlesien. Sie sieht voraus, daß außer diesen zwei Mandaten das Zentrum in Oberschlesien noch mehr Mandate verlieren wird, daß die Spaltung zwischen den deutschen und polnischen Katholiken immer breiter und tiefer werden wird und daß infolgedessen bei den Wahlen in Oberschlesien nicht die katholische, sondern die nationale Lösung den Vorrang haben wird. Als eine hieraus zu ziehende Konsequenz erwartet die *Schlesische Zeitung*, daß die deutschen Zentrumsleute, die bei dem polnischen Volk in Oberschlesien jeden Halt verloren haben, sich andern deutschen Parteien nähern und zunächst in Oberschlesien ein deutsches Lager schaffen werden, um dann mit vereinten Kräften die polnischen Radikalen in Oberschlesien zu bekämpfen. Sowohl die Regierung als auch die *Katoliken* streben bekanntlich in den Ostmarken danach, die deutschen Katholiken zur *Katolischen Arbeit* heranzuziehen. Dasselbe erstreben auch die *Schlesische Zeitung* und andere *Katoliken* in Oberschlesien und sie hegen die Hoffnung, daß der Abgeordnete Krolif ihnen die Arbeit erleichtern wird.

Das Zentrum befindet sich in Oberschlesien in einer schwierigen Lage; das polnische Volk, das sich immer mehr um das national-polnische Banner sammelt, wird von ihm abfallen und das deutsche Zentrum wird nicht immer mit den Konservativen und Liberalen, die das Zentrum überall in Mittel- und Niederschlesien bekämpfen, einig zusammengehen können. In mancher katholischen Angelegenheit wird es für das deutsche Zentrum von mehr Nutzen sein, sich mit der polnisch-nationalen Bewegung zu verständigen, mit dieser Bewegung, die auf katholischer Grundlage ruht, als mit den Konservativen und Liberalen. Eine solche Lage wurde schon praktisch von dem Propst Abramski in Oppeln vorgeführt, der sich nicht wegen polnischer, sondern wegen katholischer Interessen mit dem polnischen Volke vereinigte. Solche Fälle können in Oberschlesien häufiger vorkommen und ähnlich wie in Oppeln entscheidende sein.

Die Geistlichen in Oberschlesien, und zwar die Geistlichen polnischer Abstammung, werden die Achse sein, um die sich der ganze weitere Prozeß drehen wird. Die Geistlichen, die ein lebhaftes und bewußtes Empfinden für das Polentum haben, können bei diesem Prozeß sowohl der polnischen als auch der katholischen Sache in Oberschlesien einen großen Dienst leisten. Sie werden sogar die heilige Pflicht haben, darauf zu achten, daß bei dem politischen Kampfe der Parteien und bei dem Hervordringen der nationalen Bewegung die Rechte der Kirche in Oberschlesien nicht zu viel leiden möchten.

Man darf nicht daran zweifeln, daß sich mit der Zeit mehr von solchen polnischen Geistlichen finden werden, denn auch jetzt schon fehlt es dort nicht an solchen, wenn sie auch bei den politischen Kämpfen nicht hervortreten. Jetzt nach dem Siege des Abgeordneten Korfanty haben wir von einem polnischen ober-schlesischen Geistlichen umfangreiches Material er-

halten, aus dem hervorgeht, wie aufmerksam die polnischen Geistlichen die nationale Bewegung verfolgen und wie sie die Umgestaltung der Verhältnisse zwischen dieser Bewegung und dem Zentrum auffassen. Die in dem übersandten Material niedergelegten Ansichten werden wir unverzüglich unsern Lesern übermitteln.

Aus Nr. 271 des Dziennik Śląski (Beuthen D.-S.)
vom 24. November 1905:

Mehr Solidarität — mehr Aufklärung!

Im gegenwärtigen Zeitpunkte hat sich die Arbeiterbewegung etwas lebhafter gezeigt. Die durch die neue genügend bekannte Arbeitsordnung hervorgerufene Unzufriedenheit bewirkte einerseits den in Wirklichkeit verfehlten Streik im Kreise Myslowitz, andererseits hat sich eine günstige Erscheinung bemerkbar gemacht: das bewußte Streben, ein engeres Band unter den Arbeitermassen zu knüpfen.

Ein Ausdruck dieses letzten Moments war die Arbeiterversammlung in Beuthen, in welcher einstimmig zu Gunsten einer Sammlung der Kräfte, zu Gunsten der Bildung eines einzigen festen Ganzen gesprochen wurde. Es wurde beschlossen, den Beuthener „Verband gegenseitiger Hilfe“ zu unterstützen, in der Überzeugung, daß nur die Solidarität und Einmütigkeit der Arbeiter die Grundlage eines zielbewußten Entgegenarbeitens gegen die solidarische und einmütige Tätigkeit des Arbeitgeber-Verbands sein kann.

Die unmittelbare Frucht der letzten Agitationen war der Beitritt von etwa zweitausend neuen Mitgliedern zur Organisation.

Diese Tatsache ist ein günstiges Zeugnis für den praktischen Verstand des polnischen Arbeiters, und sie wird im Lager der Arbeitgeber unfehlbar einen dementsprechenden Eindruck machen.

Daraus den Schluß zu ziehen, daß die Arbeitgeber mit einem Male nachgeben werden, wäre vorzeitig. Zweitausend Arbeiter mehr — entscheiden noch nichts, daher ist es notwendig, daß die Agitation zu Gunsten des Verbands nicht aufhöre. Die Arbeiter können mit nichts besser auf die unberechtigten Forderungen der Arbeitgeber antworten, sie werden mit nichts entschiedener ihre ablehnende Stellung betonen, als dadurch, daß sie dem Verbande beitreten. Erst wenn der Verband eine wirkliche Macht sein wird, kann er den Forderungen der Arbeiter erfolgreiche Unterstützung gewähren.

Man muß sich jetzt fragen, wer diese am Sonntag im Hotel „Sassouci“ zu Beuthen und in anderen Versammlungen anwesenden Arbeiter waren?

Es waren polnische Arbeiter, in nationaler und sozialer Hinsicht aufgeklärte Arbeiter, Arbeiter, die sich über ihre Lage sowohl in politischer wie erwerblicher Beziehung klar Rechenschaft ablegen.

Dieses Bewußtsein erlangten die Arbeiter durch fleißiges Lesen polnisch-katholischer Blätter, mit einem Worte durch Aufklärung.

Ein je größeres Feld die Aufklärung erobert, je weiter sie sich ausdehnt, destomehr solch aufgeklärte Arbeiter wird es geben, destobesser wird es mit der Sache der Arbeiter selbst stehen. Daher müssen die Aufgeklärteren auf ihre Mitbrüder Einfluß ausüben und sie zum Lesen, zum Abonnieren polnischer Blätter anfeuern. Wer einen Zeitungsabonnenten gewonnen hat, der hat einen Menschen für die nationale, wie für die Arbeiterfrage gewonnen. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir den Satz aussprechen, daß eine Wohltat dem Mitbruder erweist, wer ihn zum Abonnieren eines polnischen Blattes überredet. Wenn es ein anderes,

leichteres, billigeres Mittel gäbe, welches zur Erlangung der Aufklärung diene, würden wir es empfehlen. In unseren Verhältnissen gibt es aber kein anderes Mittel, und darum wird die Zeitung der beste Lehrer und Freund unseres Arbeiters bleiben. Empfiehlt daher die polnischen Zeitungsverlage!

Zum Schluß fragen wir, warum der Arbeiter um die Verbesserung seines Loses und um die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen muß.

Ein höherer Lohn sollte für bessere Wohnung, für bessere Ernährung seiner selbst wie der Kinder, schließlich zur Depositionierung in den Volksbanken für eine trübe Stunde im Leben verwendet werden. Die Zeit dagegen sollte dem Familienleben, der Aufklärung, der Belehrung der Kinder in der Religion und polnischer Sprache geopfert werden.

In den heutigen Zeiten müßte die polnische Sprache, wo sie aus der Schule verbannt ist, zu Hause, in der Familie, dort, wo keine Verordnungen der Regierung oder der Arbeitgeber Zutritt haben, destomehr gepflegt werden. Wenn wir an dieser Stelle so häufig zur Pflege der Muttersprache mahnen, so tun wir dies deshalb, weil sie die Haktisten am liebsten von der Erdoberfläche wegiegen möchten, und weil die Erfahrung der Geschichte lehrt, daß sich der germanisierte Pole lutheranisiert, wenn nicht in der ersten Generation, so doch in den folgenden. Blicken wir auf die Karte Deutschlands! An der Elbe wohnten slawische Volksstämme; sie sind nicht mehr vorhanden, sie wurden ausgerottet, der Rest germanisierte sich, und zu welcher Religion bekennen sie sich jetzt? — Zur protestantischen.

Germanisierung ist — Protestantisierung, das darf nicht vergessen werden.

Aus Nr. 272 des Głos Śląski (Gleiwitz)

vom 26. November 1905:

Betrifft den Gleiwitzer Prozeß.

Wir haben ausführliche Berichte über den Verlauf des Gleiwitzer Prozesses gebracht, der zwei Tage hindurch vor der Strafkammer in Gleiwitz stattfand. Dieser Prozeß endete für die Angeklagten traurig und schmerzlich, denn er verhängte über sie eine Gefängnisstrafe von zusammen 6 Jahren. Das ist eine harte und große Strafe, und den Angeklagten, die wir zum größten Teil kennen und von denen wir sagen können, daß sie Menschen voll Hingabe und Aufopferung für unsere Sache sind, drücken wir unser herzlichstes Beileid aus anläßlich dessen, was sie getroffen hat. Dieses Beileid drücken wir auch ihren Familien aus.

Die Angeklagten wurden auf Grund dessen verurteilt, daß sie einen Geheimbund bildeten, was im Widerspruch mit dem preußischen Gesetz steht, daß sie Beziehungen zum Ausland unterhielten und daß sie in ihrem Geheimbund gegen die Interessen des preußischen Staats arbeiteten. Aus diesem Umstand gewann das Gericht die Überzeugung, daß sie mit ungesetzlichen Mitteln arbeiteten. Dafür traf die Angeklagten ein Strafe, die insgesamt sechs Jahre Gefängnis beträgt.

Unsere polnischen Zeitungen mahnen unablässig, daß wir bei der Verteidigung unseres nationalen Daseins im preußischen Staate auf dem Boden des Gesetzes und der preußischen Verfassung stehen sollen. Daran läßt sich nichts ändern. Die Verurteilten, Leute warmen polnischen Herzens und voll Begeisterung für die polnische Sache, besaßen nicht die genügende Sachkenntnis und die nötige politische Schulung, um zu wissen, daß eine geheime Organisation etwas ge-

wagtes und Gefährliches sei. Die Angeklagten konnten dies nicht in vollem Maße besitzen, denn sie sind Arbeiter, die für sich und für ihre Familien das Stück Brot hart verdienen müssen. Sie arbeiteten für die Sache voll Eifer und Begeisterung, sie bedienten sich dabei aber solcher Mittel, die nach preußischem Gesetz unerlaubt sind und wegen deren das preußische Gesetz straft, und wie es sich in dem Gleiwitzer Prozeß gezeigt hat, wurden sie hart bestraft.

Die Angeklagten hat das preußische Gesetz verdammte, die polnische Volksgemeinschaft kann sie nicht verurteilen, es gebührt ihnen vielmehr von Seiten unserer Volksgemeinschaft aufrichtiges Mitleid. Der Gleiwitzer Prozeß ist eine neue Lehre dafür, daß Geheimbünde, geheime Organisation ein gewagtes, gefährliches Spiel sind und in ihren Folgen empfindliche Strafen für die betreffenden Individuen heraufbeschwören können, wie dies der Gleiwitzer Prozeß bewiesen hat.

Andererseits muß hervorgehoben werden, was wir bereits anlässlich des Prozesses der Gleiwitzer Abstinenten geschrieben haben, daß wir bei uns in Oberschlesien so traurige Zustände haben, daß wir keine zu polnischen Versammlungen geeignete Säle und Räume bekommen können. Dieser Saalmangel unterdrückt unsere öffentliche Sammelarbeit. Wenn wir die nötigen Säle und Räume hätten, wäre unsere politische Schulung hinsichtlich unserer öffentlichen Sammelarbeit völlig anders. Unseres Erachtens wären solche Prozesse, wie der letzte Gleiwitzer Prozeß, ganz ausgeschlossen. Auch diese traurigen Zustände hinsichtlich des Saalmangels üben also keinen geringen Einfluß auf das Zustandekommen des Gleiwitzer Prozesses aus. Für diese traurigen Zustände ist das preußische System ebenfalls verantwortlich, welches zuläßt, daß uns die Gastwirte unter dem Druck der Polizeibehörden ihre Säle verweigern, woran die politische Schulung, die politische Aufklärung und unsere öffentliche, nationale und soziale Tätigkeit leidet. Wir haben durch die Verfassung das Versammlungs- und Vereinsrecht gewährleistet. Wir können aber von ihm nicht in vollem Maße Gebrauch machen.

Indem der Herr Vorsitzende des Gerichtshofes das Urteil begründete, tat er dies u. a. damit, daß die Geheimbünde, die den Verordnungen und Gesetzen der preußischen Regierung bezüglich der Verbreitung von Liebe zum deutschen Vaterlande und zur deutschen Kultur entgegenwirken, besonders in Oberschlesien strafbar sei, weil Oberschlesien niemals zu dem ehemaligen Königreiche Polen gehört habe.

Die Auslassung des Herrn Vorsitzenden stimmt mit den geschichtlichen Tatsachen nicht überein. Es ist bekannt, daß im Jahre 1335 in Trenčzyn ein Vertrag geschlossen wurde, auf Grund dessen der polnische König Kasimir auf die Rechte über diejenigen schlesischen Fürsten verzichtete, die der böhmischen Krone huldigen würden.

Das ist eine geschichtlich wahre Tatsache. Es schreiben davon polnische, deutsche, französische usw. Geschichtsschreiber. Indes sagt der Herr Vorsitzende des Gerichtshofes, daß Schlesien nie zur polnischen Krone gehört habe.

Abgesehen von diesen geschichtlich erhärteten Daten haben wir in Schlesien ein Volk, welches polnisch spricht und dessen Muttersprache die polnische Sprache ist, wie sie es bei seinen Vorfahren, Großvätern und Vätern war. In nationaler Beziehung gehört also das polnische Volk in Schlesien zum polnischen Stamme, denn die polnische Sprache als Muttersprache des schlesischen Volkes ist nicht aus der Luft genommen und gegriffen, sondern diese Sprache redeten unsere Väter und redet heute das polnische Volk in Schlesien. Politisch sind wir an den preußischen Staat geschnitten,

geschichtlich gehörte Schlesien zum ehemaligen Königreich Polen, national aber gehört das polnische Volk ebenso zu der großen polnischen Nation, wie unsere Landsleute in Kongresspolen, Galizien, im Posenischen, in Westpreußen und in Ermland.

Es ist uns daher nicht klar, auf Grund welcher Tatsachen der Herr Vorsitzende des Gerichtshofes entschieden hat, daß Schlesien zur polnischen Krone nicht gehört habe.

Der Herr Vorsitzende hat weiter gesagt, daß die preußische Regierung Gesetze und Verordnungen dazu erlasse, damit im preußischen Staate nicht zwei Nationalitäten bestünden. Auch das ist uns nicht einleuchtend. Die Pflichten gegen den preußischen Staat müssen wir gleich den Deutschen erfüllen, denn politisch sind wir Bürger des preußischen Staates, daraus kann aber unseres Erachtens keineswegs folgen, daß wir unsere polnische Nationalität einbüßen und Deutsche werden sollen. Das verlangt auch von uns weder die preußische Verfassung, noch die Zugehörigkeit zum preußischen Staate.

Aus Nr. 141 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 30. November 1905:

Slawentz.

Zum St. Katharinen-Feste, dem Ablassfest, anlässlich unseres Kirchweihfestes, erschienen bei uns viel Menschen aus der Umgegend. Gott sei es aber geklagt, was für Zeiten bei uns eingetreten sind! Viel Volk war in der Kirche, es war ihm aber nicht erlaubt, in der Muttersprache zu singen, und alles Volk mußte schweigen! Das Herz blutet einem über einer solchen Ordnung! Auf dem Chor sang nur eine kleine Kinderchor deutsch, wir haben also in der Kirche Germanisierung.

Auch unser Kaplan, der hier zum letzten Male die Andacht abhielt (er geht nämlich nach Birawa als Pfarrer) mußte sich von uns deutsch verabschieden, und nur selten einer verstand ihn, weil hier die ganze Bevölkerung polnisch ist und deutsch nicht versteht.

Wir fragen nun hier, ob uns etwa Gott verbietet, unsere andächtigen Lieder bei einer solchen Feier zu singen? Mit großem Bedauern denken wir des verstorbenen Geistlichen Dziadek aus Salesche, der uns polnisch zu singen nicht nur nicht wehrte, sondern das Volk sogar noch ermunterte, den schönen Gesang unserer Andachtslieder zu pflegen. Er hielt sehr ungern Andachten an Ablassfesten ab, wo unsere polnischen Lieder nicht gesungen wurden.

So traurig sind also jetzt die Zeiten für dich, polnisches Volk! Wir haben eine große Feier, und da gibt es für uns keine einzige Andacht, denn die Frühandacht war deutsch, und während der Hauptandacht figurierte der „Cäcilienchor.“ — Wenn dies aber so weiter gehen wird, wird dies da nicht das Grab für den katholischen Glauben mancher sein, wenn dieser aufhören wird, die Kirche zu besuchen.

Einige Parochianen.

Aus Nr. 143 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 5. Dezember 1905:

Aus Slawentz erhalten wir noch folgende Zuschrift: Als mehrjähriger Abonnent des Katolik bitte ich um gefällige Wiedergabe folgender Korrespondenz:

In der heutigen Nr. 141 des Katolik lese ich eine Nachricht über Slawentz, dieses Mal ist aber diese Nachricht unwahr. Unser früherer Herr Kaplan, jetzt Kuratus in Birawa, war niemals Germanisator, denn

er ist gegen alle gerecht. Seine Verabschiedung von uns in der Kirche am letzten Sonntag war ebenfalls polnisch, zwar kurz, aber doch die Herzen aller mit Schmerz erfüllend, denn er war uns ein überaus lieber und guter Seelsorger.

Möge ihm Gott seine rührenden Lehren und seine aufrichtige Liebe zu uns allen und zu jedem einzelnen vergelten. Wir wünschen ihm also alles Gute, auf daß es ihm möglichst gut gehe.

Über Germanisierung in unserer Kirche kann niemand klagen, denn wenn an hohen Feiertagen auf dem Chore lateinisch oder deutsch gesungen wird, so ist dies ein schon seit jeher eingeführter Brauch.

(Wir müssen hinzufügen, daß der erste Korrespondent dem Herrn Kaplan keineswegs nahe treten wollte, er schrieb auch nicht, daß der Herr Kaplan ein Germanisator sei. Es ist nämlich bekannt, daß sich die Kaplane in allen den Anordnungen des Pfarrers fügen müssen, daher sind die Kaplane für die Ordnung in der Pfarodie auch nicht verantwortlich. — Übrigens schreibt der geehrte Korrespondent in der heutigen Zuschrift, daß in der Kirche zu Slawentz keine Germanisierung vorhanden sei, und dennoch gibt er zu, daß an Feiertagen lateinisch und deutsch gesungen wird. Wenn in der Pfarodie die Mehrheit und zwar die große Mehrheit polnisch ist, so müßte doch wohl bei solchen Feierlichkeiten polnisch gesungen werden. Die Pfarochianen haben ein Recht dazu, entsprechend berücksichtigt zu werden. Wenn schon längst unkorrekte Verhältnisse bestehen, so muß ihre Abänderung zum Bessern erstrebt werden. — Wir wollen nie jemandem zu nahe treten, und umsoweniger der Geistlichkeit, wenn sich aber die Pfarochianen selbst beklagen, können wir ihre Korrespondenzen nicht unbeachtet lassen. — Vielleicht beschreibt uns noch ein anderer die dortigen Verhältnisse besser und ausführlicher. — Die Red.)

Aus Nr. 276 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 1. Dezember 1905:

B u j a k o w.

Deutsche Blätter berichten, daß in Bujakow eine germanisatorische Bibliothek gegründet wurde. Von der dortigen polnischen Bevölkerung darf man erwarten, daß sie diese neugegründete deutsche Bibliothek nicht benutzen werden. Wir haben doch auch polnische Bibliotheken, und wenn dort in Bujakow noch keine polnische Bibliothek vorhanden ist, so müssen dort unsere Volksgenossen möglichst bald eine unentgeltliche polnische Bibliothek ins Leben rufen, damit sie der schädlichen Arbeit der germanisierenden Bibliotheken mit Erfolg entgegenarbeiten könnten.

Aus Nr. 274 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 29. November 1905:

Stärken wir uns!

Unter dieser Überschrift ließ sich Herr Adalbert Szukiewicz in der Cytelnia, die an Stelle des von der Regierung suspendierten Warschauer Goniec ohne Zensur viermal wöchentlich erscheint, über das polnische Sokoltum, wie es bereits nicht nur in Warschau, sondern auch in Lublin und in anderen Städten des Königreichs Polen Eingang gefunden hat, wie folgt aus:

„Mit dem Augenblicke, in welchem unsere Volksgemeinschaft die Möglichkeit erlangen sollte, über sich selbst zu entscheiden und solche Schritte zu tun, die zu unserer nationalen Wiedergeburt beitragen würden,

kam der Gedanke auf, in Warschau einen Sokolverein zu gründen; es fand sich eine handvoll von Initiatoren, die schon ans Werk gegangen sind, um den Warschauer Sokolverein zu einer vollzogenen Tatsache zu machen.

Die Gründung des Warschauer Sokolvereins wird keine Schwierigkeiten bereiten, weil alle Voraussetzungen hierzu vorhanden sind, nämlich die ausgezeichneten Vorbilder, die uns der galizische Sokol gibt, welcher eine vorzügliche Organisation, eine ausgearbeitete Methode, eine feste Sokol-Nomenklatur, sogar eine Literatur dieses für uns so wichtigen Gegenstands besitzt. Man braucht sich also nur über die Grenze zu begeben, um unseren nationalen Sokoltypus zu finden und ihn, wie er lebt und lebt, auf Warschauer Boden zu übertragen.

Wir besitzen jedoch nicht nur die ausgezeichneten galizischen Vorbilder, sondern, was noch wichtiger ist, auch Material in dem Warschauer Volke, welches während des denkwürdigen nationalen Umzuges durch die Straßen der Stadt so schritt, als ob sich seine Reihen aus lauter alten und erfahrenen Sokols zusammengesetzt hätten. Bei einer solchen Befähigung zur Disziplin, Ordnung, Umsicht und zum Gehorjam gegen ein freiwillig anerkanntes Kommando, wofür das Warschauer Volk erst jüngst einen völlig genügenden Beweis geliefert hat, kann man nicht zweifeln, daß der Warschauer Sokol die Bedingungen zu einer glänzenden Entwicklung besitzt.

Desgleichen kann man keinen Augenblick zweifeln, daß in die Reihen der Sokols die bedeutende Mehrheit aller derjenigen eintreten wird, die an dem nationalen Umzuge teilnahmen, und in einem solchen Falle wird die Zahl der Mitglieder unseres Sokols so imposant sein, wie man sich davon nur im Traume eine Vorstellung machen kann.

Fachleute behaupten, daß das Sokolsystem durchaus nicht dem Ideal des Systems entspreche, welches die Entwicklung des Körpers erstrebt, auf den am meisten freie Spiele und sportliche Vergnügungen nach englischem Muster günstig einwirken, die sich bei uns in völliger Vernachlässigung befinden. Das ist ein Grund der allgemeinen Natur; der eigentliche Grund, weswegen es solche gibt, die gegen die Sokolorganisation aufzutreten, besteht darin, daß dies eine Schöpfung deutschen Geistes ist, den wir vor allem meiden sollen, weil er uns leicht vergiften könne.

Diese Gründe sprechen jedoch trotz alledem noch nicht entschieden gegen das polnische Sokoltum, welches für uns eine besondere Bedeutung hat, weil es Disziplin, Unterordnung unter ein Kommando, die Fähigkeit, freiwillig gewählten Vertretern und Leitern zu gehorchen, lehrt, weil es in einer gemeinsamen nichtpolitischen Organisation Menschen der verschiedensten Stände, Berufe und Gesellschaftsklassen vereinigt, die wohl in keiner anderen Organisation unter diesen Bedingungen in Berührung kommen können. Der Sokol ist eine allgemein-bürgerliche und durch und durch demokratische Organisation, denn im Sokol spielen weder die Geburt, noch das Vermögen, noch die Stellung, noch irgendwelche Privilegien eine Rolle und sie sollen auch keine Rolle spielen.

Hier stehen neben einander in einer Reihe und unter einem Kommando Reiche und Arme, Große und Kleine, Mächtige und Schwache, weil die Teilung in Gruppen und Kreise einzig auf Grund des Kraftmaßes und der physischen Geschicklichkeit stattfindet: Das sind die einzigen Probesteine der Einteilung der Sokolmitglieder, und niemand kann sich Genossen wählen, mit denen er aus diesen oder jenen Gründen einer bestimmten Gruppe angehören möchte.

Das gleiche Turnkostüm, die gleichen Mitgliederrechte, die gleiche Paradeuniform, die gleichen bürger-

lichen Losungen vereinigen alle Sokolmitglieder ohne Rücksicht auf die Unterschiede, durch die sie leider noch außerhalb der Mauern des Turnsaals geschieden werden.

Die Turnübungen sind zugänglich nicht nur für die Sokolmitglieder, sondern auch für ihre Ehefrauen, Schwestern und Töchter, schließlich auch für die im schulpflichtigen Alter sich befindlichen Kinder, weil alle Sokolvereine grundsätzlich Turnstunden für die sich bildende Schuljugend haben. Und man darf keinen Augenblick zweifeln, daß alle unsere jüngst entstandenen oder entstehenden polnischen Sokolvereine in ihr Programm Turnübungen aufnehmen werden, und daß man ebenso, wie es in Galizien geschieht, die Leitung der physischen Erziehung der Schüler dem Sokol anvertrauen wird, der dies in vollem Maße verdienen wird.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 271 des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 26. November 1905:

Revolution.

Krieg, Krieg! . . . es gab keinen
Winkel in Litauen,
Den sein Donner nicht erreicht hätte.

Der Riesenstreik der Bergarbeiter in Westfalen war, wie es scheint, nur die Ankündigung schwerer Kataklismen, welche über das Deutsche Reich und dessen Bewohner noch herniederkommen sollen und unzweifelhaft auch herniederkommen werden. Die Unruhe unter den Arbeitern dauert fort, weil die großen Besitzer der industriellen Unternehmungen bisher keine Bereitwilligkeit auch nur zu den allerkleinsten Zugeständnissen an den Tag gelegt haben, und das Beispiel der Unruhen im Reiche des russischen Zaren wirkt anfassend auf die bis aufs tiefste entrüsteten Gemüter. Dabei tragen Not und die unerhörte Teuerung der Lebensmittel, besonders die des Fleisches, zur immer größeren Unzufriedenheit unter den Arbeiterklassen bei.

In Oberschlesien brach ein Bergarbeiterstreik aus. Er währte zwar nur kurze Zeit, und wenn die Bergleute ihre Arbeit auch wieder aufgenommen haben, so bestehen die Mißhelligkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern doch fort.

Auch hier in Westfalen hört man seit langem davon sprechen, daß binnen kurzem der Streik ausbrechen werde; diesmal aber wird dies, wie man sagt, mit elementarer Kraft geschehen, welche keine Grenzen kennt und nur das eine Ziel verfolgt, ohne Kompromisse, ohne Zugeständnisse und ohne Rücksichten ein Ende zu machen.

Die Organisationen wissen, was bevorsteht. Deshalb bemühen sie sich, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, sie berufen Konferenzen ein, teilen Schriften aus und setzen sich mit der Regierung in Verbindung. Doch alles umsonst, denn die Organisationen haben die Macht über die Massen des Volkes verloren und die Regierung schätzt die Tragweite der Lage nicht richtig ab, sie sucht sich die Arbeiter durch nichtgarantierte Versprechungen vom Halse zu schaffen.

Die Leute sagen sich: Im Jahre 1889 haben wir ohne Organisation durch den Streik mehr erreicht als im verfloßenen Jahre. Damals floß das Blut in Strömen, aber die herrschenden Sphären sahen, daß der durch die Not zur Verzweiflung getriebene Arbeiter weder die elende Errungenschaft, noch das noch elendere

Leben achtet, sondern daß er alles auf eine Karte stellt: entweder zu Grunde gehen oder das Schicksal verbessern!

Im verfloßenen Jahre verließ der Riesenstreik in musterhafter Ordnung. Von überallher wurden die westfälischen Bergarbeiter mit Lob überschüttet, doch die Kohlenbarone spotteten des Mißgeschicks der Armen und die Regierung hielt ihre Versprechungen nicht. Möge daher Gottes Wille geschehen. . . .

So sagen die Arbeiter, so fühlen sie, und in diesem Sinne bereiten sie sich zu den schweren Ereignissen vor, welche jeden Tag mit vulkanartigem Feuer zum Ausbruche kommen sollen.

Stumme Nachrichten setzen von überallher die Gemüter philisterhafter Bewohner in Schrecken, daß in dieser, daß in jener Grube eine Kiste mit Dynamit gestohlen worden sei. In diesen Tagen verbreitete man die Nachricht, daß in der Grube „Holland“ eine Tasche mit etwa 50 Dynamitpatronen abhanden gekommen sei. Es kann wohl sein, daß dieses Gerücht auf Wahrheit beruht, denn die Polizeibehörden haben das nicht in Abrede gestellt, und wer mit den Verhältnissen in den Bergwerken bekannt ist, der weiß es, wie leicht es einem Bergmann ist, in den Besitz solcher Gegenstände zu kommen.

Auf das drohende Gespenst der Revolution macht am meisten die sozialdemokratische Presse aufmerksam.

In Breslau kündigte man für den verfloßenen amtlichen Feiertag, den Buß- und Bettag, eine große Demonstration an. Es war das nur ein Hervorblitzen der revolutionären Idee, welche in dem Jenaer Sozialistentage zutage trat. Die revolutionären Geister haben diese Idee erfaßt; es ist indes die Zeit — noch nicht gekommen.

Zwar ist es den Führern der revolutionären Bewegung diesmal gelungen, die ausgelassenen Gemüter zu bändigen, es ist jedoch schwer vorauszusehen, wie lange sie noch die Herrschaft über dieselben behalten werden. Das Hauptorgan der Sozialdemokraten, der Berliner Vorwärts, schrieb doch in diesen Tagen, „daß sich aus dem Osten die schönsten Blitze und die erhabensten Donner der Revolution nach der Finsternis des preußisch-deutschen Rückganges hinüberdrängten und mit furchterregender Deutlichkeit alle düsteren Winkel der morrischen Baracke erleuchteten.“

Die aus dem Vorwärts angeführten Worte bezeugen am deutlichsten, daß in der sozialdemokratischen Partei daran gedacht wird, die revolutionäre Bewegung aus Rußland nach Deutschland hinüberzuführen. Das haben auch gewiß die maßgebenden Regierungskreise seit langem befürchtet, obgleich man an ihnen nicht erkennen kann, daß sie hinsichtlich der Bändigung der durch die Not und Rechtlosigkeit der hartnäckigen Kapitalisten vernachlässigten Gemüter etwas getan hätten.

Schon seit ziemlich langer Zeit hört man aus den höchsten diplomatischen Kreisen des Auslandes, daß Preußen mit allen Kräften bemüht gewesen ist ihm zu gestatten, zwecks „Niederdrückung“ der Aufstände im Königreiche Polen frei wirken zu dürfen. Die deutsche Presse, welche mit der Berliner Regierung nahe Beziehungen unterhält, leugnete das Einrücken der Preußen in Warschau, aber die Stimmen der gegenteiligen Meinung verstummen doch nicht, sondern im Gegenteil, sie werden immer häufiger laut und führen immer wieder neue Einzelheiten in dieser Angelegenheit an. Selbst Graf Witte, der gegenwärtige Leiter der russischen Regierung, sagte zu der Deputation der Polen etwas von einer „fremden Regierung“ und fragte unsere Landsleute, ob sie es wünschten, daß die Wiederkehr der Ruhe im Königreiche Polen unter Mitwirkung der bewaffneten Kraft einer fremden Regierung bewirkt werden solle. Die Worte des Grafen

Witte erklärte man sich auf diese Weise, daß Preußen bereit sei, in die unter russischer Herrschaft stehenden polnischen Lande einzurücken.

Ob es tatsächlich dazu kommen würde, daran muß man sehr zweifeln, weil im preussischen Staate der innere Frieden ebenfalls auf unsicherer Grundlage steht, und die Nachbarstaaten, wie Frankreich und England, würden nicht gleichgültig dem Sicheinmischen Preußen-Deutschlands in die inneren Angelegenheiten des russischen Reiches und insbesondere in diejenigen des Königreichs Polen zusehen. Ein solcher Schritt könnte leicht die Veranlassung zu einem europäischen Kriege sein.

Indessen sollten wir aufmerksam unser Augenmerk den gespannten Verhältnissen des Landes zuwenden, in dem wir wohnen. Mit der Unzufriedenheit der Arbeiter rechnend, nehmen auch die Stimmen der nationalen Presse der Arbeiterorganisation einen immer schärferen Charakter an, was der letzte Artikel des „Korrespondenzblattes“, des Organs der Generalkommission der Berufsverbände Deutschlands beweist. Dieses Blatt schreibt:

„Die Wahlbewegung im Osten (d. h. in Rußland — Bem. der Red. des Dzienn. Pol.) übt auch Einfluß auf den Kampf um Beseitigung des Dreiklassen-Wahl-systems in Preußen aus. Es scheint, daß die Zeit gegenwärtig geeignet ist, entsprechende energische Schritte nach dieser Richtung hin zu unternehmen. Die Unzufriedenheit über dies elendste aller Wahl-systeme wächst von Tag zu Tage. Die Berggesetznovelle, welche das preussische Abgeordnetenhaus dem Reichstage vor der Nase weggenommen, hat dazu beigetragen, daß die Volkstheile jegliches Vertrauen zu der gesetzgeberischen Institution in Preußen verloren haben. Schon jetzt zeigen sich in dem Kohlenrevier an der Ruhr die Früchte dieser Klassengesetzgebung. Gegenwärtig droht ein neuer Streik der Bergarbeiter auszubrechen, ein größerer und allgemeiner als vorher, weil die allmächtigen Bergwerksbesitzer, über das Dasein der Berggesetznovelle spottend, deren schwache Seiten gegen die Arbeiter ausnützen. Der neue Kampf wird sich nicht nur gegen die Herren Rirdorf und Thyssen richten, sondern als lauter Protest auch gegen die preussische Gesetzgebung, welche Dank ihres Dreiklassen-systems nicht fähig ist zu irgend welchen sozialen Reformen und den Arbeiter nur zum Konflikt treibt. . . . Eine energische Aktion gegen das Wahl-system in Preußen wird daher die völlige und allgemeine Unterstützung des gesamten Arbeiterstandes finden.“

So schreibt das Organ der Generalkommission der Berufsverbände Deutschlands. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kampf in aller kürzester Zeit ausbrechen und daß er einen blutigen Verlauf nehmen wird, denn die Gemüter aller interessierten Kreise und insbesondere die der Arbeiterphären sind bis ins Innerste entzündet.

Es ist schwer voranzusehen, welche Rolle in diesen Vorkommnissen die polnischen Arbeiter spielen werden, doch es scheint, daß sie der allgemeinen Strömung folgen werden, welche sie mit sich fortreißen wird.

Ein polnischer Arbeiter.

Aus Nr. 278 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 5. Dezember 1905:

Zu der Stellungnahme des Erzbischofs gegen den Lech schreibt der Dz. Berl. u. a. folgendes:

Im Interesse der Wahrheit muß festgestellt werden, daß der Lech gegen die inneren Einrichtungen der

katholischen Kirche nicht aufgetreten ist. Dagegen hat das Blatt mit größerem Eifer als die anderen Blätter gegen die Laueheit der Kirchenbehörde, gegenüber den immer stärker werdenden Einflüssen des Deutschtums auf die kirchlichen Einrichtungen gekämpft. Das Blatt ist auch aufgetreten gegen die Verdeutschung der beiden geistlichen Senate, d. h. der beiden Kapitel in Gnesen und Posen, gegen den Zwang der Kleriker zum Besuche der Vorlesungen an der Posener Akademie, gegen die Energielosigkeit der kirchlichen Behörde gegenüber dem Anschlag auf den polnischen Religionsunterricht in den Volksschulen, gegen das Hissen der deutschen Flagge auf dem Turme des Gnesener Domes, gegen die Aufhebung der Gottesdienste am Jahrestage der Schlacht bei Tannenberg, gegen die Weigerung des von der Regierung dem Kapitel aufgezwungenen Domherrn Teglaff, in der Litanei die Worte „Königin der polnischen Krone, bete für uns“ zu sprechen, sowie gegen ähnliche Erscheinungen der für die Bevölkerung schädlichen Nachgiebigkeit der Kirchenbehörde. Dagegen mit aller Energie aufzutreten, ist die heiligste Pflicht der polnischen Presse.

Dem Dziennik Poznanski aber, der das Schreiben des Erzbischofs mit dessen Einwilligung veröffentlicht und selbst hinzugefügt hat, daß der Lech die Kirchenbehörde im hohen Grade beleidigt habe, muß gesagt werden, daß auch er i. Z. noch viel schlimmere Beleidigungen veröffentlicht hat. Unter der Aera Ledochowski hat der Dziennik einen steten Kampf gegen den Erzbischof und die Ultramontanen geführt, und es gibt noch viele Personen die genau wissen, daß der Erzbischof Dr. von Stablewski ein Blatt bekämpft hat, das nach dem Jahre 1890, aber noch mehr nach dem Untergange des Kurier, zum Organ der Dominikel geworden ist, trotz seiner neuen Pariser Korrespondenzen.

Schließlich muß noch darauf hingewiesen werden, daß in der Provinz Posen seit kurzem die von kassatistisch gesinnten Beamten herausgegebene Katholische Rundschau erscheint, welche die deutschen Katholiken öffentlich gegen die Kirchenbehörde organisiert. Man hat bisher aber noch nichts davon gehört, daß der Erzbischof sich auch gegen dieses Blatt gewandt hätte. Diese Ehre ist nur einem polnischen Blatte wegen eines rhetorischen Bildes widerfahren.

Was wird der Rest der polnischen Presse — außer dem Dziennik Poznanski — dazu sagen?

Aus Nr. 277 des Dziennik Poznanski (Posen)

vom 4. Dezember 1905:

Eine neue polnische Zeitung in der Fremde.

Es wurde uns die Ansichtsnummer der Brema, einer Volkszeitung für das polnische Volk in der Fremde, übersandt, die vom 1. Januar n. Z. ab in Bremen erscheinen wird. Die Redaktion bemerkt in ihrem Aufruf an die Leser etwa folgendes:

„Mit Rücksicht auf den zahlreichen Zuzug von Polen nach Bremen, Bremerhaven, Blumental, Begeles, Grono und Delmenhorst, mit Rücksicht auf diese Polen also, die bisher keine eigene polnische Zeitung hatten, haben wir beschlossen, eine Wochenschrift unter dem Titel Brema herauszugeben. Wir werden an der Verteidigung des Glaubens und der Nationalität arbeiten. Das polnische Volk in der Fremde hängt sehr an diesen dem Herzen eines jeden Polen allertuersten Schätzen, es hängt sehr an dem Bewußtsein seiner Zusammengehörigkeit mit der Gesamtheit der polnischen Nation, ohne Rücksicht auf die weite Entfernung, die ihn von den heimatischen Dörfern trennt, von den

Fluren, die mit dem Blute und dem Schweiß seiner Vorfahren getränkt sind, von den Wäldern, die zum Aufbau von Familienhöfen und zum nähren der häuslichen Herdflamme genügen würden.

Die neue Zeitung wird also alle Vereine mit polnischem und katholischem Charakter unterstützen, den polnischen Berufsverband und die polnischen politischen Organisationen.

Treu im Glauben unserer Vorfahren wollen wir gute Söhne der katholischen Kirche bleiben und in diesem Glauben auch unsere Kinder erziehen. Deshalb werden wir uns auch um ausreichende Seelsorge in polnischer Sprache bemühen.“ Der neuen Zeitung „Glück auf“.

Aus Nr. 272 des Gonic Wielkopolski (Posen)

vom 29. November 1905:

Leipzig, den 22. November.

Der Industrieverein. — Das Poniatowski-Denkmal.

Große Entrüstung unter den hiesigen Polen und besonders im Industrieverein hat eine Denunziation hervorgerufen, die sich ein früheres Mitglied gegen diesen Verein hat zu schulden kommen lassen. Im Laufe des Leitgeberprozesses vor einigen Jahren kam es an den Tag, daß der Industrieverein einige Male Geld für den Nationalklub eingekauft hatte, und nur aus diesem Grunde wurde der Verein unter den politischen Paragraphen gestellt. An sich unterscheidet er sich in nichts von anderen polnischen Vereinen, er hat vielmehr Familiencharakter, weshalb die Sitzungen am Sonntag stattfinden. Er besteht seit 24 Jahren. Unter seinem Dache reichten sich die Landsleute aller Stände die Hände zu gemeinsamer Arbeit auf der nationalen Scholle, und es gelang ihm während dieser Zeit so manchen Landsmann vor der Germanisierung zu retten und als nützliches Glied unserer Volksgesamtheit zurückzubringen.

Aus persönlicher Rache scheute jenes Mitglied sich nicht der Polizei mitzuteilen, daß der Industrieverein seine Sitzungen in Gesellschaft von Gästen und Minderjährigen abhalte.

Der Denunziant kann zufrieden sein. Es entstand Verwirrung im Verein, und einige Mitglieder, richtige Gewerbetreibende, darunter zwei, welche Ämter im Verein innehatten, traten aus.

Es sind das eigentlich Landsleute, auf denen in erster Linie die Pflicht ruht, den Verein zu verteidigen und zu erhalten. Ihr Herren! Es gab doch eine Zeit, wo Ihr sehr erfreut waret, dem Verein anzugehören, und jetzt in der kritischen Lage verlaßt Ihr ihn in dem Moment, wo Zusammenhalten mehr als je erwünscht ist?! So sieht Eure Dankbarkeit aus? Wollt Ihr den einzigen Faden, der uns mit der polnischen Gesamtheit verknüpft, zerreißen? Überlegt es Euch, denn nur Ratten verlassen das sinkende Schiff! Zurückgeblieben sind fast nur Arbeiter, denen Ihr deshalb den Patriotismus absprecht, weil sie verlangen, daß neben den zahlreichen anderen polnischen Zeitungen die Gazeta Robotnicza (das Organ der polnisch-sozialistischen Partei) im Verein geduldet werde. (Daraus ist zu ersehen, daß sozialistische Strömungen den Verein zu beherrschen bestrebt sind, womit man schwer sich einverstanden erklären kann. Red. d. Gonic.) Jedenfalls besitzen sie soviel Patriotismus, daß sie, soweit ihre Kräfte reichen, nicht zugeben werden, daß dieser alte verdiente Verein zu Falle komme.

Eine naive Mitteilung hat die Praca gebracht, bezüglich des Niederlegens eines Kranzes auf dem Denkmal des Fürsten Josef Poniatowski seitens der

Stadtvertretung von Leipzig. Jeder denkende Pole wird über diese Mitteilung nur lachen. Abgesehen von der Tatsache, daß in der Praca selbst Korrespondenzen aus Leipzig enthalten gewesen sind betreffend die Ehrung des Andenkens Poniatowskis durch die Niederlegung eines Kranzes, sollte sich die Redaktion dieses Blattes sagen, daß in L. auch Polen wohnen, die ihre Vergangenheit achten und des Denkmals nicht vergessen, und man sollte durch eine solche falsche Mitteilung dem hiesigen Polentum nicht Abbruch tun. Das Denkmal ist übrigens gut erhalten, nur das Äußere sieht natürlich so aus, wie bei alten Denkmälern. Seit 20 Jahren legt der Industrieverein, — in den letzten Jahren gemeinsam mit dem Sokolverein — an jedem Todestage Poniatowskis auf dessen Denkmal einen Kranz nieder. Das haben am letzten Todestage unter einer entsprechenden Ansprache ebenfalls Deputationen des Industrie- und des Sokolvereins bei Beteiligung polnischer Damen und von bereits zu Studienzwecken eintreffenden jungen Leute getan. In früheren Jahren kam eine unbekannte, in einer Villa im Vorort Connewitz lebende Dame regelmäßig alle Jahre in tiefer Trauer, das Gesicht mit einem dichten Schleier verdeckt, um auf dem Denkmal Poniatowskis einen Kranz niederzulegen. Niemand konnte erfahren, wer sie war; man vermutete, es sei eine Französin. Wir hoffen, daß die Praca in ihrer nächsten Nummer ihre irrtümliche Mitteilung berichtigen wird, welche uns Landsleuten in L. keineswegs Ehre einbringt.

Aus Nr. 279 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 5. Dezember 1905:

Jahresbericht des Sokol-Vereins Essen vom 9. Oktober 1904 bis 12. November 1905.

Essen.

Der Verein hielt eine Generalversammlung, zwölf Monatsitzungen und drei Vorstandssitzungen ab. Es fanden im verflossenen Jahre 70 Übungsstunden statt. An denselben beteiligten sich 15 bis 18 Kameraden. Der Verein veranstaltete 3 Ausflüge. Zur Gauversammlung, welche am 23. Juli in Stodum tagte, stellte unser Nest 10 Kameraden. Beim Preisturnen erhielten wir den 4. Preis. Die Einnahmen betrugen 484,70 Mk., die Ausgaben 490,29 Mk., mithin Fehlbetrag 5,59 Mk. Der Wert des Inventars beträgt 425 Mk.

Der neue Vorstand besteht aus folgenden Kameraden: Ludw. Szymkowiak, Vorj., Stan. Kwapijowski, Schriftf., Tom. Pietrowski, Kass. Dem Beirat gehören an: Stan. Zaliż, Michael Kliminski und Stan. Randula. Turmwart ist Kasimir Walczak, Unterturmwart Wladislaus Mojczynski.

Gut Heil!

Der Ausschuß.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 272 der Nowa Reforma (Kraakau)

vom 28. November 1905:

Eine grausame Strafe.

Die Brutalität der preussischen Gerichte, welche vor einigen Tagen die ganze polnische Bevölkerung durch ihr hartes, gegen eine handvoll Arbeiter polnischer Nationalität in Oberschlesien gefälltes Urteil tief empörte, hat sich am Sonnabend einer neuen Gewalttat schuldig gemacht. Vor der Strafkammer in Posen

standen an dem Tage zwei Redakteure der Posener Praca: Der Chefredakteur, Matthias Wierzbinski und der verantwortliche Redakteur, Boleslaus Rakowski, angeklagt von der Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, welche sie in dem Artikel „Gefährliche Ambitionen Preußens“ erblickte. Obwohl der Artikel nur eine scharfe Kritik der preußischen Politik enthielt, hielt der Gerichtshof das Verschulden des Wierzbinski für ein sehr schweres und verurteilte ihn zu anderhalb Jahren Gefängnis und Rakowski zu 400 Mark Geldstrafe. Gleichzeitig ordnete das Gericht, mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe, die sofortige Verhaftung des Wierzbinski an. Das Urteil übertrifft durch seine Grausamkeit alle in den letzten vier Jahren gegen die polnischen Redakteure im preußischen Anteil gefällten Erkenntnisse und es läßt sich daraus schließen, daß die preußische Regierung, mit Rücksicht auf die Vorkommnisse in Polen, der polnischen Bevölkerung noch brutaler wie bisher ihre Kraft und ihre Macht fühlbar zu machen wünscht. Herrn Wierzbinski, welcher den breiteren Bevölkerungsschichten aus seinen zahlreichen, englischen Verhältnissen entnommenen Novellen bekannt ist, drücken wir unser herzlichstes Beileid aus.

Aus Nr. 269 des Czas (Krakau)

vom 24. November 1905:

München, den 22. November.

Die Hakatisten im Süden Deutschlands.

Seitens der polnischen Presse ist immer mit Bestimmtheit behauptet worden, der Hakatismus und dessen Bestrebungen beschränken sich auf Preußen und Sachsen und fänden nur selten in die anderen Provinzen des Deutschen Reiches Eingang. Die Ursache hiervon ist dieselbe, die den Hakatismus zu einer psychologischen Erscheinung stempelte, welche tief in dem fortwährend geschürten Nationalhass steckend, auch in der wirtschaftlichen Seite des antipolnischen Kampfes Nahrung findet; und zwar liegt sie in der Ausnahmestellung der deutschen Beamten, Industriellen und Handwerker in den Ostmarken, in der von der Regierung Dank den Ostmarkenzulagen geschaffenen Lage, in den Fonds zur Förderung des deutschen Handwerks, deutscher Industrie und deutschen Handels zum Nachteil derselben Zweige polnischer Arbeit.

Bis auf den heutigen Tag, das muß festgestellt werden, hat sich der Hakatismus tatsächlich im Süden des Kaiserreichs nicht einzuwurzeln vermocht. Eine nicht geringe Rolle spielte hierbei die bekannte Abneigung der Süddeutschen gegen die Norddeutschen im allgemeinen, gegen die Preußen im besonderen. Andererseits liegt Süddeutschland zu weit entfernt von den Ostmarken, der Widerhall des Ausrottungskampfes gegen die Polen dringt dort selten und nicht allzu geräuschvoll hin, überdies arbeitet die katholische Presse gegen das Sichbreitmachen des Hasses der Preußen mächtig, indem sie den antipolnischen Kampf im eigentlichen, unparteiischen Lichte darstellt. Noch ist der Talerpatriotismus, welcher in dem Hakatismus den Spender hoher Gehälter und Regierungsstellungen erblickt, bis dorthin nicht gedrungen und wird vielleicht nicht so bald dort eindringen. Übrigens würde sich der Süddeutsche in der Atmosphäre des Kampfes und der Bedrückung, welche sich seiner ruhigen und zur Schwerfälligkeit neigenden Natur nicht verlockend darstellt, nicht heimisch fühlen. Schließlich spielt der Katholizismus einer Bewegung gegenüber, welche ihrem Wesen nach das Ergebnis eines der katholischen Ethik widersprechenden Hasses ist, und

vor allen Dingen die Protestantisierung als ein Ausrottungsmittel gegen die Katholiken und Polen zur Folge hat, eine wichtige Rolle.

Dies alles hat dazu beigetragen, daß die Preußen in dem Kampfe gegen das Polentum fast vollständig vereinsamt dastehen. Dies fühlte der Hakatismus, umso mehr, als die polnische Presse auf Schritt und Tritt Preußens Haß — der Toleranz so vieler deutscher Volksstämme gegenüberstellt. Hieraus mußte der Gedanke, unter den Deutschen im Süden des Kaiserreichs zu agitieren, entstehen, um auch dort das Gefühl und das Bewußtsein einer „polnischen Gefahr“ wachzurufen.

Die Pioniere des Hakatismus reisen immer häufiger nach dem Süden, in der Rocktasche das Ausrottungs-Evangelium und das Quittungsbuch des Ostmarkenvereins tragend. Einer von ihnen, der Schriftführer des Ostmarkenvereins, Schulz, unternahm kürzlich einen derartigen Ausflug und beehrte mit seiner Gegenwart die Hauptstadt Bayerns. Im Wittelsbacher-garten hielt dieser Pionier des Hasses einen Vortrag „über die Lage in den Ostmarken“.

Nach der Rede wurde einstimmig Beschluß gefaßt, in welchem die Notwendigkeit der Gründung von Filialen des Ostmarken-Schutzvereins in den einzelnen Ortschaften, namentlich aber in München hervorgehoben wurde. Viele Redner ergriffen bei der Diskussion das Wort und appellierten an die zahlreich versammelten Zuhörer. Demnächst wurde zur Gründung einer Filiale des Ostmarken-Schutzvereins in München geschritten, welchem sofort viele der Anwesenden als Mitglieder beitraten.

Charakteristisch ist die Tatsache, daß das Erscheinen und der Marm des Herrn Schulz vor allen Dingen in der liberalen Presse unserer Stadt einen Widerhall gefunden haben. Die Münch. N. Nachr. brachten umfangreiche Berichte und drückten sich schmeichehaft über die Bestrebungen des Vereins aus; sie verschwiegen sogar, daß den größeren Teil der Beifall klatschenden Personen die herbeigeströmten Preußen bildeten, während der ruhige Münchener Bürger sich für den angekündigten Vortrag entweder garnicht interessierte oder ihn mit offenem Munde und erstaunten Augen aufnahm. Leicht war also der erste Potemkinsche Triumph des Hakatismus, welchen der Ostmarkenverein zweifellos in's Unendliche aufbauen wird.

Nicht minder läßt die Tatsache selbst, daß die hakatistischen Streifzüge bis in das Innere Deutschland hineinreichen, der Zukunft Rechnung tragen. Nicht umsonst verbreitet die liberale und hakatistische Presse Berlins und der Ostmarken ihre Ansichten, welche durch die ihr ergebenden Organe in das Innere Deutschlands eindringen. Semper aliquid haeret — denken die halbamtlichen und inspirierten Pioniere des Hasses und setzen ihre, meist wohl hoffnungslose, Arbeit fort. Sie lassen sich von der Hoffnung leiten, daß sie, wenn sie Gift tropfenweise verabreichen, falsche Informationen geben, Tatsachen verdrehen, an das Gefühl des Deutschen appellieren, schließlich doch das Ziel, nämlich die Vereinigung von ganz Deutschland gegen die handvoll Polen in den Ostmarken erreichen werden. Vorläufig sind, wie festgestellt worden, diese Absichten fern der Erfüllung. Wir müssen jedoch mit der Verbissenheit der Gegner, mit der rücksichtslosen Verachtung der Wahrheit seitens ihrer Organe und mit dem fanatischen Treiben ihrer Macher rechnen. Nicht zum geringen Teil auch mit der Tätigkeit der Regierung, welche diesen Fanatismus unterstützt und mit allen Kräften darnach trachtet, für ihn siegreich die Bahnen zu brechen.

Aus Nr. 549 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 28. November 1905:

Lemberg, den 26. November.

Ein halbes Jahrhundert.

Fünzig Jahre sind seit der Zeit verflossen, wo das edelste Dichterherz Polens, Adam Mickiewicz, zu schlagen aufhörte. Er starb zu einer Zeit, in der die Reaktion ganz Europa schwer bedrückte, in der es schien, als sei selbst die Hoffnung aus der Brust verschwunden. Der auf gemeinsamen Verbrechen aufgebaute, durch Schande, Angst und Haß gegen alles, was polnisch ist, zusammenge kittete Dreibund war trotz vorübergehender Mißerfolge Rußlands mächtiger denn je, wir aber, die Vorkämpfer für die Freiheit der ganzen Welt, waren auf eigener Erde Sklaven . . .

Auf welche Weise sollen wir den fünfzigsten Jahrestag seines Hinscheidens begehen?

Durch warmes Liebgewinnen dessen, was er liebte, durch festen Glauben an das, was er glaubte, durch die Hoffnung, die er niemals verlor.

Als die Deutschen vor einigen Monaten mit großer, ja wir können sagen, mit theatralischer Übertreibung den hundertsten Jahrestag des Todes ihres größten Dichters feierten, konnte ihnen die ganze Welt mit Verachtung zurufen: „Ihr seid Komödianten!“

Zawohl, Komödianten sind sie, denn mit dem Munde preisen sie den, dessen Ideale sie nicht nur aus ihren Herzen vertrieben, sondern die sie auch vor den Augen der ganzen Welt mit Füßen getreten haben. Komödianten sind sie, denn eine Nation, welche das Land mit Denkmälern Bismarcks überschüttet, ist nicht würdig, einen Schiller zu ehren!

Uns kann ein derartiger Vorwurf nicht gemacht werden; mit Stolz können wir uns angesichts der Manen unseres Dichters hinstellen, denn wir sind seinen Idealen nicht nur nicht untreu geworden, sondern haben sie auch unter dem Volke verbreitet und befestigt.

Verbreiten und befestigen wir sie weiter, zur Ehre des heutigen Jahrestages. Halten wir treu zu ihnen, unsere Blicke auf die hehre Gestalt des Dichters geheftet, welchem als erstes Gesetz, als erstes Gebot, als erste Pflicht galt: das Wohl des Vaterlandes und in dem Vaterlande das Wohl seiner Söhne!

Aus Nr. 270 des Czas (Krakau)

vom 25. November 1905:

Ein Brief Heinrich Sienkiewicz.

Heinrich Sienkiewicz hat, wie die Petersburger Telegramme meldeten, an die Redaktion der Ruß in Betreff der Verwaltungsmaßregeln im Königreich Polen einen Brief folgenden Inhalts gerichtet:

„Bei uns ist der Kriegszustand über sämtliche Gouvernements des Königreichs Polen verhängt worden und die Reaktion macht immer mehr von sich reden. Ich will mich zurzeit auf eine Kritik dieser Maßnahmen nicht einlassen, will mich nur an die öffentliche russische Meinung wenden und in wenigen Worten auf das amtliche, der Einführung des Kriegszustandes vorangegangene Schreiben antworten.

„In dem Schreiben ist gesagt worden, daß das ganze Weichselgebiet in Flammen der Revolution stehe. Ich frage nun: Wen wollen sie dadurch betrügen und sind diese Worte die Folge des bösen Willens oder der vollständigsten Unkenntnis unseres Landes und der dort jetzt augenblicklich herrschenden Verhältnisse? Ich will nicht von den Vorkommnissen sprechen, welche in

Finnland, Odessa oder in Kiew, in Tomsk oder auf dem Kaukasus stattfanden; ich will nicht etwa von der Mißhandlung der Studenten, von den Judenverfolgungen und Arbeitseinstellungen in dem Königreich Polen reden, denn ich begreife recht gut, daß die Analogie zwischen unserer eigenen Lage und unserem, angeblich revolutionären Zustande jeder wohlmeinende Russe durchführen kann. Dagegen behaupte ich — in der Überzeugung, daß die Erkenntnis der Wahrheit manchem, namentlich aber der russischen Nation nötig ist — als ein Mensch, der unser Land besser kennt, als alle Beamten zusammengenommen, mit unerschütterlicher Überzeugung folgendes:

1. In ganz Europa gibt es wahrscheinlich kein Land, welches weniger einen bewaffneten Aufstand wünscht, als das unsrige. Wir wissen recht gut, wem er gelegen käme.
2. Die Wirren, oberflächlicher Natur, welche bei uns unter dem direkten Einfluß der gespannten Verhältnisse im ganzen Staate vorgekommen sind, haben vor allen Dingen einen sozialen, aber keinen politischen Charakter. Sie werden von in ihrer Zusammensetzung wenig zahlreichen, aber vorzüglich organisierten, sich meist aus fremden Elementen zusammensetzenden, unseren nationalen Interessen feindlich gesinnten Revolutionsparteien unterhalten.
3. Wenn diese Bestrebungen auf keinen energischeren Widerstand seitens der Nation stoßen, so geschieht dies aus dem Grunde, weil es ihr im Laufe von vierzig Jahren nicht gestattet war, sich zu organisieren.
4. Eine ungeheure patriotische Mehrheit der Nation beteiligt sich allerdings an der Freiheitsbewegung Rußlands aus dem Grunde, weil sie die nationalen Rechte und die so heiß ersehnte Autonomie ausschließlich auf dem Wege friedlicher Bestrebungen, zusammen mit der russischen Nation erlangen will.
5. Das Beamtentum gibt sich absichtlich den Anschein, als ob es einen Unterschied zwischen der Mehrheit der polnischen Nation und den revolutionären Elementen nicht sähe. Es verfährt in der Weise, indem es sein eigenes Interesse im Auge behält.
6. Auch nicht eine einzige — ich betone es — auch nicht eine einzige Partei hat in ihrem Programm die Absicht kundgetan, sich von der russischen Nation loszutrennen.
7. Alle anderen von hier übersandten Informationen sind eine tendenziöse Lüge.

Heinrich Sienkiewicz.

Aus Nr. 544 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 22. November 1905:

Preussische Arbeit.

Die deutschen Blätter, namentlich die inspirierten, wie z. B. die Berliner Post, protestieren gewaltig gegen die Behauptung, daß die preussische Regierung in Petersburg gegen die Autonomie des Königreichs intrigierte und sich beim Ausbruch von Unruhen für die Okkupation dieses Landes vorbereitete.

Die Post erblickt natürlich in diesen Gerüchten von den preussischen Plänen eine polnische Intrige, welche darauf hinausgeht, Europa zu beunruhigen und namentlich England gegen Deutschland aufzuheizen und gleichzeitig die russische öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzuwiegeln.

Dasselbe Berliner Blatt jedoch, welches in Abrede stellt, daß Preußen sich der Autonomie des Königreichs widersetze, greift entschieden der Sache vor, wenn es

mit Nachdruck behauptet, daß kein russischer Staatsmann derartige separatistische polnische Forderungen erfüllen könnte.

Die Entscheidung darüber, was die russische Regierung tun könnte, gehört nicht zur Kompetenz des Berliner Blattes. Der russische Staatsmann, ob es Graf Witte oder ein anderer sein wird, wird in Bezug auf das Königreich nicht nur das tun, was in seiner Möglichkeit liegen wird, sondern was er wird tun müssen.

Auch die preußische Regierung wird sich mit dem ihr unangenehmen Beschluß der russischen Regierung einverstanden erklären müssen. Denn die Verleihung der Autonomie in Polen, namentlich unter dem Drucke der Notwendigkeit, wird Deutschland nicht als einen „casus belli“ betrachten. Solange sich jedoch die Sache noch in der Schwebe befindet, solange noch kein entschiedener Beschluß erfolgt ist, kann Deutschland den Zugeständnissen für die Polen entgegen arbeiten.

Es ist eine, von deutschen Staatsmännern sogar bestätigte Tatsache, daß zwischen Rußland und Preußen ein Einvernehmen in der polnischen Sache besteht. Es ging von der Voraussetzung aus, daß beide Staaten ein gemeinschaftliches Interesse an der Ausrottung des polnischen Elements haben. Die Gemeinschaft der Ansichten über die polnische Sache garantierte die freundschaftlichen, zum mindesten die friedlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland.

Wenn aber das Einvernehmen auch die Form eines schriftlichen Vertrages annehmen sollte, kann Rußland ihm doch von dem Augenblick an keine Rechnung tragen, wo das eigene Interesse es zur Regelung der polnischen Frage in den Grenzen seines eigenen Staates zwingt.

Man versteht das in Berlin recht gut und man weiß es, daß man Rußland zur Aufrechterhaltung des „status quo“ im Königreich auf diplomatischem Wege nicht zwingen und ihm auch aus diesem Grunde nicht mit dem Kriege drohen kann. Preußen bleiben also nur zwei Wege zur Ausübung seines Einflusses auf die Hof- und Regierungskreise in Petersburg. Der eine, das ist der Weg freundschaftlicher Ratschläge und Warnungen, daß die Zugeständnisse für die Polen Rußland zum Schaden gereichen und das Staatswohl bedrohen würden; der zweite — ist die Schaffung, sei es auch nur oberflächlicher Erscheinungen einer derartigen Gährung im Königreiche, welche tatsächlich die russische Regierung erschüttern könnten.

Den zweiten Weg hat Preußen längst betreten. Namentlich seit einem Jahre stellen die deutschen Blätter die durch die Sozialdemokraten hervorgerufenen Kravalle im Königreich, ja sogar alle Erscheinungen der Nationalbewegung als den Anfang einer gefährlichen Revolution, als den Anfang eines bewaffneten polnischen Aufstandes dar. Zu diesem Zwecke erfinden sie Tatsachen oder sie messen sogar wirklichen Tatsachen eine übertriebene Bedeutung bei. Dies hat den Zweck, sowohl der russischen Regierung, als auch der deutschen öffentlichen Meinung Furcht einzuflößen und einen Vorwand für die diplomatische oder gar für die militärische Einmischung Preußens zu schaffen.

Wirkliche Gründe für eine derartige Einmischung gibt es nicht, aber sie können künstlich geschaffen werden und die preußische Regierung wird sicherlich keinen Aufstand nehmen, sich zu diesem Zwecke der entsprechenden Mittel zu bedienen. Die russische Regierung besitzt im Königreich eine hinlängliche Militärmacht zur Unterdrückung jeglicher bewaffneter Bewegung und obwohl sie desorganisiert ist, obwohl sie die Aktionsfähigkeit verloren hat, der preußischen Hilfe bedarf sie nicht. Aber sie kann darum bitten, wenn die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland sie in die Not-

wendigkeit versetzen sollte, einen Teil des Heeres aus dem Königreich zurückzuziehen. Die polnische Gesellschaft würde zwar auch in diesem Falle weder separatistische Bestrebungen, noch viel weniger rebellische Tendenzen an den Tag legen und sei es auch nur aus dem Grunde, weil sie sich der ihr seitens Preußens drohenden Gefahr bewußt ist, aber es würde dann leichter sein, Unruhen zu schüren oder sogar einen Aufstand in den Grenzgebieten zu improvisieren. Dies würde aber den Preußen genügen, Rußland die bewaffnete Besetzung des Königreichs in Vorschlag zu bringen und für seine Pläne die Zustimmung der anderen Mächte zu erhalten, namentlich wenn die revolutionäre Bewegung in Rußland direkt die Dynastie und die monarchische Form der Regierung bedrohte.

Eine militärische Okkupation würde, selbst wenn sich Preußen später ohne territoriale Entschädigung zurückziehen sollte, die Sache der Verleihung der Autonomie für längere Zeit hinausschieben.

In Berlin wird darauf gerechnet, daß die russische Regierung, welche sich wirklich in einer verzweifeltsten Lage befindet, gänzlich den Kopf verlieren könne und sich für die ihr bei der Unterdrückung der inneren Revolution geleisteten Dienste mit allen preußischen Plänen in der polnischen Sache einverstanden erklären werde.

Der Autonomie des Königreichs kann Preußen direkt nur durch diplomatische Ratschläge oder durch Artikel halbamtlicher Blätter entgegenhandeln. Aber unter dem Vorwande der Hilfeleistung für die russische Regierung bei der Unterdrückung der Revolution, sei es der allgemein-russischen, sei es der polnischen, kann es sein Ziel erreichen. Und dieses Ziel strebt Preußen zweifellos an. Der gereizte Ton der Berliner halbamtlichen Blätter beweist am besten, daß das Verstandnis der polnischen Gesellschaft für die preußischen Pläne und deren Preisgabe an die europäische und russische öffentliche Meinung der wohlbedachten Arbeit geschickt einen Querschnitt macht.

Aus Nr. 546 des Słowo Polskie (Lemberg)

vom 23. November 1905:

Die polnische Delegation in Petersburg.

Anläßlich der Verhängung des Kriegszustandes über das Königreich Polen, sowie der, den Bestrebungen und Bedürfnissen der polnischen Nation gerade entgegengesetzte Stellungnahme der Regierung, hat die Delegation, wie der Kurjer Warszawski schreibt, es als zwecklos erachtet, sich direkt an die Regierung zu wenden und sich darauf beschränkt, den Wortlaut der Erklärung auch in den Warschauer Blättern zu veröffentlichen:

„Das Königreich Polen bildet hinsichtlich seiner geographischen Lage, Bevölkerung und seiner Bedingungen des kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Lebens in der Vergangenheit ein besonderes Ganzes in der Zusammensetzung des russischen Staates. Vor nicht zu langer Zeit erfreute es sich einer Autonomie, deren Reste zum Teil noch vor den Augen des lebenden Geschlechts aufgehoben wurden und es macht zurzeit noch von einigen Sonderanstalten Gebrauch. Das Regierungssystem, welches stets die Eigenarten des Landes zu vernichten trachtete, untergrub das Vertrauen der Gesellschaft, obwohl es selbst nicht in der Lage war, die durch das Leben hervorgerufenen Angelegenheiten zu erledigen und führte dadurch zu der gegenwärtigen Gärung. Mit dem Erscheinen des Verfassungs-Manifestes stieg die Abneigung gegen das Russifizierungssystem, wurde die Überzeugung stärker, daß an eine Unantastbarkeit der Person ohne die Unantastbarkeit der Nation nicht zu denken ist.“

Die Anwendung des Manifestes vom 30. Oktober verlangt eine einmütige Arbeit mit der Gesellschaft, woran bei dem gegenwärtig bestehenden Landesverwaltungssystem nicht zu denken ist. Die örtlichen Behörden, welche aus der Mitte der Gesellschaft nicht hervorgingen, ihrem Geiste fremd sind und ihrer Mitwirkung entbehren, sind zu einer fruchtbringenden Arbeit nicht fähig. Aus diesem Grunde erkennen alle Schichten der polnischen Gesellschaft die Notwendigkeit der Autonomie an. Alle Parteien haben die Autonomie des Königreichs Polen mit einem Landtage in Warschau, mit Beteiligung der Landesvertreter an der Staatsduma in ihre Programme aufgenommen. In letzter Zeit erklärte sich die öffentliche Meinung für die Übertragung der inneren Landesorganisation an eine Versammlung von Vertretern, welche auf Grund einer allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Abstimmung gewählt werden.

Die Aufhebung des Allerhöchsten Manifestes im Verwaltungswege, welches der polnischen Nation legale Wege zur Erreichung ihrer Nationalrechte ebnete, schwächt in der Bevölkerung den Glauben an die Beständigkeit der legalen Ordnung. Die Delegation erklärt entschieden, daß die in dem Regierungserlasse angeführten Beweggründe haltlos seien. Die Autonomie widerspricht der Staatseinheit nicht. Der polnischen Gesellschaft liegt der Gedanke fern, sich dem allgemein-

staatlichen Leben zu entziehen, sie kann auf ihr natürliches Recht, der Beteiligung an den Beratungen über allgemeine Angelegenheiten, nicht verzichten. Auch nicht eine Erscheinung des Nationallebens im Königreich Polen zeugt von dem Bestreben, sich loszureißen. Alle Parteien haben die Erklärung abgegeben, daß sie auf dem Grunde der Staatseinheit stehen. Im Königreich Polen gibt es nicht die geringsten Anzeichen eines bewaffneten Aufstandes. Durch das Auftreten mit polnischen Fahnen und Nationalgefängen wollte das Volk lediglich den polnischen Charakter des Landes beweisen, im Gegensatz zum Kosmopolitismus einiger Elemente einerseits und ein Gegensatz zu dem Bestreben der Behörden, das Land zu entnationalisieren, andererseits. Fälle von Gewalttaten unterscheiden das Königreich Polen von anderen Landesteilen nicht."

Zum Schluß erklärt die Delegation, daß der normale Lebensverlauf im Königreich Polen nur bei autonomischem Organismus möglich sei. Um aus der gegenwärtigen schwierigen Lage herauszukommen, ist die Wiedereinführung der durch das Verfassungsmanifest zuerkannten Rechte, die Aufhebung aller Ausnahmemaßregeln, die Einführung der polnischen Sprache in den Schulen, bei den Gerichten und Ortsbehörden, sowie die Übertragung der zivilen Landesverwaltung an die Polen unerlässlich.

[Faint, mostly illegible text in two columns, likely bleed-through from the reverse side of the page.]

4-1026
4-002
4-100